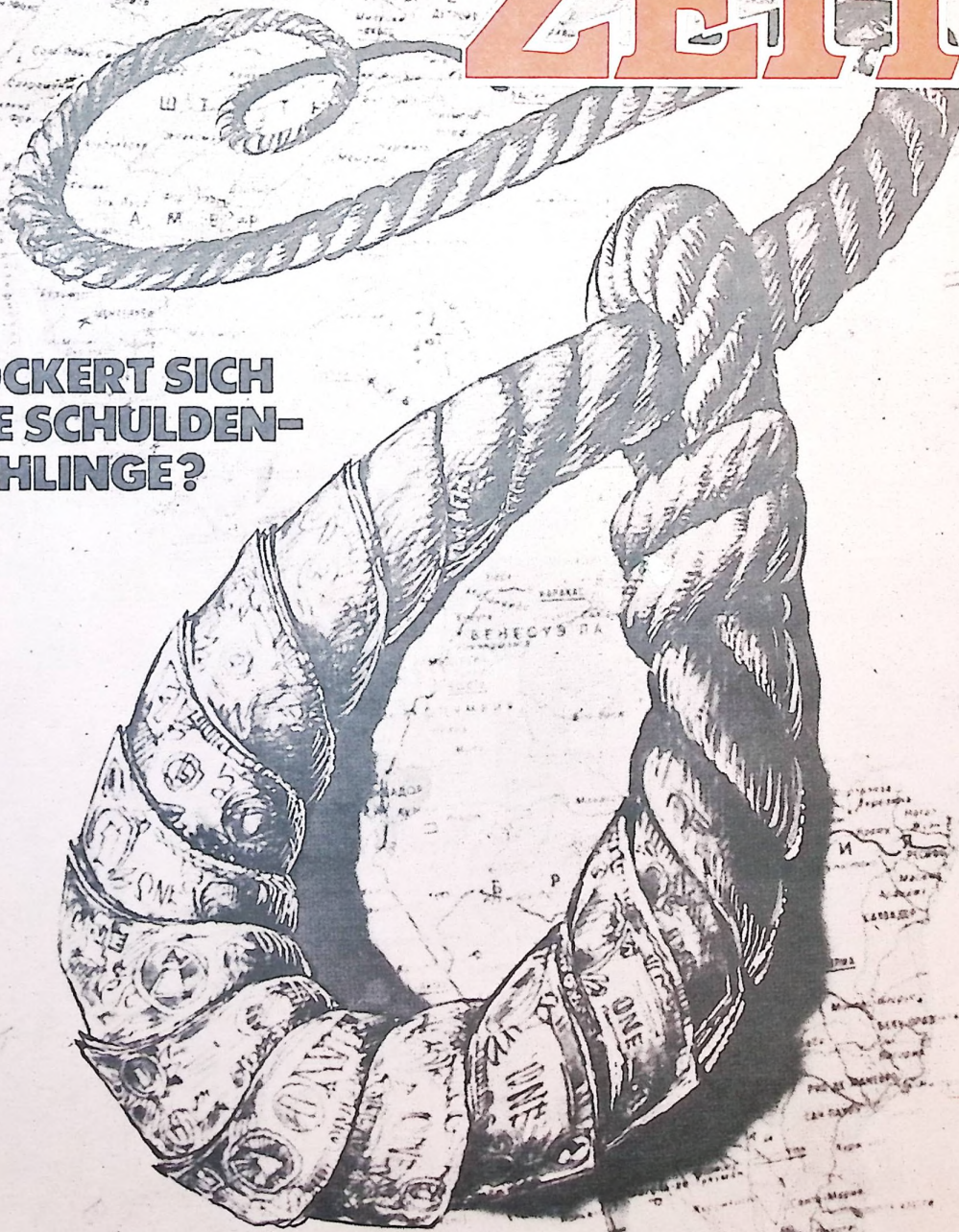


MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

USA - NAHER OSTEN.
40 JAHRE EINMISCHUNG

NEUE ZEIT

LOCKERT SICH
DIE SCHULDEN-
SCHLINGE?



ČSSR. BESONDERER
WIRTSCHAFTSZWEIG

MICHEL LEGRAND:
„MUSIK MEINES HERZENS“

1917-1987

1917. England. Gefängnis Brixton. Hier erfährt der russische Häftling 6027, 1904 aus zaristischer Haft entflohen und, weil er gegen den Krieg protestiert hatte, im Ausland erneut verhaftet, von der Oktoberrevolution. Die Sowjetregierung forderte seine Freilassung und nach zweimonatiger Verzögerung war die britische Regierung gezwungen, nachzugeben. Am 19. Januar 1918 erreicht der ehemalige Häftling Petrograd und beginnt zwei Tage später das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten praktisch zu leiten. 12 Jahre arbeitet er auf diesem Posten.

Das außergewöhnliche Schicksal Georgi Tschitscherins, eines Begründers der prinzipiell neuen Diplomatie der siegreichen Revolution. Frieden war immer sein Hauptziel. Auf dem Höhepunkt der ausländischen Intervention sagte Tschitscherin: „Wir wollen eins: daß niemand uns stört, uns so zu entwickeln, wie

wir es für richtig halten, und unsere neue sozialistische Gesellschaft in Frieden aufzubauen.“

Tschitscherin setzte Lenins Ideen in die Praxis um: Der Brester Frieden mit Deutschland 1918, der der jungen Sowjetrepublik eine kurze aber dringend notwendige Atempause verschaffte. Die Internationale Konferenz in Genua 1922. Die Welle diplomatischer Anerkennungen der UdSSR durch Länder des Westens 1924. Der Abschluß neuer, gleichberechtigter Verträge mit Afghanistan, dem Iran und der Türkei.

Tschitscherin war ein außergewöhnlicher sowjetischer Diplomat, über den die amerikanische Journalistin Louise Bryant schrieb: „Kein einziger Außenminister stand jemals auf schwierigerem Posten und keiner hat diesen Posten letztlich derart würdevoll und ehrenhaft repräsentiert, wie er.“

Tschitscherin vor dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten.

Besuch in Warschau. Erster von links: der sowjetische bevollmächtigte Vertreter P. L. Woikow.



IN DIESEM HEFT:

2
Vor. des Redakteurs
POTENZEN DES SOZIALISMUS

3
RAKETENFREIER KONTINENT

7
Panorama

11
Finnland
D. Pogorshelski. **WER KOMMT
IN DIE REGIERUNG?**

13
Julio Silva Colmenares.
IN DER SCHULDENSCHLINGE

15
Archiv aktuell
**PENTAGON PLANTE,
21 SOWJETISCHE STÄDTE
ZU OKKUPIEREN**

16
Diskussion mit dem Leser
J. Botschkarjow. **HINTER-
HÄLTIGKEITEN**

18
Zeitgeschichte
L. Medwedko. **AGGRESSIVE
DOKTRINEN AM LAUFENDEN BAND**



1958. Amerikaner in Libanon



Kundendienst in der CSSR



Michel Legrand in einem Duo

21
CSSR
W. Rshewski. **GUTER
SERVICE IN PRAG**

23
Wirtschaft
S. Abramow. **DER BUMERANG
SANKTIONEN**

25
Ghana
O. Zwetajew. **AUFBRUCH
ZU NEUEN UFFERN**

26
Burma
N. Listopadow. **TRADITION
UND WANDELN**

29
Theater
DIE WARNUNG

30
Länder und Kontinente
V. Baryschnikow. **HONGKONG HEUTE**

31
Musik
Michel Legrand:
HERZTÖNE

Titelbild: I. Smirnow

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO

Redaktionskollegium:
L. BESYMENSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEW,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPIANSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. ZOPPI

RAKETENFREIER KONTINENT
Neue sowjetische
Vorschläge

A. Bessmertnych. **EINE LÖSUNG
FÜR EUROPA**
W. Boikow. **HALBHERZIGER
BEIFALL**
A. Tolpegin. **"UNANGENEHME
ÜBERRASCHUNG"**
V. Ruhe. **WIR BEGRÜßEN
DIE BEREITSCHAFT DER UdSSR
S. Karaganow. KURZ-
STRECKENRAKETEN
ALS VORWAND**

Statt das Wettstreiten zu stoppen und die Völker, die für die Freiheit kämpfen, nicht mehr zu bedrohen, heizen die Kapitalisten die internationalen Spannungen immer mehr an. Sie wollen nicht wissen, wie viele Menschenleben gerettet und wie viele Menschen von der Armut erlöst werden könnten mit jenen Milliarden, die in die Kriegsvorbereitung gehen.

Orlando ALVAREZ
Nueva Gerona, Kuba

Bekanntlich fanden in der BRD kürzlich Bundestagswahlen statt. Obwohl der Rechtsblock die Mehrheit errang, bekam die CDU CSU 2 Millionen Stimmen weniger als beim letzten Mal. Die Führer dieser Parteien, besorgt über den Stimmenverlust, versuchen die Ursachen zu erklären, wobei sie vergessen, daß alle, die die Friedensbemühungen der Sowjetunion verunglimpfen, die die erreichten Ergebnisse der Entspannungspolitik in den 70er Jahren als unrealistisch bezeichnen, sich nicht zu wundern brauchen, wenn die Wähler sich abwenden.

Siegfried SCHULZ
Ebersbach, DDR

Ich bin nicht Kommunist, doch neben den Kommunisten stehend, verstand ich, mit wem ich es zu tun hatte. Trotz des in Chile herrschenden Belagerungszustandes setzen die dort lebenden Arbeiter und Kommunisten den Kampf gegen die Junta fort. Die Tätigkeit der Linkskräfte und derjenigen, die sie unterstützen, erfolgt unter unglaublich schweren Bedingungen. Unser Ziel ist es, die Einheit der Arbeiterklasse zu erzielen und die Voraussetzungen für die Bildung einer gemeinsamen Führung zu schaffen. Jeden Tag und jede Stunde sagen wir: „Wir werden siegen!“ Wenn dieser Brief Euch erreicht, dann nennt einfach als Unterzeichner:

PEDRO
Santiago, Chile

POTENZEN DES SOZIALISMUS

Gegenwärtig mobilisiert die Welt des Sozialismus das gewaltige Potential, das dieser progressiven Gesellschaftsordnung eigen ist. Wie gewaltig, zeigen z. B. folgende Zahlen. Die 10 Staaten der sozialistischen Gemeinschaft mit einer Gesamtbevölkerung von nicht einmal 10 Prozent der Weltbevölkerung erzeugen ein Drittel der Industrieproduktion und ein Viertel des Nationaleinkommens der Welt. In den letzten 35 Jahren erhöhten die RGW-Länder den Industrieausstoß auf das 15fache, die EG-Länder aber auf das 3,7fache.

Trotzdem kann uns unser heutiges Tempo nicht mehr befriedigen, es muß noch beschleunigt werden. Die erzeugten und geförderten Tonnen dürfen jedoch kein Selbstzweck sein. Letzten Endes sind sie für den Menschen da, für die Befriedigung seiner materiellen und geistigen Bedürfnisse, schließlich für sein Glück.

Beim Vergleich der beiden sozialen Entwicklungswege beschränkt man sich manchmal auf rein quantitative Parameter: Pro Kopf der Bevölkerung gebe es in den kapitalistischen Industrieländern mehr PKWs, also sei diese Gesellschaft progressiver. Ja, dort hat man tatsächlich mehr Kraftfahrzeuge. Aber in wie vielen Betrieben, die in den kapitalistischen Industrieländern Verkehrsmittel erzeugen, haben die Arbeiter und Angestellten ihren Direktor in freier Abstimmung gewählt? In keinem einzigen. Wahre Demokratie besteht in der kapitalistischen Gesellschaft nicht, ist dort undenkbar.

Die sozialistische Staatengemeinschaft vervollkommenet ihre sozialen Strukturen. Das Wirtschaftsleben nimmt neue Formen an. Ein Beispiel sind die geplanten gemeinsamen Betriebe. Die Integration der produktions- und wissenschaftlich-technischen Potentiale der Bruderländer beschleunigt sich gemäß dem

Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der RGW-Länder bis zum Jahr 2000. Es gilt, den Austausch von Erfahrungen, Know-hows und Wissen zwischen diesen Ländern unabhängig von Fläche, Bevölkerungszahl und Entwicklungsstand zu intensivieren.

Die Durchsetzung der sozialistischen Prinzipien ist kein automatischer Prozeß, dazu genügen gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln und die Macht der Arbeiterklasse noch nicht. Die sozialistischen Länder realisieren diese Prinzipien durch zielgerichtete Tätigkeit unter Führung der kommunistischen Parteien. Alle Entscheidungen, die die ökonomische Entwicklung betreffen, sind dabei aufs engste mit der sozialen Entwicklung verbunden. Welches Land im Westen, und sei es industriell noch so hoch entwickelt, könnte bei all seinem Reichtum an PKWs und Tankstellen die echte Sorge um den „Mann auf der Straße“ aufweisen? Fakt ist, daß die Gesetzgeber einen wachsenden Anteil des Staatshaushalts den Kriegsministerien zuweisen.

Während die sozialistische Gesellschaft ihrem Wesen nach so programmiert ist, daß sich der Mensch als vollberechtigtes Mitglied eines Kollektivs empfindet, welches ein einheitliches Ziel verfolgt, sieht das „Programm“ des Privatunternehmertums die Einsamkeit des Menschen vor, der nur auf die eigenen Ellbogen und auf die vielzitierte „Chance“ rechnen kann.

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Systemen dauert beinahe 70 Jahre. Der Wettstreit ist nicht beendet und muß fortgeführt werden, aber nur unter den Bedingungen friedlicher Entwicklung. Schiedsrichter darf einzig und allein die Geschichte sein. Die sozialistische Welt ist bereit, diesen Wettstreit weiter auszutragen.

RAKETENFREIER KONTINENT

Sowjetische Vorschläge auf dem Genfer Verhandlungstisch

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit steht der neue Vorschlag Moskaus, dessen Verwirklichung ein realer Schritt wäre, um Europa von den Nuklearwaffen zu befreien.

Erstens: Unverzüglich ein Abkommen über die vollständige Beseitigung der sowjetischen und der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa und deren einschneidenden Abbau - auf 100 Sprengköpfe - im asiatischen Landesteil der Sowjetunion und auf dem nationalen Territorium der USA zu schließen.

Zweitens: Gleich nach Unterzeichnung eines solchen Abkommens ist die UdSSR bereit, aus der DDR und der CSSR nach Abstimmung mit den Regierungen dieser Länder ihre

operativ-taktischen Raketen größerer Reichweite abzubauen. Diese Raketen waren als Gegenmaßnahmen auf die Stationierung der amerikanischen Pershing-II-Raketen und der Cruise Missiles in Westeuropa aufgestellt worden.

Drittens: Unverzüglich Verhandlungen über die anderen Raketen operativ-taktischer Bestimmung aufnehmen sowie eine Vereinbarung über deren Abbau und vollständige Vernichtung zu erarbeiten.

Die neuen sowjetischen Vorschläge, die in der Erklärung Michail Gorbatschows angelegt sind, wurden bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf vorgelegt.

Über die militärisch-politischen Aspekte des sowjetischen Vorschlags und die Reaktion unserer Verhandlungspartner berichtet der stellvertretende UdSSR-Außenminister Alexander BESSMERTNYCH

Eine Lösung für Europa

Gleich nach dem neuen sowjetischen Vorschlag begann man in politischen und Regierungskreisen und in der Öffentlichkeit der meisten Länder davon zu sprechen, daß die Hoffnung auf den so lang erwarteten Fortschritt bei den Verhandlungen über die Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf real ist. Ein solcher Fortschritt wird es erlauben, auch die anderen Probleme, die die Welt beunruhigen, zu lösen. Die Präsidenten, selbst jene, die lieber Vereinbarungen auswichen, als sich darum zu bemühen; Ministerpräsidenten, einschließlich jener, die mit kriegesischen Erklärungen Karriere gemacht hatten; Minister, darunter solche, die dafür bekannt waren, daß sie gegen jegliche „Abkommen mit den Russen“ kungelten - alle oder fast alle mußten positiv auf die neue sowjetische Initiative reagieren.

Wodurch ist sie so attraktiv? Warum fand sie ein überwiegend positives Echo in der Welt? Der Schritt der Sowjetregierung als Bekundung des konkreten, klaren und ausdrücklichen Wunsches, eine schwierige Frage von der internationalen Tagesordnung zu nehmen, geschah in einem Augenblick, da der von Reykjavik geweckte Optimismus einer gewissen Besorgtheit zu weichen begann. Kein Wunder, gerieten ja die Verhandlungen in Genf wegen der Haltung, die die amerikanische Seite dort einnimmt, erneut in eine Sackgasse. Die US-Vertreter weigerten sich, die abgestimmten Positionen festzuhalten, selbst wenn sowjetische und amerikanische Formulierungen sich voll, bis hin zum letzten Komma, deckten.

In dieser Situation beschloß die sowjetische Führung, einen zielgerichteten Schritt zu tun, der für den Anfang eine Lösung des europäischen Nuklear-raketenknotens versprach. Die Entschei-

dung über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa sowie über deren einschneidenden Abbau (bis auf 100 Sprengköpfe) im asiatischen Teil der UdSSR und auf dem Territorium der USA soll einen starken Impuls geben, der die Verhandlungen in allen Richtungen voranbringt. Die Logik dieser Initiative gründet sich darauf, daß bei der Begegnung der führenden Repräsentanten der UdSSR und der USA in Reykjavik gerade über die Mittelstreckenraketen eine faktische Vereinbarung erzielt worden war. Michail Gorbatschow erklärte dazu: „Vor allem gelang es, eine Vereinbarung über die Befreiung des europäischen Kontinents von Nuklearraketen zu erzielen... Auch in dieser Richtung der nuklearen Abrüstung wurde ein wichtiger Fortschritt erzielt. Der US-Administration gelang es nicht, sich unserem beharrlichen Streben nach positiven Ergebnissen zu entziehen.“

Und doch garantiert die erste positive Reaktion in der Welt auf die sowjetische Initiative noch keinen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen. Weiterhin sind Stimmen gegen eine diesbezügliche Vereinbarung zu vernehmen, wenn auch gedämpft, verdeckt, wobei man offensichtlich die politisch unvorteilhafte Gegenüberstellung einer solchen negativen Haltung mit der beispiellos breiten Unterstützung, die die Aktion der UdSSR fand, zu vermeiden sucht. Die Rechtskräfte, all jene, die ihr Schicksal mit dem fortgesetzten Wettrüsten verbunden haben, erschreckt die Aussicht irgendwelcher Fortschritte bei den Verhandlungen in Genf. Ihre Gegenoffensive ist raffinierter als gewöhnlich.

Mit ihrer Taktik wollen sie vor allem verhindern, daß die Politiker in den USA und Westeuropa, die jetzt Vereinbarungen nicht abgeneigt sind (dabei spielt es keine Rolle, aus welchen Erwägungen), Abkommen zustimmen. Und das geschieht mit nicht sonderlich originellen Methoden.

Erstens sucht man Befürchtungen über die Motive Moskaus zu wecken, wie das z. B. über die „Washington Post“ geschah, die schrieb, der sowjetische Vorschlag sei „in Wirklichkeit als Falle angelegt“.

Zweitens „warnt“ man vor den Gefahren, die Europa angeblich bei Verwirklichung des sowjetischen Vorschlags drohen. So spricht man von den „großen Vorteilen“ der Sowjetunion, des Warschauer Vertrages bei den konventionellen Waffen, von den „unglaublichen Disproportionen“, die angeblich bei den operativ-taktischen Systemen entstanden seien. Man rät, zunächst die Waffen der USA und der NATO auf den „erforderlichen Stand“ aufzustocken. Kurz gesagt, wird zum ...zigsten Mal eine Variante wiederholt, deren Zählebigkeit sich nicht durch ihre Logik erklären läßt, sondern nur durch die Beharrlichkeit, mit der sie der Öffentlichkeit präsentiert wird.

Einen gewissen Nihilismus bezüglich der Aussichten für eine Vereinbarung äußern auch einige Politiker, die nicht zur äußersten Rechten gehören. Sie lassen sich eher von einer tiefverwurzelten Voreingenommenheit gegenüber allem leiten, was von sowjetischer Seite ausgeht - von einem Reflex, der durch langjährigen politischen Widerstand gegen die sowjetischen außenpolitischen Initiativen bedingt ist.

Auch jene in Westeuropa, die grundsätzlich nicht auf Nuklearwaffen verzichten wollen, da sie mit ihnen Ambitionen und Sicherheit ihrer Länder verbinden, widersetzen sich der Annahme des sowjetischen Vorschlags.

Die US-Administration reagierte auf die Initiative Moskaus äußerlich ohne die negative Grundhaltung, die für das Verhalten der Amerikaner in ähnlichen Fällen so bezeichnend ist. Präsident Reagan erklärte, er sehe in dem sowjetischen Vorschlag einen „wichtigen Schritt voran auf dem Weg zu einem Abkommen zwischen uns und der UdSSR über beiderseitige und verifizierbare Reduzierungen von Waffen“. Selbst Verteidigungsminister Weinberger stieß hervor: „Ich meine, daß dieser Vorschlag begrüßenswert ist.“ Allerdings

fügte er sogleich hinzu: „Die Sowjets wollen ein Abkommen über den Abbau von Waffen schließen... Und mir scheint, daß sie versuchen werden, ein solches Abkommen zu erzielen, indem sie alles durchsetzen wollen, daß wir das tun, was ihre Positionen stärkt.“

Die Frage ist jetzt, ob die politischen Strategen der USA tatsächlich eine Vereinbarung über die Mittelstreckenraketen in Europa anstreben. Wir haben ja nicht geringe - positive wie negative - Erfahrungen mit den Amerikanern bei Fragen der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen - in letzter Zeit leider vor allem negative. Sie sagen uns, daß anfänglich von der Administration bekundete Unterstützung eines sowjetischen Vorschlags nicht immer die Form einer konkreten Position bei den Verhandlungen annimmt. Oft ist es so, daß man, sozusagen um der Öffentlichkeit politisch Tribut zu zollen, dann in Washington verstärkt eine Vereinbarung bremst. So war es bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen Anfang der 80er Jahre, die zuerst getrennt über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen sowie über die Begrenzung der Nuklearwaffen in Europa geführt wurden. Mit einer ähnlichen Situation wurden wir auch bei den Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen konfrontiert, die 1985 auf der Grundlage einer Vereinbarung über Gegenstand und Ziele der Verhandlungen aufgenommen wurden.

Nachdem wir die sowjetische Initiative als konkreten Vorschlag in Genf vorgelegt haben, brachte die US-Delegation ihren eigenen, wenn auch, wie sie selbst eingestand, nicht bis ins letzte Detail ausgearbeiteten Entwurf für ein entsprechendes Abkommen ein. Wenn hinter dieser Antwort die Absicht steht, beiderseitig annehmbare Verpflichtungen der Seiten sachlich abzustimmen, dann versprechen die Verhandlungen positive Ergebnisse.

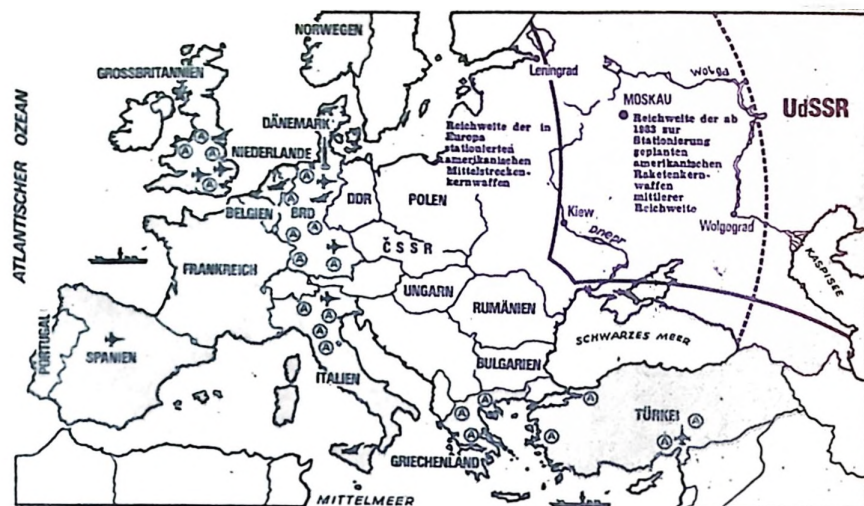
Schon bald wird man sehen, ob Washington tatsächlich eine Vereinbarung will. Es gibt einige Anzeichen, die die Absichten der USA deutlich genug zeigen. Die ersten beunruhigenden Symptome melden sich bereits. Angaben der britischen Presse zufolge versicherten US-Vertreter den Botschaftern der NATO-Länder bei einer Begegnung in

Um ihren Beschluß für eine „Nachrüstung“ mit Nuklearraketen von 1979 zu rechtfertigen, verwies die NATO auf die sowjetischen SS-20-Raketen. Wie reagierte man im NATO-Hauptquartier auf den sowjetischen Vorschlag? Auf diese Frage antwortet der Korrespondent der Zeitung „Trud“ in Brüssel, Wjatscheslaw BOIKOW.

Halbherziger

Beifall

„Der Westen applaudiert“ - so bewertete die belgische Zeitung „Soir“ die erste Reaktion Brüssels und der anderen



US-Mittelstreckensysteme in Europa.

Aus dem Buch „Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus“ (UdSSR)

Brüssel, Washington werde keine „unnötige Eile“ bei dem Abschluß von Abkommen zeigen. Versucht man da nicht erneut, die Verhandlungen mit diversen, wiederholt angewandten Methoden in die Länge zu ziehen, indem man ein mögliches Abkommen mit zahlreichen, in der Regel unannehmbaren Bedingungen umgibt. Oder man kann einige, selbst durchaus berechnete, Forderungen ad absurdum führen. Man kann z. B. der Frage der Kontrolle, an deren Durchführung und Verschärfung vor allem die Sowjetunion interessiert ist (nach Reykjavik haben wir das wiederholt erklärt), eine derart unvorstellbare Wendung geben, daß die andere Seite zum Rückzug gezwungen wird.

Eine weitere Methode besteht darin, die Aussichten für ein Abkommen mit zahlreichen Vorbehalten zu verbinden, die den Inhalt und den Sinn von Vereinbarungen aushöhlen würden.

Die Sowjetunion wird die weiteren Schritte der US-Diplomatie aufmerksam verfolgen.

Unser Kurs ist die Suche nach kühnen, schnellen, praktisch realisierbaren Lösungen, die die Sicherheit der Sowjetunion, der USA und der Völker Europas festigen würden. Der sowjetische Vorschlag für eine grundlegende Lösung der Frage der Mittelstreckenraketen zielt genau darauf ab.

gischen Raketen führen, sondern auch ein günstiges Klima bei den Verhandlungen über andere Probleme schaffen.

Das Brüsseler NATO-Hauptquartier reagierte gleichfalls auf Moskaus Initiative - und zwar prompt. NATO-Generalsekretär Lord Carrington nannte sie einen „bedeutenden Schritt voran“. Doch kaum war der erste Beifall vorbei, da gewannen in atlantischen Kreisen die früheren Stimmungen Oberhand. Der erste, der versuchte, die Weltöffentlichkeit umzustimmen, war der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Bernard Rogers. In seiner Rede am 2. März vor dem Brüsseler Königlichen Institut für internationale Beziehungen brachte er die bereits wiederholt geäußerte „Befürchtung“ zum Ausdruck, bei Verwirklichung der „Null-Lösung“ werde der Westen schlechter gestellt sein als 1979 (d. h. vor Annahme des Beschlusses über die Stationierung der Euroraketen). Der General rief dazu auf, dieses Problem nicht „isoliert“ zu lösen, sondern es mit anderen zu verbinden. Er zeigte sich ein weiteres Mal „besorgt“ über die „überwältigende Überlegenheit“ des Warschauer Vertrages bei den konventionellen, chemischen und nuklearen Waffen operativ-taktischer Bestimmung.

Auf Rogers folgten andere. In einer Rede in Hamburg wiederholte Carrington bereits die „Befürchtungen“ des Oberbefehlshabers. Viele Gegner einer nuklearen Abrüstung, die sich nicht direkt gegen die beliebte Idee einer Beseitigung der Euroraketen wenden wollen, versuchen sie indirekt zu blockieren. Sie begannen von Schwierigkeiten bei der Überprüfung eines solchen Abkommens zu reden, die plötzlich zu einem „Schlüsselproblem“ hochstilisiert wurde. Kurz gesagt, die NATO-Führer spenden der jetzt real gewordenen Möglichkeit, das Problem der eurostrategischen Raketen zu lösen, nur halbherzigen Beifall.

NATO-Hauptstädte auf die Erklärung Michail Gorbatschows. Der belgische Außenminister Leo Tindemans, der jetzt im EG-Ministerrat den Vorsitz hat, sprach von einem „wichtigen und positiven Schritt“. Er kommt den Wünschen des Westens entgegen und kann nicht nur zu einer Vereinbarung über die eurostrate-

Eine Schlüsselrolle bei der NATO-„Nachrüstung“ kam der BRD zu. Gerade ihre Führer hatten sich seinerzeit am aktivsten für die Stationierung der US-Nuklearraketen in Westeuropa eingesetzt und ebenso beharrlich den Abzug der sowjetischen Raketen gefordert. Sind sie jetzt zu der „Null-Lösung“ bereit? Was meint man in den anderen westeuropäischen Hauptstädten? Welche Gegenargumente werden vorgebracht? Es berichtet unser Korrespondent in Bonn Alexander TOLPEGIN.

„Unangenehme Überraschung“

In der Frage der Euroraketen hängt nicht wenig von der BRD ab. Bonn spielte seinerzeit die Schlüsselrolle bei der NATO-„Nachrüstung“, als es sich bereit erklärte, den Löwenanteil der US-Mittelstreckenraketen aufzunehmen: alle 108 Pershing-II-Raketen (sie sind bereits aufgestellt) und 96 Cruise Missiles (deren Stationierung auf einem Stützpunkt bei Bell weitergeht). Oberdies half Bonn Washington, Holländer und Belgier zu erpressen, die lange gezögert hatten, bevor sie sich bereit erklärten, US-Raketen auf ihrem Territorium zu stationieren.

Hierbei versicherten sowohl der Sozialdemokrat Helmut Schmidt, der als einer der Väter des „Doppelbeschlusses“ gilt, als auch sein Amtsnachfolger, der christdemokratische Bundeskanzler Helmut Kohl, die Pershings und die Cruise Missiles seien nur als Gegengewicht zu sowjetischen SS-20 erforderlich. Und wenn Moskau sich bereit erkläre, sie zu beseitigen, werde sich eine „Nachrüstung“ erübrigen. „Unser endgültiges Ziel bleibt - gemeinsam mit all unseren Partnern in der Allianz - die Null-Lösung, hieß es z. B. in der Regierungserklärung, die Kanzler Kohl am 4. Mai 1983 abgab. „Das heißt: Die Sowjetunion wie die USA verzichten auf die Stationierung landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen.“

Als sich dann aber in Reykjavik eine Vereinbarung über die „Null-Lösung“ abzeichnete, setzte Unruhe im Lager der CDU/CSU ein. Die rechten Politiker begannen von der „Unannehmbarkeit“ der „Null-Lösung“ für die NATO zu sprechen, da die Länder des Warschauer Vertrages eine „überwältigende Überlegenheit“ bei den operativ-taktischen Raketen und den konventionellen Waffen hätten. Doch das Abgehen von früheren Positionen hätte die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen viele Stimmen kosten können. Kohl bezeichnete am 6. November 1986 vor dem Bundestag die in Reykjavik erarbeiteten Vereinbarungen als „akzeptabel“ für die BRD. Er sagte ferner, eine diesbezügliche Vereinbarung könne in Kürze erreicht werden, wenn die Sowjetunion ihrerseits bereit wäre, das sachfremde Junktim, das sie erneut in Gestalt einer Paketlösung auf den Tisch gelegt hat, aufzuheben.“

Und wieder zeigte Moskau Flexibilität, die Fähigkeit, auf andere zu hören, den Wunsch, die Genfer Verhandlungen aus

der Sackgasse herauszuführen. Das Paket wurde aufgeknüpft. Bonns Reaktion war nicht eindeutig. Im Lager der Rechten ist eine gewisse Verwirrung zu beobachten. Sie hatten nicht erwartet, daß Moskau einen so kühnen Schritt tun würde. Für sie ist das, wie sich die „Frankfurter Rundschau“ ausdrückte, eine „unangenehme Überraschung“. Die Rechten wagen es bislang nicht, die „Null-Lösung“ direkt zu attackieren.

Abrüstungsfragen wurden auf einer Sitzung des CDU-Vorstandes erörtert. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler der die Journalisten über die Ergebnisse der Sitzung informierte, konstatierte nur wortkarg, die CDU sei nach wie vor für die „Null-Lösung“. Kanzler Kohl ließ seine Meinung vom Sprecher der Bundesregierung, Friedhelm Ost, verkünden. Er meint, daß die Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in die entscheidende Phase getreten seien, die eine Einigung noch 1987 erwarten ließe. Der Kanzler betonte ferner, daß ein solches Abkommen unbedingt die Verpflichtung enthalten müsse, Verhandlungen über die Kurzstreckenraketen durchzuführen.

Viel bestimmter äußert sich Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher: „Es liegt schon in unserem Interesse, wenn die sowjetischen und amerika-

nischen Mittelstreckenraketen größerer Reichweite aus Europa verschwinden.“ Die dabei entstehenden Probleme, z. B. der Kontrolle, hält Genscher für durchaus lösbar.

Die Oppositionsparteien - Sozialdemokraten und Grüne - sind entschieden dafür. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sieht in der Verwirklichung des UdSSR-Vorschlages die Möglichkeit, einen „gewaltigen Spannungsschritt „nach vorn“ zu tun. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, warnt vor den Machenschaften der Rechten, die das Abkommen torpedieren wollen.

In Bonn verfolgt man die Reaktion anderer westlicher Länder mit verständlichem Interesse. Das französische Außenministerium erklärte, Paris wolle verhindern, daß Westeuropa eine kernwaffenfreie Zone wird. Doch Präsident Francois Mitterrand nahm wesentliche Korrekturen an dieser Haltung vor. „Die Beseitigung der Euroraketen liegt im Interesse Frankreichs und dient dem Frieden“, erklärte er.

In Großbritannien wurde einerseits im Grunde die sowjetische Initiative begrüßt. Andererseits machte Ministerpräsidentin Margaret Thatcher die Beseitigung der Mittelstreckensysteme wiederum abhängig von dem Abbau der sowjetischen Kurzstreckenraketen. Labourführer Neil Kinnock ist damit nicht einverstanden.

An den Genfer Verhandlungen nehmen nur Vertreter der UdSSR und der USA teil, obwohl es dabei auch um die Zukunft Europas geht. Und die Meinung der Europäer selbst ist da keineswegs von zweitrangiger Bedeutung.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle, äußerte in unserer Umfrage (NZ 5/87) Bedauern darüber, daß die UdSSR die vollständige Beseitigung der Mittelstreckenraketen von der Lösung der SDI-Frage abhängig gemacht hatte. Der neue Vorschlag Michail Gorbatschows gibt die Möglichkeit, ein separates Abkommen über die Mittelstreckenraketen zu schließen. Jetzt wandte sich die NZ erneut an Volker Rühle mit der Bitte, die jüngste Initiative Moskaus zu kommentieren.

Wir begrüßen die Bereitschaft der UdSSR

Da es hier um die Abschaffung einer ganzen Waffenkategorie in Europa geht, muß die Beseitigung dieser Systeme und ihrer Stellungen zuverlässig überprüft werden können. Auch darf die Null-Lösung nicht durch eine heimliche Produktion dieser Systeme unterlaufen werden können. Deshalb werden Inspektionen vor Ort nötig sein.

In meinem obenerwähnten Beitrag in Ihrer Zeitschrift habe ich auf das Problem der sowjetischen Überlegenheit bei den Mittelstreckenraketen kürzerer Reich-

weite (SRINF) hingewiesen. Wir begrüßen, daß die Sowjetunion unmittelbar nach einem Null-Lösung-Abkommen auch über diese Systeme verhandeln will. Allerdings ist es aus westeuropäischer Sicht notwendig, daß zur Berücksichtigung der legitimen Sicherheitsinteressen Westeuropas bereits in einem Abkommen über die Null-Lösung eine konkrete Weiterverhandlungsverpflichtung enthalten ist mit dem Ziel, in einem nächsten Schritt die SRINF zu reduzieren und beiden Seiten das Recht auf gleiche Obergrenzen einzuräumen.

Bei konstruktiven und ergebnisorientierten Verhandlungen werden auch diese Fragen zu lösen sein, damit noch in diesem Jahr ein Abkommen über die Null-Lösung vereinbart werden kann.

Warum entstand die Frage der operativ-taktischen und taktischen Kurzstreckenraketen? Seine Meinung hierzu legt Sergej KARAGANOW, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für die USA und Kanada der AdW der UdSSR, dar.

Kurzstreckenraketen als Vorwand

Der Kurs auf die umfassende Modernisierung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen wurde auf Initiative der USA bereits 1974-1975 auf Sitzungen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO formuliert. Mit der Verwirklichung dieser Vorschläge befaßte sich neben den entsprechenden Stäben der „Europäisch-Amerikanische Workshop“ - eine Forschungsgruppe, bestehend aus amerikanischen und westeuropäischen Experten konservativer Richtung. Zu ihnen gehörten Richard Burt, heute Botschafter der USA in der BRD, die bekannten rechten US-Strategen Albert Wohlstetter und Henry Rowen, der bundesdeutsche Konservative Uwe Nerlich und der britische Lawrence Martin sowie der jetzige Verteidigungsminister Norwegens, Johan Holst. Diese Gruppe ersann den „Doppelbeschluß“. Sie bereitete die Rede des damaligen BRD-Kanzlers Helmut Schmidt vom Oktober 1977 vor, die die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen (INF) in Europa einleitete. Die Empfehlungen des „Workshop“ beschränkten sich nicht auf die Aufstellung neuer INF. In ihren Materialien, dem Buch „Für nukleare Abschreckung“ (1977), sollte die neue operative Konzeption der NATO, die später den Namen „Rogers-Plan“ oder „tief gestaffelter Schlag“ erhielt, begründet werden. Auch die Mittel zur Verwirklichung dieses Plans wurden offenbart - „eine neue Generation von Waffen großer Reichweite, einschließlich von Cruise Missiles, die sowohl nukleare wie konventionelle Sprengköpfe tragen können“.

Im Mai 1977 billigte die NATO-Ratstagung auf Verlangen der Carter-Administration ein langfristiges Umrüstungsprogramm. Für dessen Konkretisierung wurden Arbeitsgruppen gebildet. Die Gruppe Nr. 10, die im Oktober des gleichen Jahres eingesetzt wurde, sollte den Plan einer nuklearen Umrüstung prüfen. Sie war es auch, die die Aufstellung der Pershing-II-Raketen und der Cruise Missiles empfahl.

Die Pläne für eine Modernisierung und Aufstockung der US-Raketen anderer Typen in Europa sollten zeitweilig zur Seite gelegt werden, doch sie wurden keineswegs vergessen.

Offiziell wurde im Oktober 1983 im NATO-„Beschluß von Montebello“ Kurs auf die Aufstellung einer neuen Gruppe von Nuklearraketen genommen. In Montebello vereinbarten die NATO-Führer, das enorme Nukleararsenal der USA in Europa - ca. 7000 Sprengköpfe - leicht zu reduzieren. Dieser Abbau war erforderlich, um den Westeuropäern die

bittere Pille - den Beginn der Aufstellung der Pershing-II-Raketen und der Cruise Missiles - zu versüßen.

Zu reduzieren waren ein Teil der veralteten und wenig effektiven Nuklearsprengköpfe: Atomminen, Sprengköpfe für Fliegerabwehrraketen und Geschosse für die Kernwaffenartillerie. Deren Platz eben sollten nicht nur die INF einnehmen, sondern auch andere Systeme größerer Reichweite. Der „Beschluß von Montebello“ sah, wie der Stellvertreter des US-Verteidigungsministers für Nuklearfragen, Richard Wagner, bei Hearings im US-Senat erklärte, vor, „sich weniger auf Systeme geringerer Reichweite zu stützen als vielmehr auf Systeme größerer Reichweite, die sowohl politisch gesehen nützlicher sind als auch, da sie die Möglichkeit verbessern, Ziele tief im Hinterland zu treffen, unsere militärischen Optionen vergrößern.“ In eben diesen Hearings war davon die Rede, daß der „Beschluß von Montebello“ die NATO auf eine „umfassende Modernisierung“ orientiert, insbesondere auf die Entwicklung von Raketen größerer Reichweite als bei den jetzt in Westeuropa stationierten Lance und Honest John (d. h. über 115-120 km). Trotz der Bemühungen der Zensoren, die die Antworten der Pentagon-Beamten auf die Fragen der Senatoren unkenntlich machten, läßt das Material der Hearings keinen Zweifel: In Montebello wurde beschlossen, auch Raketen größerer Reichweite - von etwa 200 bis 500 km - aufzustellen. Mit der Verwirklichung des Plans sollte Anfang der 90er Jahre begonnen werden. Parallel zur Annahme politischer Entscheidungen wurde auch die Entwicklung solcher Raketen vorangetrieben.

Bekanntlich hatten die Armee und die Luftwaffe der USA bis 1984 gemeinsam die Rakete JTACMS entwickelt. Sie war, wie es bei den Hearings im Streitkräfteausschuß des US-Repräsentantenhauses hieß, „für den Einsatz mit konventionellen, chemischen und nuklearen Sprengköpfen bestimmt“.

Doch später konnten sich die beiden Teilstreitkräfte nicht über gemeinsame Anforderungen an die Rakete einigen. Die Armee arbeitete weiter an JTACMS, die Luftwaffe aber an ihrer Flügelrakete.

Bekannt ist ferner, daß die US-Konzerne Martin-Marietta und Vought Raketen vom Typ T-16 und T-22 mit einer Reichweite von bis zu 200 km entwickeln. Sie sollen bis Ende des Jahrzehnts fertiggestellt sein. Oberdies wird die Rakete CAM-40 entwickelt (eine Variante der Pershing II für die Bestückung mit nichtnuklearen Sprengköpfen).

Ende November 1986 meldete DPA: Bonn und Washington seien sich einig, daß Verhandlungen über Raketen mit einer Reichweite von 150 bis 500 km die Voraussetzung für eine Vereinbarung bei den Mittelstreckenraketen sein sollten. Obigens hatte die NATO Raketen mit solcher Reichweite früher nie als Sonderkategorie qualifiziert. Die Rede war von Raketen mit einer Reichweite bis zu 100 km und von 100 bis 1000 km. Die unerwartete Schaffung einer Kategorie von 150 bis 500 km bezweckt offenbar, einen Erfolg bei den INF-Verhandlungen zu blockieren und die Aufstellung von US-Raketen geringerer Reichweite zu rechtfertigen.

Mit anderen Worten entsteht unwillkürlich der Eindruck, daß man mit dem Gerede von der sowjetischen Überlegenheit bei den Raketen geringerer Reichweite versucht, wie wiederholt in der Vergangenheit die NATO-Pläne zur Verstärkung dieser Waffenart zu tarnen. Natürlich würden solche Handlungen Fortschritte auf dem Weg zu einer Befreiung Europas von den Nuklearwaffen nur erschweren. Man braucht kein Prophet zu sein, um sich vorzustellen, mit welcher fieberhaften Eile gewisse NATO-Kreise jetzt nach Wegen suchen, eine Vereinbarung über Mittelstreckenraketen mit Hinweisen auf Raketen geringerer Reichweite - wie übrigens auch auf ein „Ungleichgewicht“ bei den konventionellen und chemischen Waffen - zu vereiteln.

Die Lösung all dieser Fragen aber ist am Verhandlungstisch durchaus möglich. Hierfür braucht man nur die Erörterung der entsprechenden Vorschläge der Warschauer Vertragsstaaten für einen Abbau der konventionellen Waffen, ein Verbot und die Vernichtung der C-Waffen ernsthaft aufzunehmen.

Was die Raketen geringerer Reichweite angeht, so schlägt die Sowjetunion vor, sie gleich zum Verhandlungsgegenstand zu machen, um diese Art von Raketen abzubauen und vollständig zu beseitigen.

Dort, wo ein Ungleichgewicht bei gewissen Elementen besteht, muß ein Ausgleich herbeigeführt werden - und das nicht, indem der „Nachzügler“ aufholt, sondern indem derjenige, der vorn liegt, reduziert. Die UdSSR schlägt zudem vor, die gefährlichsten Arten von Offensivwaffen von der Nahtstelle der Militärbündnisse in Europa zu entfernen. Im Interesse der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt müssen die Militärkonzeptionen und -doktrinen der Militärbündnisse defensiven Charakter haben. Wir sind für eine einschneidende Reduzierung der Streitkräfte allgemeiner Bestimmung auf eine vernünftige Mindeststärke, für einen Verzicht auf die Entwicklung und die Produktion neuer Arten konventioneller Waffen mit besonders großer Zerstörungskraft.

Aufgestellt von N. SHOLKWER und L. MLETSCHIN

„NEUE ZEIT“ 11.87

NIKARAGUA

Wertschätzung
und
Freundschaft

● ANFANG MÄRZ STATTETE EINE DELEGATION DES OBERSTEN SOWJETS DER UDSSR NIKARAGUA EINEN FREUNDSCHAFTSBESUCH AB. DELEGATIONSLEITER WAR BORIS JELZIN, KANDIDAT DES POLITBÜROS DES ZK DER KPdSU UND ERSTER SEKRETÄR DES STADTKOMITEES MOSKAU DER KPdSU

Die sowjetischen Parlamentarier besuchten viele Industrie- und Agrarbetriebe und sprachen mit führenden Politikern und Werktätigen. Präsident Ortega wurde ein persönliches Schreiben Michail Gorbetschows übergeben.

Die Gäste aus der UdSSR waren im nordwestlichen Departement Matagalpa, das für seine großen Kaffeepflanzungen berühmt ist. Sie nahmen Einblick in die Arbeit des führenden Agrarbetriebs "La Fundadora", der sich auf den Anbau und die Verarbeitung von Kaffee sowie auf Viehhaltung spezialisiert.

Dort fand eine Kundgebung statt, auf der Boris Jelzin die Kaffee-Arbeiter und alle Werktätigen der Republik im Namen der Sowjetbürger begrüßte und u. a. sagte:

"Der Weg der sandinistischen Revolution ist schwer. Die Feinde stören das nikaraguanische Volk bei seiner freien Arbeit und beim Aufbau eines Lebens in Frieden. Die Revolution hat viel für die Werktätigen getan, aber sie würde noch mehr tun, wäre nicht die von den USA entfesselte Aggression. Auf der Seite des mutig kämpfenden nikaraguanischen Volkes stehen heute alle fortschrittlichen Kräfte der Welt, darunter auch die UdSSR."

Präsident Daniel Ortega erklärte auf derselben Kundgebung:

"Als die US-Regierung ihre Söldner nach Nicaragua schickte, um unsere Häfen zu



Mal gespannt: Ackert der für Frieden oder Krieg!

Zeichnung: W. Arsenjew

verminen und unsere Öltanks in die Luft zu sprengen, eilte das Sowjetvolk uns als erstes zu Hilfe. Als die USA keine Lebensmittel und Industriewaren mehr lieferten und ein Handelsembargo verhängten, reichte die UdSSR dem nikaraguanischen Volk erneut brüderlich die Hand. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern beruhen auf gegenseitiger Wertschätzung und aufrichtiger Freundschaft."

Die Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR traf sich mit führenden Politikern der in der Nationalversammlung vertretenen Oppositionsparteien. Ein offener Meinungsaustausch betraf die Lage in Nicaragua. Von verschiedenen politischen und ideologischen Prinzipien ausgehend, gaben die führenden Politiker der Oppositionsparteien ihre Einschätzung der Entwicklung des revolutionä-

ren Prozesses in Nicaragua, wobei sie die Notwendigkeit betonten, angesichts der andauernden Aggression der USA die nationale Einheit zu festigen. Im Namen des Obersten Sowjets der UdSSR lud Boris Jelzin eine Delegation des nikaraguanischen Parlaments zu einem Besuch in der UdSSR ein.

W. DOLGOW
NZ-Korrespondent

Managua

LIBYEN

10 Jahre

Volksrepublik

● AM 3. MÄRZ BEGING LIBYEN DEN 10. GRÜNDUNGSTAG DER JAMAHIRIYA (STAAT DES VOLKES). AN DEN FEIERLICHKEITEN NAHM EINE SOWJETISCHE DELEGATION UNTER JURI SOLOWJOW, KANDIDAT DES POLITBÜROS DES ZK DER KPdSU, ERSTER SEKRETÄR DES GEBIETSKOMITEES LENINGRAD DER KPdSU, TEIL.

Die Jubiläumstagung des Allgemeinen Volkskongresses bekräftigte den Kurs auf selbständige Entwicklung. Libyen will sich auch weiter auf seinen größten Reichtum, das Erdöl, stützen, um die soziale Entwicklung, die Industrialisierung und die Selbstversorgung mit Industrie- und Agrargütern zu fördern.

Das Land muß diese Pläne in einer Situation nicht abreißen: der Komplotte des — vor allem US-amerikanischen — Imperialismus verwickelten. Washington macht auch vor direkter Aggression nicht halt: Man denke an die vorjährigen Bombenangriffe auf libysche Städte. Die Reagan-Administration versucht es auch mit einer Wirtschaftsblockade. Trotzdem baut Libyen auf. Zu den neuen Betrieben gehören das Hüttenwerk in Misurata, Textil- und Schuhfabriken in Tripolis und Bengasi. Vor kurzem wurde eine Ferngasleitung in Betrieb genommen. Sie verbindet die sehr reichen Vorkommen bei Bregha mit der Industriestadt Misurata. Dieses Projekt wurde von Anfang an als Wahrzeichen der sowjetisch-libyschen Zusammenarbeit empfunden, weil bei der Verlegung der Pipeline sowjetische Fachkräfte halfen. Die Feierlichkeiten in der alten libyschen Stadt Sebha, wohin zahlreiche ausländische Delegationen gekommen waren,

demonstrierten, daß Libyen viele treue Freunde hat und sich dem Imperialismus und seinen Drohungen nicht allein stellt.

Juri Solowjow sagte auf der Festsitzung des Allgemeinen Volkskongresses:

"An diesem Tag betonen wir mit aller Bestimmtheit, daß die Sowjetbürger mit dem libyschen Volk in seinem mutigen Kampf gegen den Imperialismus, für die Festigung der Souveränität seines Landes und für den Vormarsch auf dem Wege der fortschrittlichen Entwicklung solidarisch sind."

Muammar Ghaddafi, der Führer der libyschen Revolution, empfing den sowjetischen Delegationsleiter und dankte dem Sowjetvolk für seine Unterstützung.

Die führende libysche Zeitung "Al-Fajr al-Jadid" schrieb: Während die USA die Spannungen im Mittelmeerraum anheizten, setzte sich die UdSSR konsequent dafür ein, daß dieser Raum in eine Zone des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker umgewandelt werde.

R. AGAJEW

Tripolis

CSSR

Arbeitsbesuch

● LEW SAIKOW, MITGLIED DES POLITBÜROS UND SEKRETÄR DES ZK DER KPdSU, ERÖRTERTE MIT DER FÜHRUNG DER CSSR AKTUELLE FRAGEN DER WEITEREN ZUSAMMENARBEIT.

Im Laufe seines Arbeitsbesuches hielt sich Lew Saikow in Kosice auf, wo er sich mit der Belegschaft des Ostslowakischen Hüttenkombinats traf. Dessen Bau und Modernisierung sind ein gemeinsames Werk sowjetischer und tschechoslowakischer Fachkräfte. Das Kombinat setzt neueste Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik, besonders der Robotertechnik, erfolgreich

um. Zu den Schrittmachern dieser Produktion gehört die Vereinigung "Vukov" in Prešov. Die Wissenschaftler dieser Stadt können bereits 315 projektierte und in die Produktion eingeführte Robotertechnologien und robotisierte Arbeitsplätze aufweisen. "Vukov" ist zugleich das tschechoslowakische Zentrum der im RGW-Rahmen gegründeten internationalen Vereinigung "Interrobot". Gemeinsam mit ihren sowjetischen Partnern arbeiten die "Vukov"-Forscher aktiv an der Produktion von Roboterkomplexen und flexiblen Produktionsverfahren für den Maschinenbau.

In seiner Ansprache vor dem Partei- und Wirtschaftsaktiv Prags und des Mittelböhmischen Gebiets hob Lew Saikow hervor, daß die direkte Kooperation zwischen Vereinigungen und Betrieben unserer beiden Länder schon ein gutes Stück vorangekommen ist. Die internationale Forschungs- und Produktionsvereinigung "Robot" entfaltet ihre Tätigkeit. Aller Anfang ist natürlich schwer, doch wurde vereinbart, dieses Stadium möglichst bald hinter sich zu bringen, damit die Vereinigung als Muster für die Gründung weiterer gemeinsamer Forschungs- und Produktionsvereinigungen dient.

Lew Saikow informierte darüber, was die Kommunisten und alle Werktätigen der UdSSR tun, um die Aufgaben bei der Umgestaltung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens der UdSSR zu lösen, und darüber, wie die Beschlüsse des XXVII. Parteitags der KPdSU erfüllt werden.

Präsident Husak, Generalsekretär des ZK der KPTsch, empfing Lew Saikow vor seiner Abreise. Während des Gesprächs wurde betont, wie wichtig es ist, die Beziehungen zwischen beiden Bruderparteien zu vertiefen. Die neuen Formen der Zusammenarbeit, besonders zur Zeit der Verwirklichung des Kurses auf Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung, fördern die vollständige Nutzung des schöpferischen Potentials des Sozialismus.

V. TRAVNICEK

Prag

SPANIEN

Nützlicher

Dialog

● EINE DELEGATION DER KOMMISSIONEN FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER BEIDEN KAMMERN DES OBERSTEN SOWJETS DER UDSSR STATTETE SPANIEN EINEN BESUCH AB.

Delegationsleiter war Alexander Jakowlew, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Mitglied der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten im Nationalitäten-sowjet des sowjetischen Parlaments.

Die Delegation traf auf Einladung der Auswärtigen Kommission des Abgeordnetenhauses des spanischen Parlaments in Madrid ein. Es fanden Begegnungen und Gespräche mit spanischen Parlamentariern und führenden Regierungsmitgliedern statt, darunter mit Regierungschef Gonzalez, dem Alexander Jakowlew ein persönliches Schreiben Michail Gorbatschows übermittelte, ferner mit den Vorsitzenden der führenden Parteien und mit Aktivisten der Gesellschaft "Spanien—UdSSR". Im Palais Zarzuela wurde die sowjetische Delegation von König Juan Carlos I. von Spanien empfangen.

Die sowjetischen Parlamentarier kamen am 8. März in Madrid an, nur einen Monat nach dem 10. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und der UdSSR. In diesen Jahren haben sich die gegenseitigen politischen Beziehungen wesentlich gefestigt. Gegenwärtig bestehen über 30 Regierungs- und sonstige Abkommen, die viele Richtungen der bilateralen Zusammenarbeit abdecken.

Ein Ereignis in den sowjetisch-spanischen Beziehungen war der erste offizielle UdSSR-Besuch des spanischen Regierungschefs Gonzalez im Mai 1986. Seinen Höhepunkt bildete ein Gespräch mit Michail Gorbatschow. Die Sei-

"NEUE ZEIT" 11.87

ten sprachen sich damals für die Entwicklung des politischen Dialogs, der Wirtschafts- und Kulturbeziehungen, für einen umfassenden freundschaftlichen Verkehr zwischen beiden Völkern aus.

Der Besuch der sowjetischen Parlamentsdelegation zeigt, daß diese Linie befolgt wird. Wie Alexander Jakowlew betonte, sind die Kontakte zwischen den Parlamentariern beider Länder heute "eine Praxis, ja eine Norm der Beziehungen und haben viel Nützliches zum politischen Dialog beigesteuert".

Des weiteren sagte er: "Das Hauptziel unseres Besuchs ist der Meinungsaustausch mit den Parlamentariern Spaniens über die Mittel und Wege, die gegenwärtige gefährliche internationale Entwicklung zu entspannen, ein Meinungsaustausch darüber, wie man die Weltlage in normale Bahnen zurückführt, die internationalen Beziehungen menschlicht und die Angst vor einer nuklearen Katastrophe, vor Kriegen, die Angst um die Zukunft unserer Kinder, die Vorurteile in den Beziehungen zwischen den Völkern, Mißtrauen und Argwohn überwindet."

Der Oberste Sowjet der UdSSR messe dem weiteren Ausbau der Beziehungen zu Spaniens Cortes große Bedeutung zu und betrachte diesen Ausbau als einen Faktor der Entwicklung der sowjetisch-spanischen Beziehungen, der gegenseitigen Verständigung und des Vertrauens in unseren bilateralen und den gesamteuropäischen Kontakten.

W. MALYSCHEW

ASIATISCH-PAZIFISCHER RAUM

Aktive Diplomatie

● IN DER ERSTEN MÄRZHÄLFTE TRAT DER SOWJETISCHE AUSSERENMINISTER EDUARD SCHEWARDNADSE "NEUE ZEIT" 11.87

EINE REISE NACH THAILAND, AUSTRALIEN, INDONESIEN, LAOS, KAMPUCHEA UND VIETNAM AN.

Die sechs Staaten unterscheiden sich stark in Gesellschaftsordnung, wirtschaftlichem Entwicklungsniveau und politischer Orientierung. Auch ihre Kontakte mit der UdSSR sind verschieden intensiv. Es war also nur natürlich, daß im Mittelpunkt der Gespräche und Verhandlungen des sowjetischen Außenministers mit den Staats- und Regierungschefs dieser Länder und mit ihren Außenministern jeweils andere Fragen standen.

Nichtsdestoweniger weisen die Besuche in den fernen Hauptstädten etwas Gemeinsames auf: den Wunsch, die Anstrengungen der asiatischen und pazifischen Länder zu vereinen, um gemeinsam nach Wegen zur Gewährleistung der Sicherheit für alle in dieser ausgedehnten Region zu suchen und dort eine friedliche Zusammenarbeit und das Zusammenwirken auf bilateralen und regionaler Ebene anzubahnen. Bekanntlich brachte Michail Gorbatschow 1986 in Wladiwostok einen ganzen Komplex entsprechender Vorschläge zur Sprache.

Die Aktivierung der asiatisch-pazifischen Richtung in der sowjetischen Außenpolitik ist ein wichtiger Bestandteil des von der UdSSR unterbreiteten Programms der vollen Beseitigung der Kernwaffen bis Ende dieses Jahrhunderts und Bestandteil der Konzeption eines allumfassenden internationalen Sicherheitssystems.

In Bangkok äußerte die thailändische Seite ihre positive Einstellung zu den Bemühungen der UdSSR um die Verhinderung eines Nuklearkriegs, um die Erhaltung und Festigung des Friedens in Asien. Dort war die Rede vom gegenseitigen Interesse am Ausbau der sowjetisch-thailändischen Beziehungen in Politik, Handel, Wirtschaft und Kultur.

In Canberra teilte der australische Premierminister mit, daß die Vorschläge von Wladiwostok großes Interesse finden; es gehe vor allem darum, keine militärische Rivalität zu-

zulassen und im asiatisch-pazifischen Raum eine umfassende politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu gewährleisten. Nach dem Beispiel des Pentagon starten einige rechte australische Kreise immer wieder Provokationen um die "wachsende sowjetische Bedrohung" im Pazifik. Sie tun, als wüßten sie nicht, daß sich die UdSSR dem unter Australiens aktiver Mitwirkung formulierten Rarotonga-Vertrag über den kernwaffenfreien Status des Südpazifik anschloß, während die USA sich weigern, diese kernwaffenfreie Zone anzuerkennen. Das unterzeichnete sowjetisch-australische Protokoll über Konsultationen setzt die Weiterführung des nützlichen Dialogs zwischen unseren beiden Ländern voraus.

Indonesien unterstützt die im Wladiwostoker Programm enthaltenen konstruktiven Ideen. Beide Seiten waren sich darüber einig, daß die in Südostasien bestehenden Probleme (vor allem die Lage um Kampuchea) friedlich, auf politischem Wege zu lösen sind, durch den Dialog zwischen den hier liegenden zwei Staatengruppen: den drei Staaten Indochinas und den sechs ASEAN-Ländern. Es wurde vereinbart, den sowjetisch-indonesischen Handel sowie andere Kontakte und Austausche zu erweitern.

Beim Redaktionsschluß befand sich Eduard Schewardnadse in den befreundeten Ländern Indochinas.

A. USWATOW

USA

Präsident laviert

● RONALD REAGAN WANDTE SICH IM ZUSAMMENHANG MIT DEM BERICHT DES TOWER-AUSSCHUSSES FÜR "IRANGATE" AN DAS AMERIKANISCHE VOLK

Der Präsident zeigte sich reuig: "Ich trage die volle Verantwortung für meine

Handlungen und die Handlungen meiner Administration."

Der Präsident suchte sich zu rechtfertigen: Er habe seinen Mitarbeitern zu sehr vertraut. Das sei nun mal sein Arbeitsstil, aber die hätten ihm übel mitgespielt. Ergebnis: "Die US-Strategie gegenüber Iran, die den Zweck hat, ein Herangehen an dieses Land zu finden" (lies: seine Politik in eine den USA genehme Richtung zu zwingen), lief auf die Abmachung "Waffen gegen Geiseln" hinaus. Allerdings könne sich der Präsident "nicht erinnern, wann ich die Waffenlieferungen gebilligt habe, ob vor oder nach vollendeter Tatsache".

Der Präsident gab zu, von vielen Aspekten der Waffenlieferungen, einer Transaktion, die Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates über den Kopf des Kongresses hinweg abgewickelt hatten, nichts gewußt zu haben, ebenso nichts davon, daß ein Teil der Gewinne den nikaraguanischen Contras zufließt.

Der Präsident versprach, er werde "in unserem Haus" noch mehr Ordnung schaffen, als der Tower-Ausschuß verlange.

Viele Fragen in der Iran-Affäre sind unbeantwortet geblieben. Der Präsident präziserte sie in seiner Rede nicht. Aber sie bestehen. Wo ist z. B. das Geld hin, das für die Contras bestimmt war? Wie wurde die Unterstützung iranischer Amtspersonen für die geheime Zusammenarbeit mit Washington erkaufte? Laut vorliegenden Angaben beliefen sich die Bestechungsgelder zwischen Sommer 1985 und Frühjahr 1986 auf 6 Mio Dollar.

Kaum ein Politiker der beiden Parteien ist daran interessiert, daß "Irangate" bis ins kleinste ausgeleuchtet wird. Eine republikanische Administration, deren Ruf gegen Ende ihres Aufenthalts im Weißen Haus ins Wanken gekommen ist: Das paßt Reagans künftigen Konkurrenten durchaus. Allerdings geht es allen zu weit, daß — wie im Fall "Irangate" — an den Grundfesten der amerikanischen "Demokratie" gerüttelt wird. Deshalb hört man in den Washingtoner Korridoren der Macht nur schüchterne Aufrufe zum Absetzen des kompromit-

sterten und, wie sich erweist, inkompetenten Präsidenten. Deshalb sah man im Weißen Haus einem reuigen und zudem über sein schwaches Gedächtnis klagenden Reagan nicht ohne Erleichterungsaufseher zu.

Dreizehn Minuten brauchte der Präsident, um sich vor seinen Landsleuten zu seiner Schuld zu bekennen.

Vier Monate brauchte seine Umgebung, um sich von der kategorischen Leugnung jeder Mitteilerschaft an "Irangate" zur Zugabe eigener Fehler durchzuringen.

Etwas über 10 Jahre brauchte das amerikanische politische System, um faktisch ein weiteres Watergate zu produzieren: Verletzung der eigenen Gesetze, Korruption, Betrug an den Amerikanern, eigenmächtige Entscheidungen, und all das unter dem Vorwand der Geheimhaltung.

Zufall oder Regel? Man lese den Absatz über die Geheimoperationen in der erwähnten Rede. Wie Reagan eindeutig sagte, werden die auch künftig durchgeführt werden. Nur von anderen, eben erst ernannten Leuten, und dies "im Einklang mit genau formulierten politischen Zielen". Steht also ein neuer Skandal ins Haus?

G. SIDOROWA

SCHWEDEN

US-Sitten in Skandinavien?

• SELBST IM ATOMZEITALTER KOMMT MAN IM KRIEG OHNE PULVER NICHT AUS. ZU DIESER EINFACHEN WAHRHEIT BEKANNT SICH DER SCHWEDEN KARL-ERIK SCHMITZ AUS MALMÖ.

Von dieser Stadt aus entfaltet er einen schwunghaften Handel mit Waffen, Sprengstoff und ähnlichen "Waren" für Iran. Unter seiner aktiven Mitwirkung entstand in Westeuropa ein heimliches Kartell zur Belieferung der iranischen Streitkräfte über Drittlander.

Jetzt befaßt sich die Justiz

mit Schmitz. Offiziell wird er verdächtigt, den Schmuggel von 200 t Pulver durch die Firma Nobel Kemi nach Iran organisiert zu haben. Diese Bagatelle sollte sich als Zensur für eine Explosion erweisen, die in ganz Westeuropa wiederhallte: Bei der Nobel Kemi während der Durchsuchung gefundene Dokumente berechtigten den Zoll von wenigstens 8 Staaten dazu, geheimen Waffengeschäften auf den Grund zu gehen. Wie aus den Protokollen von Schmitz' geheimen Treffen mit seinen Kartellpartnern hervorgeht, wurden die Pläne für die Belieferung Irans mit Kriegstechnik und Ersatzteilen bereits 1984 ausgearbeitet. Damals begann auch ihre Verwirklichung. Die Transaktionen belaufen sich insgesamt auf 2 Md. Schwedische Kronen.

Aus Malmö führt die Spur zu Waffenfabrikanten in Belgien, den Niederlanden, der BRD und anderen westeuropäischen Ländern. Verdächtig wird u. a. der Konzern Bofors, Schwedens größter Waffenproduzent. Ihm gehört die Nobel Kemi. Nachrichten sickerten durch, daß Bofors gegen das Verbot für den Waffenexport an Länder, die Krieg führen oder in einen Krieg verwickelt werden können, verstoßen habe.

Der Skandal in Schweden im Zusammenhang mit dem illegalen Verkauf von Kriegstechnik und -material greift um sich. Der Konzern Bofors, der die Todeswaffen produziert und verkauft, rückt allmählich in den Hintergrund, im Rampenlicht stehen jetzt Politiker und Beamte, die eigentlich dazu da sind, für die Einhaltung der Gesetze über die Kontrolle des Waffenexports zu sorgen. Die NZ schrieb schon über den geheimnisvollen Tod Carl-Fredrik Algernons, des Chefs der Inspektion von Kriegsmaterialien (siehe NZ Heft 4/87). Algernon fand unter den Rädern der Stockholmer U-Bahn den Tod. Andere Zeugen sind jedoch am Leben und sagen aus. Auch die Gewerkschaft der Seefleute Danemarks droht mit sensationellen Enthüllungen. Wie ihre Mitglieder dem Gewerkschaftsvorstand mitteil-

ten, haben dänische Schiffe Waffen aus westeuropäischen und amerikanischen Häfen nach Iran transportiert.

Allem Anschein nach wird sich die Untersuchung in den nächsten Wochen ins Politische vertiefen, weil der Verfassungsausschuß des schwedischen Parlaments plant, Aussagen von drei Ex-Außenhandelsministern Schwedens und einer Gruppe hochgestellter Mitarbeiter einiger Ministerien entgegenzunehmen. Auf jeden Fall stößt die von Außenminister Sten Andersson geäußerte Meinung, der Verkauf schwedischer Waffen ans Ausland sei strenger zu reglementieren, auf keine Einwände. Wie sich nämlich herausstellt, hatte Schmitz überhaupt keine Erlaubnis der schwedischen Behörden, im Handel mit Kriegsmaterial zu vermitteln. Und wer steht hinter dem Geschäftsmann aus Malmö? Vorläufig liegt keine eindeutige Antwort darauf vor. Zwei Tatsachen fallen auf: Israelische Vermittler beteiligten sich an Schmitz' Transaktionen; die Gewinne aus dem Waffengeschäft überwies der Schwede auf ein Konto in den USA.

A. POLJUCHOW

WIENER TREFFEN

Der Westen schweigt sich aus

• EINE MERKWÜRDIGE SITUATION AUF DEM KSZE-TREFFEN IN WIEN BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE FESTIGUNG DER SICHERHEIT UND DIE ABRÜSTUNG

An dieser äußerst wichtigen Richtung sind in Wien keine Fortschritte festzustellen. Die sozialistischen Länder haben alles Mögliche getan, damit die Diskussion über militärische Aspekte sachlich, konstruktiv und gegenständlich verläuft.

Schon bei der ersten Runde

des Treffens Ende v. J. brachte die polnische Delegation den Vorschlag ein, das Mandat der Stockholmer Konferenz zu ergänzen, damit neben den vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen auf militärischem Gebiet auch die Frage eines Abbaus von Truppen und Rüstungen betrachtet werde.

Anfang März hatten die Delegationen der UdSSR, der DDR, Bulgariens, Rumäniens und Jugoslawiens weitere 11 Vorschläge zu militärpolitischen Aspekten eingebracht: über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich, die Reduzierung der konventionellen Rüstungen, die Notwendigkeit neuen Denkens bei der Behandlung der Fragen von Sicherheit, militärischer Entspannung, Nichtmilitarisierung des Weltraums, Kernteststopp, Schaffung kernwaffenfreier und C-Waffenfreier Zonen.

Was antwortete der Westen? Bis jetzt hüllen sich die Delegierten der NATO-Länder, sobald die Rede von Sicherheit und Abrüstung ist, in tiefstes Schweigen. Dabei erklärten die Minister einiger NATO-Länder bei der Eröffnung des Wiener Treffens im vorigen Herbst eindeutig, sie hätten vor, bis Mitte Dezember 1986 Vorschläge zur Weiterentwicklung von "Stockholm-1" vorzulegen.

Die Lage in der S-Gruppe, die die militärischen Aspekte der europäischen Sicherheit diskutiert, sei in der Tat merkwürdig, sagte das sowjetische Delegationsmitglied Generalmajor Viktor Tatarnikow. In der Politik dürfe man nicht nach dem Motto vorgehen, gut Ding will Weile haben. Das Treffen habe eine bestimmte Dauer, die nicht überzogen werden dürfe. Kaum jemand habe erwartet, daß der Westen in vier Monaten keinen einzigen Vorschlag zur militärischen Problematik formuliere. Nach Meinung vieler Teilnehmer des Wiener Treffens, darunter einiger NATO-Vertreter, bilde die von Michail Gorbatschow am 28. Februar d. J. dargelegte neue Friedensinitiative einen zusätzlichen Stimulus dazu, Fragen des Abbaus von Truppen und Rüstungen in Europa konstruktiv zu erörtern. Es sei nicht nur Militärs, sondern auch Laien klar, daß die Vorschläge

des Generalsekretärs des ZK der KPdSU den Erwartungen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der europäischen Länder entsprechen und einen großen Schritt zur Befreiung unseres Kontinents von den Kernwaffen darstellen. Dazu sollte auch das Wiener Treffen beitragen.

A. KOWRIGIN
NZ-Sonderkorrespondent
Wien

ALBANIEN

Bildungsstand wächst

• DIE REPUBLIK ZÄHLT ETWA DREI MILLIONEN EINWOHNER UND DABEI

745 000 LERNENDE UND STUDIERENDE UND 40 000 LEHRER.

Eine erfreuliche Statistik, wenn man bedenkt, daß Albanien erst vor kurzem ein Land der Analphabeten war. Die erste Schule des Landes wurde vor 100 Jahren in Korça eröffnet.

Volksbildungsminister Sken-der Gjinushi erklärte: "Die Partei schenkt der Erhöhung

des Bildungsniveaus des Landes große Aufmerksamkeit. Die Zahl von Grund-, Achtklassen- und Oberschulen erhöht sich. Im laufenden Planjahr fünf werden die albanischen Hochschulen 15 Prozent mehr Fachkräfte heranbilden als in den Jahren 1981-1985. Bis 1990 wollen wir unserer Volkswirtschaft etwa 21 000 hochgebildete Fachkräfte zuführen."

FINNLAND

Am 15. und 16. März finden die finnischen Parlamentswahlen statt. 1900 Kandidaten aus 12 Parteien bewerben sich um die 200 Sitze des höchsten Staatsorgans.

Wer kommt in die Regierung?

Genaugenommen haben die Wahlen am 20. Februar begonnen. Als ich in Helsinki ankam, waren die ersten Wahlscheine bereits ausgefüllt. In Finnland nehmen die Einwohner der weitabgelegenen und Inselregionen sowie die finnischen Staatsbürger, die in Schweden (120 000) und anderswo im Ausland leben, an der Briefwahl teil. Die von dem Sozialdemokraten Kalevi Sorsa geführte Regierung, der auch Vertreter der Zentrums Partei (ZP), der Schwedischen Volkspartei (SVP) und der Bauernpartei (BP) angehören, ist die Regierung mit der längsten Amtszeit in der Geschichte des unabhängigen Finnland. Sie hielt sich ohne besondere Schwierigkeiten die Legislaturperiode hindurch im Sattel. Es gelang dem Kabinett, die Inflation, die noch vor wenigen Jahren 12 % betrug, zu bremsen. Im Vergleich zu anderen Ländern, nicht nur Skandinaviens, ist das ein großer Erfolg. Das allgemeine Wachstum der Industrieproduktion geht im wesentlichen auf die metallverarbeitende Industrie zurück.

So rosig sieht es natürlich nicht überall aus: Die Arbeitslosigkeit mit derzeit 170 000 Betroffenen wächst weiter, die Konsumgüterpreise stiegen im letzten Jahr um 3,4 % und der Wohnungsbau ging zurück. Unter dem Strich jedoch ist der Lebensstandard landesweit angestiegen.

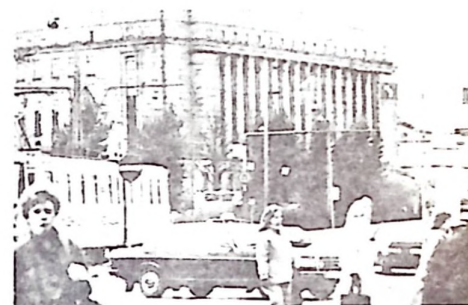
Am 3. März sprach Sorsa auf der Ratstagung der Sozialdemokratischen Partei Finnlands (SDPF). Er begrüßte insbesondere die neue sowjetische Initiative im Bereich der Mittelstreckenraketen und rief den Westen auf, in derselben Richtung aktiv zu werden.

Sorsa setzte sich natürlich hauptsächlich mit der Frage auseinander, mit welchen Positionen die Partei in Verhandlungen über ein neues Regierungsprogramm eintreten sollte. Der Vorsitzende der Sozialdemokraten äußerte sich zufrieden über die langjährige Zusammenarbeit mit der Zentrums Partei.

"Auch nach den Wahlen müssen wir auf eine Mehrheitsregierung der breiten Basis orientieren", sagte er, "das verlangen die neuen Aufgaben, vor denen wir stehen." Regierungsverantwortung sei jedoch für die SDPF kein Ziel um seiner selbst willen, sagte Sorsa. Das wichtigste sei das Programm des zukünftigen Kabinetts, das erst noch in Parteigesprächen ausgehandelt werden muß.

Die SDPF schlägt in erster Linie einen Abbau der Arbeitslosigkeit vor: die Unternehmen sollten die Verantwortung für neue Arbeitsplätze übernehmen.

Die künftige Regierung wird eine umfassende Steuerreform durchführen müssen. Die wichtigste Aufgabe der Reform sind Steuererleichterungen für Lohnabhängige mit kleinen und mittleren Einkommen und für Rentner.



Weitere Fragen, denen die Sozialdemokraten nicht geringe Aufmerksamkeit schenken, sind die Erhöhung des Kindergelds, Probleme der Agrarpolitik, Stabilisierung der Preise für Lebensmittel, Verbesserung der Wohnverhältnisse für junge Menschen und Kampf gegen die Obdachlosigkeit sowie der Umweltschutz.

In den letzten Februartagen schrieb das "Helsingborgs Dagblad" aus Helsinki: "Die Russen helfen Sorsa, die Wahlen zu gewinnen." Eine verleumderische und absurde Behauptung. Sollte die Zeitung darauf anspielen, daß eine stabile wirtschaftliche und kommerzielle Zusammenarbeit mit der Sowjetunion Finnland in vieler Hinsicht geholfen hat, Schläge einer Krise abzufangen, wie sie das kapitalistische System erfaßt hat, dann ist das wirklich der Fall. Außerdem sind unsere beiden Länder im Januar übereingekommen, ihre ungleiche Handelsbilanz zu korrigieren, die durch den Preisschlag für Erdöl und Erdölprodukte auf dem Weltmarkt hervorgerufen worden war.

Wirtschaftliche Stabilität und wachsender Lebensstandard führten dazu, daß der Wahlkampf nicht diesen schrillen, unversöhnlichen Ton annahm, wie wir ihn in anderen kapitalistischen Ländern bisweilen beobachten. Allerdings ist es auch vorgekommen, daß die oppositionelle Nationale Koalitionspartei (NKP)

die Regierungspolitik im Bereich der Arbeitsplatzbeschaffung und der Besteuerung scharf kritisierte.

Außenpolitische Themen beeinträchtigen wie üblich den Gang der Wahlvorbereitungen nicht, denn alle wichtigen Parteien halten sich an die "Paasikivi-Kekkonen"-Linie und unterstützen die Entwicklung und Festigung der finnisch-sowjetischen Beziehungen auf der Grundlage des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe aus dem Jahr 1948. 90% der finnischen Bevölkerung befürworten eine Fortsetzung der gegenwärtigen Außenpolitik des Landes.

Die Besonderheit dieser Parlamentswahlen liegt zunächst einmal darin, daß sie im Zeichen der für nächstes Jahr anstehenden Präsidentschaftswahlen stattfinden. Alle Parteien behaupten jedoch, daß diese beiden Ereignisse nichts miteinander zu tun haben. Eine reine Formsache. Viel hängt jedoch davon ab, welche Partei jetzt das Rennen macht und wer Premierminister wird.

Zwei Parteien haben ihre Präsidentschaftskandidaten bereits nominiert. Die Zentrums Partei stellt ihren Vorsitzenden, Außenminister Paavo Väyrynen auf, die Nationale Koalitionspartei ihren früheren Parteichef und jetzigen Direktor der Finnland-Bank Harri Holkeri. Die Sozialdemokraten wollen ihren Kandidaten auf ihrem Parteitag im Sommer vorstellen. Daß es der jetzige Präsident Mauno Koivisto sein wird, der den Finnen sympathisch ist und ihre Unterstützung genießt, bezweifelt niemand ernsthaft.

Ein zweites wichtiges Moment liegt im wachsenden Einfluß der bürgerlichen Nationalen Koalitionspartei. Nach der SDPF hat sie heute die meisten Abgeordnetenmandate. Seit Jahren ist die NKP nicht an der Regierung, wobei sie sich sehr aktiv darum bemüht.

Ilkka Kanerva, NKP-Parlamentsabgeordneter und führender außenpolitischer Experte seiner Partei, äußerte sich in einem Gespräch mit mir wie folgt:

"Wir sind allerdings bestrebt, unsere Positionen auszubauen und die Politik unseres Landes nachhaltiger zu bestimmen. Deshalb haben wir uns die Aufgabe gestellt, 50 Sitze im Parlament zu erobern und an die Regierung zu kommen. Wir sehen der Zukunft optimistisch entgegen, denn die NKP verfügt über ausreichendes Gewicht und Einfluß, um sich gleichberechtigt neben anderen Parteien an der Regierung zu beteiligen. Unser 20jähriges Oppositionsdasein ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Mitte der 70er Jahre revidierte die NKP ihre Ansichten zur finnischen Außenpolitik und jetzt unterstützen wir die "Paasikivi-Kekkonen"-Linie. Zugleich erweiterten wir unsere Kontakte zu gleichgesinnten Parteien in Nordeuropa und anderen Ländern. Bei diesen Kontakten setzten wir uns für die jetzige Außenpolitik unseres Landes ein. Wir

unterstützen Präsident Koivisto auch jetzt bei der Fortsetzung der "Paasikivi-Kekkonen"-Linie. Da also in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten mit den Regierungsparteien vorliegen, sehe ich keinen Grund, warum wir uns nicht auch an der Regierung beteiligen sollten. Wenn das der Fall ist, werden wir unverzüglich darangehen, die Beziehungen zur Sowjetunion auszubauen."

"Womit erklären Sie sich den wachsenden Einfluß der NKP?"

"Das hängt mit Strukturveränderungen in unserer Gesellschaft zusammen. Die Anzahl der Angestellten und im Dienstleistungssektor beschäftigten wächst rasant. Sie sind der traditionelle Sockel der Partei. Das Kräfteverhältnis in Finnland verändert sich zu Gunsten der NKP. Ohne voreilig sein zu wollen, bin ich davon überzeugt, daß in den kommenden 10 Jahren der Einfluß unserer Partei weiter zunimmt..."

Landflucht, viele aussterbende alte Berufe, die bisher tausenden von Menschen Arbeit garantierten, die stürmische Automatisierung und Einführung von Computertechnik krepeln in der Tat die Arbeitsgewohnheiten der meisten finnischen Arbeiter und Angestellten von Grund auf um. Das wirkt sich natürlich auch auf das gesellschaftliche Bewußtsein aus. Der Einfluß der einzelnen Parteien hängt davon ab, ob sie auf diese Prozesse zeitgemäß und angemessen reagieren.

Wie sehen die Zentrums Politiker selbst ihre Zukunft? Mit dieser Frage wandte ich mich an den Generalsekretär der Partei Seppo Kääriäinen.

"Der Anteil der Wechselwähler", sagt er, "nimmt zu in Finnland. Das sind Leute, die sich noch nicht festgelegt haben, für welche Partei sie stimmen sollen. Deshalb würde ich mich mit Prognosen lieber zurückhalten. Wenn man allerdings Meinungsumfragen glaubt, dann können wir, die Sozialdemokraten und die NKP unsere Positionen halten. Es kann sein, daß der eine oder andere noch ein wenig zulegt".

"Wie wirken sich Ihrer Meinung nach die Strukturveränderungen in der finnischen Gesellschaft auf die Lage der Zentrums Partei aus?"

"Nach dem Krieg und besonders in den vergangenen Jahren ist dieser Prozeß schnell vorangeschritten. Wir werden immer mehr zu einer Informationsgesellschaft. Heute stellen Personen, die im Dienstleistungsbereich arbeiten, Beamte und Angestellte einen Großteil der arbeitenden Bevölkerung dar. Gleichzeitig geht der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten zurück. Er macht jetzt nur noch 9 oder 10 Prozent aus. Diese Entwicklungen sind eine ernsthafte Herausforderung für alle Parteien, die traditionsgemäß von einer oder zwei gesellschaftlichen Schichten unterstützt werden. Ich möchte betonen, daß sich diese Tendenzen äußerst schmerzhaft für Sozialdemokraten und Kommunisten bemerkbar machen, die auf

die Arbeiterklasse orientieren, während diese permanent schrumpft.

Unsere Partei wurde geschaffen, um die Interessen der Landbevölkerung zu artikulieren. In den letzten Jahren konnten wir uns den Veränderungen in der Gesellschaft anpassen. Wenn man diejenigen, die uns unterstützten, einmal auffächert, dann sind ein Drittel Landbevölkerung und zwei Drittel Arbeiter und Angestellte. Deshalb wird unsere zukünftige Strategie wie folgt aussehen: Wir bringen weiterhin die Interessen der Landbevölkerung zum Ausdruck, aber die wichtigste Arbeit wird darin bestehen, daß wir die Unterstützung des Mittelstandes, der Angestellten und Arbeiter, in genau dieser Reihenfolge, erringen. Die Partei ist bestrebt, daß diejenigen, die zu Angestellten werden, in ihren politischen Ansichten nicht nach rechts abdriften, sondern daß sie das politische Zentrum unterstützen."

"Was können Sie über die Perspektiven einer Regierungsbildung unter Beteiligung der NKP sagen?"

"Natürlich hängt alles vom Ausgang der Wahlen ab. Ich habe schon gesagt, daß wir mit Prognosen vorsichtig sind. Unsere prinzipielle Absicht besteht darin, das sage ich hier ganz offen, die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Zentrums Partei auch nach den Wahlen aufrechtzuerhalten, vorausgesetzt, daß beide Parteien nicht verlieren. Unter diesem Aspekt ist übrigens das Jahr 1987 ein Jubiläumsjahr. Unsere noch von Urho Kekkonen begründete Zusammenarbeit währt genau 50 Jahre. Da Sie die Regierungsfrage angesprochen haben, ist für uns entscheidend, die "Paasikivi-Kekkonen"-Linie auch auf lange Sicht konsequent zu verfolgen. Sie ist für das Volk Finnlands von lebenswichtigem Interesse. Wir schließen auch die Möglichkeit einer Dreierkoalition aus SDPF, PZ und NKP nicht aus..."

Bedauerlicherweise muß man feststellen, daß die linken Kräfte des Landes zur Zeit große Schwierigkeiten haben. Sie gehen auf die Spaltung der Kommunistischen Partei zurück, der führenden Kraft in der Demokratischen Union des Volkes Finnlands (DUVF). Das hat dazu geführt, daß eine Gruppe von DUVF-Abgeordneten aus dem Parlament ausgezogen ist und eine eigene Fraktion der "Demokratischen Alternative" gebildet hat.

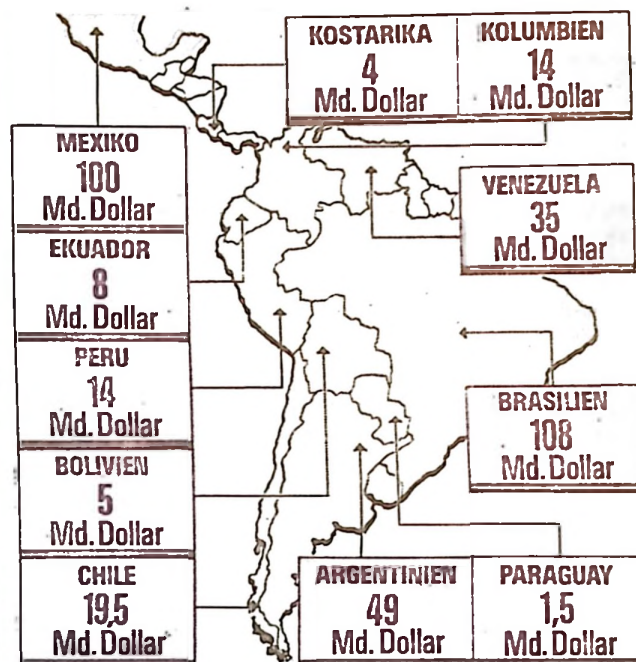
Bis zu den Wahlen verbleiben noch einige wenige Tage. Die zumindest äußerlich relativ ruhige Atmosphäre, in der dieser Wahlkampf sich abspielt, sollte kein Anlaß zu Fehleinschätzungen sein. Unter Bedingungen einer komplizierten Kräfteverteilung findet ein schwerer innenpolitischer Kampf statt. Die Abstimmungsergebnisse werden vieles deutlich machen...

D. POGORSHELSKI
NZ-Sonderkorrespondent

Helsinki-Stockholm

Die Auslandsverschuldung der lateinamerikanischen Länder hat die astronomische Höhe von über 400 Md. Dollar erreicht. Die USA, die für ihre Kredite Wucherzinsen nehmen, holen aus ihren südlichen Nachbarn enorme Mittel heraus, mit denen sie das durch das Weitrissen hervorgerufene riesige Haushaltsdefizit zu einem Großteil decken. Die Staaten Lateinamerikas machen ferner enorme Verluste durch die ungerechten Außenhandelsbedingungen - die niedrigen Preise für die von ihnen exportierten Rohstoffe und die zunehmend protektionistische Politik der USA. Der Kapitalabfluß in die USA und andere kapitalistische Industrieländer ist in den letzten Jahren viel höher als Auslandsinvestitionen in Lateinamerika.

Infolgedessen sind eine Stagnation der Industrieproduktion, galoppierende Inflation, anhaltende Teuerung und eine fortschreitende Arbeitslosigkeit zu konstatieren. Die Krise belastet vor allem die Weiträger, deren Lebensniveau sich unaufhaltsam verschlechtert.



In der Schuldenschlinge

Julio Silva COLMENARES

Dr. sc. oec., Generalsekretär der Akademie der ökonomischen Wissenschaften Kolumbiens

In Lateinamerika wird viel darüber gestritten, wie das Problem der Auslandsverschuldung der Länder der Region gelöst werden kann - eines der kompliziertesten Probleme der Gegenwart, das zum Hauptfaktor der ökonomischen, sozialen und politischen Krise unseres Kontinents wurde.

Ich meine, daß die Auslandsverschuldung kein rein juristisches oder ökonomisches Problem ist. Sie ist zu einem politischen Problem geworden. Und folglich ist es sinnlos, sich um dessen Lösung im Rahmen juristischer oder technisch-wirtschaftlicher Abkommen bzw. anderer bilateraler Dokumente zwischen dem Schuldnerland und der Gläubigerbank zu bemühen. Ein gemeinsamer Ausweg für alle Schuldner ist

zu suchen - auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen. Ein großer Schritt in diese Richtung erfolgte nach dem Konsens von Cartagena*. Die Regierungen der lateinamerikanischen Länder sprechen jetzt davon, daß ein Dialog auf höchster Ebene und politische Entscheidungen notwendig sind. Doch leider ist diesbezüglich bislang wenig getan worden.

Zugleich wird immer deutlicher, daß das Problem der Auslandsverschuldung unserer Länder bei Einhaltung früher geschlossener Verträge nicht gelöst werden kann. Dabei ist es nicht so, daß die Länder Lateinamerikas oder der

Karibik nicht zahlen wollten. Sie sind dazu nicht imstande. Um unsere Auslandsschulden zu begleichen, müssen wir unsere Wirtschaft voll und ganz auf die Produktion von Exporterzeugnissen umstellen. Das aber wird dem Konsum und der Reproduktion im Lande schaden. Doch nichtsdestoweniger wollen uns die transnationalen Banken, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank ein solches ökonomisches Exportmodell aufzwingen.

Es fängt schon damit an, daß wir einen gewissen Teil unserer Auslandsschulden überhaupt nicht zurückzahlen

Argentinien

Die argentinische Regierung und der Internationale Währungsfonds unterzeichneten im Januar 1987 ein Memorandum über gegenseitiges Verständnis. Diesem Dokument zufolge, dessen Gültigkeit auf 15 Monate (ab 1. Januar d. J.) festgesetzt wurde, erklärte sich Argentinien zu einer Beschränkung der Lohnerhöhungen, zu einer Verringerung der Rolle der staatlichen Betriebe und Konzerne im Wirtschaftsleben des Landes, zur Senkung der Agrarerzeugersteuern bereit. Vorgesehen ist, ausländischen Firmen das Recht zur freien Ausfuhr ihrer Gewinne und Dividenden einzuräumen sowie die Einfuhren zu liberalisieren. Argentinien verpflichtete sich, seine Schuldenrückzahlung nicht zu verzögern und ca. 500 Mio Dollar - als Zinsen, deren Tilgungsfristen bereits abgelaufen sind -, in kürzester Zeit zu überweisen. Dem Abkommen zufolge wird Argentinien neue Kredite erhalten. Damit steigen seine Auslandsschulden 1987 um weitere 2,7 Md. Dollar.

* Auf einer Konferenz der elf größten lateinamerikanischen Schuldnerländer im Juni 1984 in Cartagena (Kolumbien) wurde eine Vereinbarung über regelmäßige politische Konsultationen zur Koordinierung der Haltungen gegenüber der Schuldenfrage erzielt. Im Rahmen dieses Mechanismus - des „Prozesses von Cartagena“ oder des Konsens von Cartagena - wurden bereits vier Konferenzen durchgeführt, auf denen die Notwendigkeit eines politischen Dialogs mit den Gläubigerländern über die Regelung der Krise betont wurde (die Red.).

brauchen. Gemeint sind jene Summen, die ungesetzmäßig unter Umgehung der für die Aufnahme von Auslandskrediten festgelegten Normen gewährt wurden. Das geschah mit rechtswidrigen Tricks, getarnt als diverse, für unsere Wirtschaft und Gesellschaft „nützliche“ Zuwendungen.

Diesen Teil der Schulden haben unsere Länder in den letzten Jahren schon faktisch abgetragen. Gemeint sind unsere Ausgaben zur Bezahlung der übermäßig hohen Nebengebühren aus Verpflichtungen, unsere schweren finanziellen Verluste infolge der unvorteilhaften Bedingungen beim Verkauf lateinamerikanischer Waren und der überhöhten Preise für die von uns erworbenen Industrieerzeugnisse, besonders Waffen. Man hat errechnet, daß die Bezahlung der Zinsen, der überhöhte Dollarkurs und die Verluste im Handel auf den Auslandsmärkten die Länder Lateinamerikas und der Karibik allein von 1978 bis 1984 mehr als 246 Mrd. Dollar gekostet haben.

Wir verlangen, das Problem der Auslandsschulden als ein politisches anzuerkennen, wir verweisen darauf, daß wir weder sozial noch ökonomisch umstände sind, diese Schulden jetzt zu bezahlen, wobei wir einen gewissen Teil davon als unrechtmäßig ansehen. Dabei sind wir uns bewußt, daß in dieser Weltregion, zu der wir gehören, juristische und moralische Normen gelten, die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen eigen sind. Man sollte wohl nicht darauf setzen, daß sie in absehbarer Zukunft von der internationalen Bühne verschwinden.

Die Veränderungen im ökonomischen, politischen und sozialen Bereich zwingen zu gemeinsamen Aktionen als Antwort auf den Druck der Kreditgeber. Sehen wir ja, welche Einheitsfront die Kreditbanken bilden, wenn sie „Konsultativgruppen“ oder „Komitees für Beziehungen“ mit einem bestimmten Land formieren. Welche völlige Einmütigkeit ist in Krisensituationen in Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu beobachten.

Der führende Repräsentant Kubas, Fidel Castro, sowie andere lateinamerikanische politische Führer und Persön-

Peru

Peru beschränkte 1986 die Rückzahlung seiner Auslandsschulden auf 10 Prozent seiner Exporterlöse, um die für die Wirtschaftsentwicklung erforderlichen Mittel nicht ganz zu verlieren. Infolgedessen erreichte das Wachstum der peruanischen Wirtschaft 8 Prozent, die Produktionskapazitäten des Landes vergrößerten sich. Das außerordentliche Programm für Wirtschaftsmaßnahmen, das die Regierung unter Präsident Alan Garcia im Juli 1985 verkündete, brachte sogar bessere Ergebnisse, als erwartet. Eine Freiskontrolle wurde eingeführt, die Diskontsätze gesenkt. Ein fester Wechselkurs der neuen Landeswährung, des Inti, gegenüber dem Dollar wurde festgelegt. Die Staatsausgaben wurden durch Verzicht auf die Verwirklichung nicht vorrangiger Projekte und die Verringerung der Waffenkäufe abgebaut. Die Inflation ging jah zurück. Die Reallohne stiegen. Die Auslastung der industriellen Produktionskapazitäten, die früher unter 50 Prozent lag, nahm zu.

lichkeiten des öffentlichen Lebens schlugen vor, die Regierungen der Staaten, in denen sich die Büros der transnationalen Banken befinden, die an unseren enormen Schulden verdienen, sollten zumindest einen Teil der Schulden übernehmen - besonders jenen, den wir unserer Meinung nach nicht zu bezahlen brauchen. Offenbar ist das der einzige Ausweg aus der entstandenen finanziellen Sackgasse.

Die Schuldnerländer werden sich um das Recht bemühen, gemeinsam zu handeln, um geschlossen dem Klub der Kreditgeber mit solchen Mechanismen wie dem Konsens von Cartagena, dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem, dem Lateinamerikanischen Parlament oder der Organisation Amerikanischer Staaten Widerstand zu leisten. Wir werden verlangen, daß eine Internationale Konferenz über das Problem der Auslandsverschuldung einberufen wird. Am besten wäre es, wenn eine solche Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO stattfinden würde. Alle Länder müssen daran teilnehmen können.

Besonders sei auf den Zusammenhang des Problems der Auslandsverschuldung mit dem Wettrüsten verwiesen. Zur Klärung dieser Frage hat Fidel Castro einen unschätzbaren Beitrag geleistet. Er erklärte: Um die schwere wirtschaftliche und soziale Last, die heute auf den lateinamerikanischen Ländern liegt, zu beseitigen, sind zwei Probleme zu lösen:

erstens das Problem der enormen Verschuldung der Entwicklungsländer und zweitens das der Beendigung des Wettrüstens.

Das wahnsinnige Wettrüsten in den kapitalistischen Industrieländern nötigt die sozialistischen Staaten, große Mittel für die Verteidigung auszugeben und zwingt auch den von riesigen Schulden belasteten Ländern der dritten Welt enorme unproduktive Ausgaben auf. Auf der von uns vorgeschlagenen Internationalen Konferenz soll eine Formel für eine grundlegende Lösung des Problems der Auslandsverschuldung gefunden werden, vor allem durch den Abbau der Rüstungsausgaben.

Die freigesetzten Mittel sollen dazu dienen, jenen Teil der Schulden der lateinamerikanischen Länder, den wir, wie gesagt, nicht zurückzahlen wollen, bei den transnationalen Banken zu tilgen. Zu diesem Zweck könnten die Regierungen der kapitalistischen Industrieländer staatliche Obligationen emittieren - zu für die Käufer vorteilhaften Bedingungen und zu mit den Banken abgestimmten

Brasilien

Die Regierung Brasiliens stoppte im Februar 1987 für drei Monate die Rückzahlung der Kreditzinsen, da sie gegenwärtig ihren internationalen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. In den kommenden drei Monaten wird sie ca. 2 Mrd. Dollar zahlen, um die im ersten Halbjahr fälligen Zinsen aus dem Hauptteil ihrer Auslandsschulden zu begleichen. Ein solcher Beschluß wird zum zweiten Mal in den letzten vier Jahren gefaßt. Diese Maßnahme ist durch die spürbare Verknappung der Devisenreserven bedingt und dadurch, daß sich eine aktive Handelsbilanz von 7 Mrd. Dollar, wie sie für dieses Jahr geplant war, als unreal erwies. Brasilien hatte 1987 ca. 12 Mrd. Dollar allein als Kreditzinsen zahlen müssen.



Laufzeiten. Diese Obligationen werden die Ausgaben der Regierungen nicht vergrößern, sie werden nicht zu steigen der Staatsverschuldung führen, da sie gerade im Werte der eingesparten Rüstungsausgaben in Umlauf zu setzen sind. Bei einer vernünftigen Betrachtungsweise sollten an einer solchen Operation in gleichem Maße die Schuldnerländer wie die Kreditgeber interessiert sein. So würden sich die transnationalen Banken in Absprache mit ihren Regierungen die Rückzahlung der Kredite sichern und den Bankrott vermeiden, der unausweichlich wird, wenn die Länder Lateinamerikas sich für zahlungsunfähig erklären.

Mexiko

Mexiko führt komplizierte, langwierige Verhandlungen mit internationalen Privatbanken über die Gewährung eines Kredits von ca. 7,5 Md. Dollar. Sie werden die Kredite um eben diese Summe erhöhen, wie früher vereinbart. Die jüngsten Verhandlungen begannen Mitte 1986. Erklärungen mexikanischer Vertreter zufolge braucht das Land neue Kredite, um wieder ein nationales Wirtschaftswachstum zu ermöglichen und gleichzeitig seine Verpflichtungen aus früheren Verbindlichkeiten zu erfüllen - sonst droht Mexiko eine weitere Verschärfung der Krise. Wie es im Bericht der staatlichen Finanzverwaltung heißt, wird Mexiko 1987 und 1988 ca. 27,5 Md. Dollar an die Kreditgeber zahlen (davon werden die Zinszahlungen 16,5 Md. Dollar, die eigentliche Kreditrückzahlung 11 Md. Dollar ausmachen).

Den Schuldnern könnte eine solche Haltung helfen, eine dynamische Entwicklung der Wirtschaft, die einige Jahre stagnierte, zu erzielen. Würde man dann auch auf die uns vom Internationalen Währungsfonds aufgezwungenen Rezepte, die zur Rezession führen, verzichten, dann würden davon auch die kapitalistischen Industriestaaten, bei denen wir die wichtigsten Waren kaufen, profitieren.

Das sind unsere Vorschläge. Wir meinen, ihre Verwirklichung würde einen neuen Zyklus des Wirtschaftswachstums einleiten. Das würde es erlauben, bedeutende Mittel einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der überwindenden Mehrheit der Werktätigen zuzuführen und so neue soziale und politische Erschütterungen zu vermeiden, die die demokratischen Fortschritte in Ländern Lateinamerikas und der Karibik rückgängig machen könnten.

Pentagon plante:

21 sowjetische Städte zu okkupieren

Traurig berühmt wurde seinerzeit eine Veröffentlichung der amerikanischen Zeitschrift „Collier's“ vom 27. Oktober 1951, in der eine „mögliche“ Okkupation der Sowjetunion durch US-Truppen detailliert beschrieben wurde. Das Titelbild zeigte einen US-Militärpolizisten vor einer Karte des besetzten sowjetischen Territoriums und löste allgemeine Empörung aus. Es wurde zum Symbol provokatorischer Publizistik aus der Zeit des kalten Krieges. Doch es gab auch Kommentatoren, die in dieser antisowjetischen Hetze eine Erfindung verantwortsloser Journalisten sahen. Wer mit

dritten die Zahl der Besatzungsdivisionen, in der vierten die der Fliegergruppen.

In 21 sowjetischen Städten befinden sich also 22 US-Divisionen und 22 Jagdfliegergruppen. Was ist ihre Aufgabe? Da braucht man nicht herumzueraten, da es ein entsprechendes Dokument (S. 50-51 des Memorandums 496/1) über die Okkupationsziele gibt:

„a) Die Vernichtung der kommunistischen Diktatur in der UdSSR und überall in der Welt, letztlich die Vernichtung der sowjetischen Doktrin des Kommunismus.



... and the following table gives the number of troops to be stationed in each city.

City	Number of troops	Number of troops
(1) Moscow	1,000	2,000
(2) Leningrad	1,000	1,000
(3) Gorky	1,000	1,000
(4) Novosibirsk	1,000	1,000
(5) Khabarovsk	1,000	1,000
(6) Vladivostok	1,000	1,000
(7) Yekaterinburg	1,000	1,000
(8) Omsk	1,000	1,000
(9) Novonikolayevsk	1,000	1,000
(10) Krasnodar	1,000	1,000
(11) Rostov	1,000	1,000
(12) Volgograd	1,000	1,000
(13) Saratov	1,000	1,000
(14) Tula	1,000	1,000
(15) Kazan	1,000	1,000
(16) Perm	1,000	1,000
(17) Ufa	1,000	1,000
(18) Chelny	1,000	1,000
(19) Krasnoyarsk	1,000	1,000
(20) Irkutsk	1,000	1,000
(21) Khabarovsk	1,000	1,000

dieser Interpretation nicht einverstanden war, konnte damals nur die Vermutung äußern, daß der Artikel gewisse Pläne und Absichten der politischen und militärischen Führung der USA zum Ausdruck brachte...

Heute können wir diese Vermutung mit Dokumenten aus Pentagon-Archiven, die nicht mehr der Geheimhaltung unterliegen, untermauern. Nehmen wir z. B. S. 116 des am 8. November 1947 verfaßten strategischen Plans „Broiler“ (Memorandum 496/1 der Vereinigten Strategischen Planungsgruppe). Wir finden dort eine Liste der sowjetischen Städte, die in einem dritten Weltkrieg zu okkupieren seien. Hier die Liste im Original, das keine Übersetzung verlangt. In der ersten Spalte die besetzten Städte, in der zweiten die Nachschubbasen der Okkupationstruppen, in der

b) Die Zurückdrängung Rußlands in die Grenzen von 1939; die Einwirkung auf die Bevölkerung einzelner Teile der UdSSR, damit diese einen unabhängigen Status erlangt oder Föderationen bildet...

In einem anderen Dokument wurde erläutert: „Die Besetzung der Schlüsselpositionen und -gebiete in der Sowjetunion ... wird die zuverlässigste Form der Kontrolle über die Einhaltung der Kapitulationsbedingungen sein“ (Memorandum der Vereinigten Stabschefs 1920/5 vom 19. Dezember 1949).

Die Formulierungen sind völlig eindeutig. Eben sie inspirierten die Autoren der Zeitschrift „Collier's“, die Publikation aber war, wie sich jetzt herausstellt, nur eine blasse Kopie des verbrecherischen Pentagon-Originals.

DISKUSSION
MIT DEM LESER



Es diskutiert
Juri BOTSCHKARJOW
Außenpolitischer Kommentator

Anbei Fotokopien von Artikeln Sinattis und Rampinis aus der Zeitung "Il Sole-24 ore", die dem äthiopischen "Regime" allerlei Mißbräuche mit der westlichen Ernährungshilfe vorwerfen. Da heißt es auch, daß Sowjetbürger in Äthiopien zwar nicht auffallen, sich aber in alles einmischen. Bitte Ihre Meinung über diese Publikationen.

Renzo BENETOLLO
Padua, Italien

Priestly, der der Sondergruppe zur Verhütung von Hungersnöten vorsteht.

Sinatti hat auch nicht gesehen, wie Dorfbewohner in Äthiopien umgesiedelt werden, den äthiopischen Behörden zufolge, damit sie leichter mit Wasser versorgt und ärztlich betreut werden können. Sinatti behauptet ohne alle Tatsachen, die Umsiedlung löse "allgemeine Entrüstung aus" und bezwecke

Erfolge bei der Alphabetisierung sind ihm entgangen.

Nicht besser ist der Aufsatz von Rampini über den Pariser "Kongreß" zum Thema, wie Äthiopien die westliche Hilfe "mißbraucht". Da hörte man wieder von den "gewaltsamen Umsiedlungen", von der gewaltsamen "Konzentration der Bauern in neuen Dörfern". Rampini kaut mit Genuß die Lügen dieses Gremiums wieder. Da heißt es, Äthiopien habe die

Hinterhältigkeiten

Gern erfülle ich Ihre Bitte. Beginnen wir bei Sinatti. In Äthiopien war er zur Eröffnung der medizinischen Zentrale in Macalle, die für italienische Spenden gebaut wurde. Sagt er! Ich bin aber sicher, daß der lügenhafte Aufsatz über die Lage in Äthiopien und zugleich über dessen Beziehungen zur UdSSR sein Hauptanliegen war. Er mußte in Äthiopien gewesen sein, damit der Leser glaubt, er habe alles mit eigenen Augen gesehen.

So z. B. konnte er nicht gesehen haben, wie Bauern aus Dürregebieten in niederschlagsreichere Gegenden umgesiedelt werden, denn als er sich in Äthiopien aufhielt, war die Umsiedlung gerade unterbrochen worden. Trotzdem behauptet er, daß "ganze Völkerschaften mit barbarischen Methoden" umgesiedelt werden. Auch war er nicht dort, wo die Umsiedler jetzt leben, hat aber die Stirn, im Ton des Augenzeugen zu behaupten, daß die Umsiedlungsgebiete unvorbereitet gewesen seien. Ich muß sagen: Viele objektive westliche Beobachter erkennen die Zweckmäßigkeit der Umsiedlung und ihren Erfolg an. So der jahrelang in Äthiopien tätig gewesene Vizegeneralsekretär der UNO Michael

eine "militärisch-politische Kontrolle über die Bevölkerung".

Vielleicht wissen Sie, daß in den Provinzen Eritrea und Tigre Separatistenbanden ihr Unwesen treiben, die von Reaktionären aus dem Ausland unterstützt werden. Die betreffenden Gebiete sind sehr klein. Sinatti will aber festgestellt haben, daß "ganz Äthiopien vom Widerstand gegen das kommunistische Regime erfaßt ist". Ist er etwa in ganz Äthiopien herumgekommen? Ach wo, der Herr weiß alles unbesehen.

Auch hat er "alle wichtigen politischen Leitungsinstanzen" in Äthiopien abgeklappert und festgestellt, daß da "sowjetische Berater" sitzen. Zwar "unauffällig", seinem Scharfblick aber konnten sie nicht entgehen.

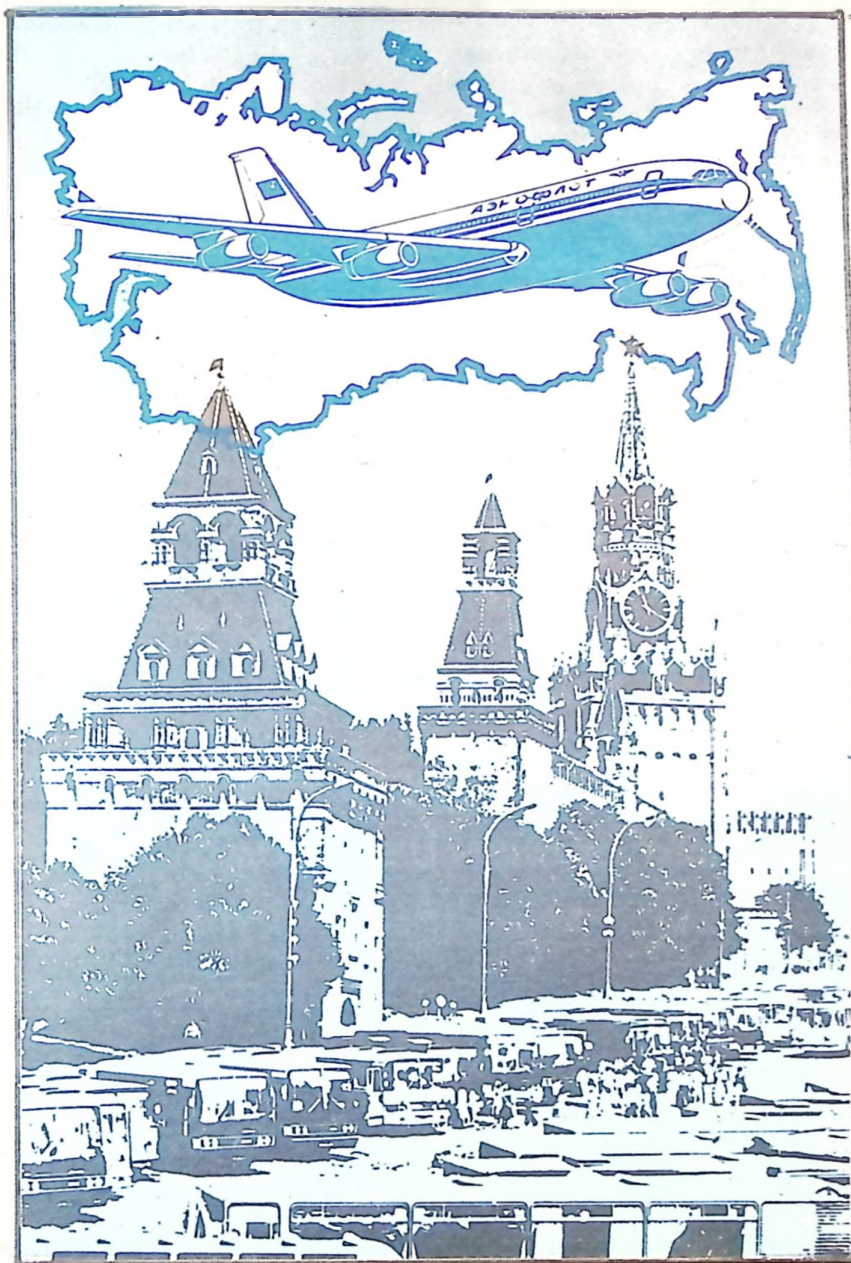
Seine Voreingenommenheit hat ihn für ein wichtiges Ereignis wie die Annahme der neuen Verfassung blind gemacht. Er will die Bemühungen um den Bau von Bewässerungsanlagen nicht bemerkt haben, ebensowenig wie die Erschürfung großer Naturgasvorkommen mit Hilfe sowjetischer Fachkräfte, wodurch das Energiepotential des Landes bedeutend anwachsen wird. Auch die glänzenden

westliche Hilfe benutzt, um eine 300 000 Mann starke Armee aufzustellen, Addis Abeba verbrachte für diese 45 Prozent des Staatsetats usw. Rampini sagt nicht, woher die Summe gekommen sein soll. Wahrscheinlich hat er sie sich aus den Fingern gesogen.

Aber lassen wir die Zahlen. Das Schlimme sind die böartigen Versuche, Äthiopien als militaristischen Staat hinzustellen. Wie jeder andere Staat, so sorgt auch dieser für seine Verteidigungsfähigkeit, und die UdSSR hilft ihm dabei. Äthiopien muß große Summen für die Streitkräfte bereitstellen, weil auf seinem Boden Separatistenbanden am Werk sind.

Aber kommen wir zu Rampinis Behauptung, daß in Äthiopien 8 Millionen Menschen hungern. Das ist eine faustdicke Lüge. Addis Abeba erklärt offiziell, daß es jetzt im Land 2,5 Millionen Opfer der Dürre gibt und daß es deshalb viel weniger Hilfe als in den vorangegangenen zwei Jahren braucht. Das kommt daher, daß die Produktion von Nahrungsmitteln, wenn auch nur langsam, zunimmt.

Ich muß Signor Rampini aber auch loben. Er bringt mit rührender Offenheit



Transit durch die UdSSR—

der kürzeste und bequemste Weg aus Europa in Länder Ost- und Südasiens, des Nahen und des Mittleren Ostens.

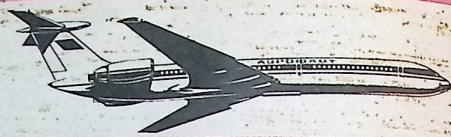
Die unbestreitbaren Vorzüge der Transitrouten machen sie so beliebt bei den Reisenden wie bei vielen ausländischen Fluggesellschaften. In Moskau können Sie einen Zwischenaufenthalt einlegen, von dort aus andere Städte der Sowjetunion besuchen und dann die Reise fortsetzen.

Ausführliche Informationen über die Flüge in jeder Vertretung oder Agentur von Aeroflot.

*Mit Aeroflot
in alle Kontinente!*

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



Mit Aeroflot
zu den XV. Moskauer internationalen
Filmfestspielen!



[7.—16. Juli 1987]
Zeitsparende Fluggeschwindigkeit
und bequeme Routen.
Aeroflot, die weltgrößte Fluggesellschaft,
bedient fast 100 Länder
und garantiert Ihnen eine angenehme Reise.
Näheres über die bequemsten Routen
bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land.

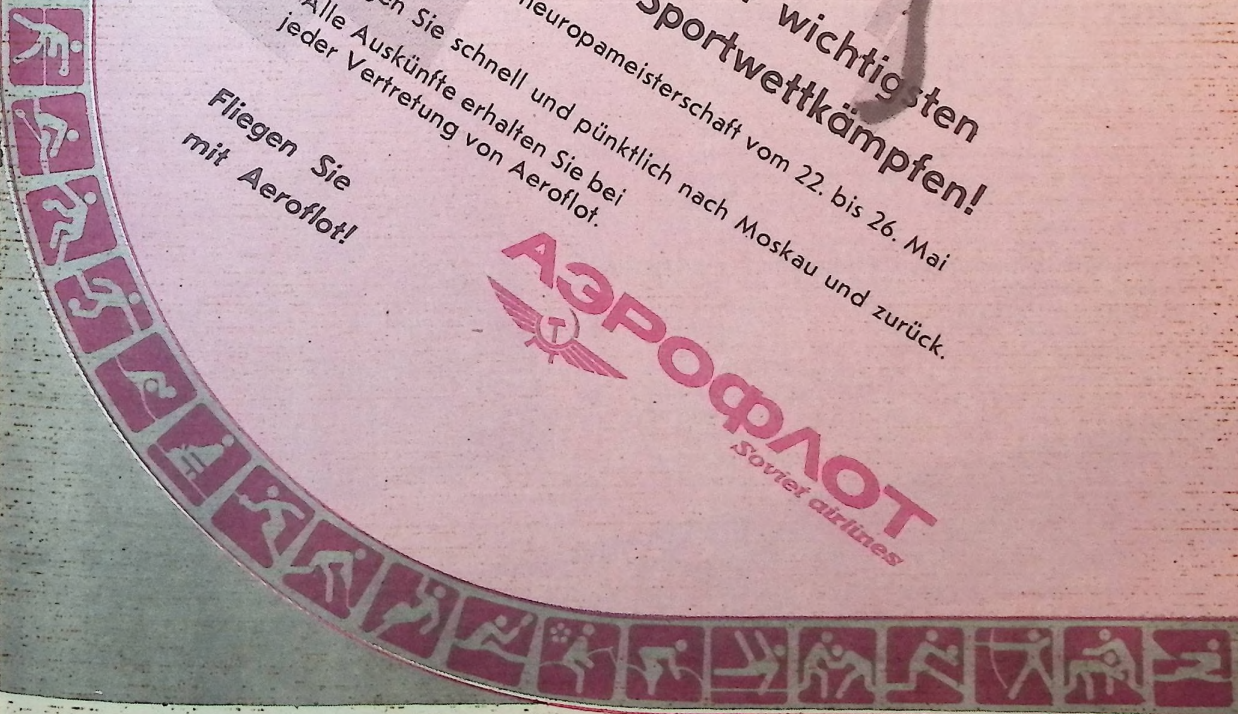
AEROFLOT STETS ZU DIENSTEN!

Mit Aeroflot zu den wichtigsten
internationalen Sportwettkämpfen!

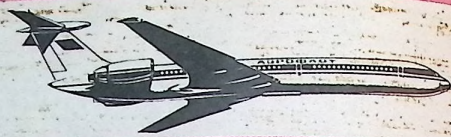
Mit Aeroflot zur Turneuropameisterschaft vom 22. bis 26. Mai
in Moskau.
Wir bringen Sie schnell und pünktlich nach Moskau und zurück.
Alle Auskünfte erhalten Sie bei
jeder Vertretung von Aeroflot.

Fliegen Sie
mit Aeroflot!

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



Mit Aeroflot
zu den XV. Moskauer internationalen
Filmfestspielen!



[7.—16. Juli 1987]
Zeitsparende Fluggeschwindigkeit
und bequeme Routen.
Aeroflot, die weltgrößte Fluggesellschaft,
bedient fast 100 Länder
und garantiert Ihnen eine angenehme Reise.
Näheres über die bequemsten Routen
bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land.

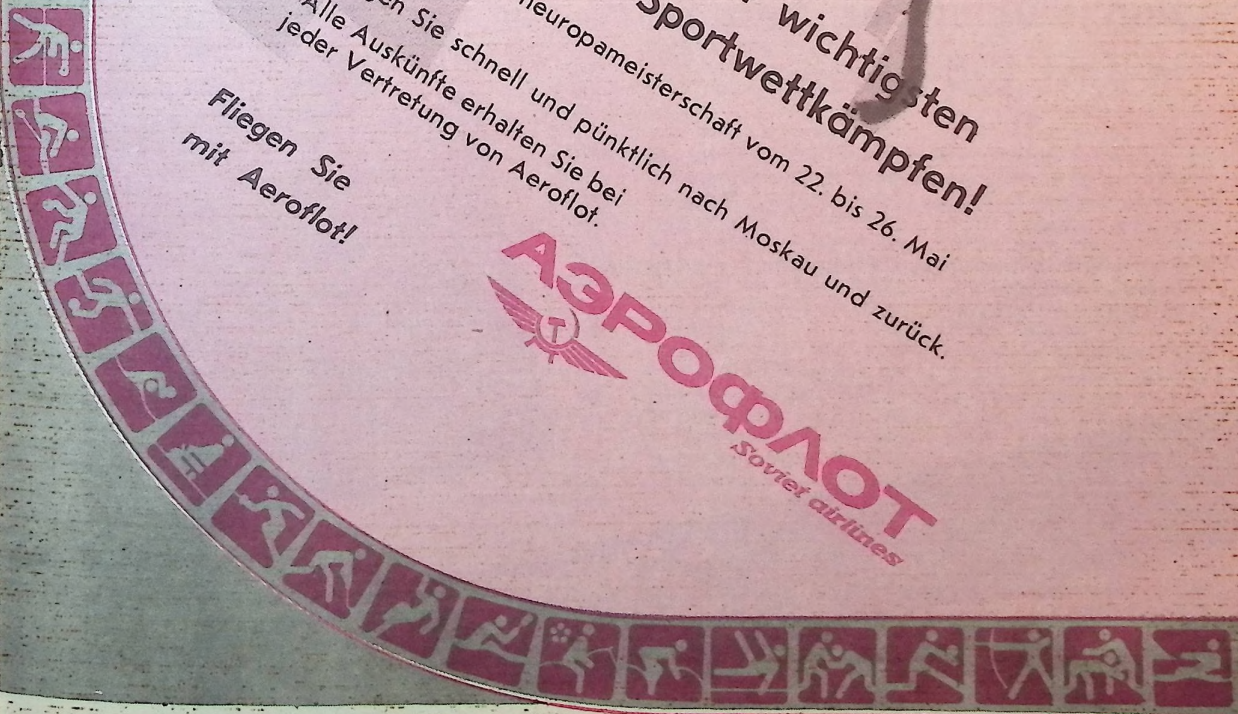
AEROFLOT STETS ZU DIENSTEN!

Mit Aeroflot zu den wichtigsten
internationalen Sportwettkämpfen!

Mit Aeroflot zur Turneuropameisterschaft vom 22. bis 26. Mai
in Moskau.
Wir bringen Sie schnell und pünktlich nach Moskau und zurück.
Alle Auskünfte erhalten Sie bei
jeder Vertretung von Aeroflot.

Fliegen Sie
mit Aeroflot!

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines





Ihr Vorteil!

**Wir können Ihre Frachten
an fast jeden Punkt der Erde bringen!
Gewähr dafür sind
die Erfahrungen bei
den Flügen der Aeroflot
in fast 100 Länder**

Alle Informationen über die Frachtbeförderung erhalten
Sie in der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land
sowie bei der Zentralen internationalen Agentur
von Aeroflot.

Anschrift: 119021, Moskau, Frunsenskaja nabereschnaja, 4.
Telex: 411202
Telefon: 245-00-02



АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

20 Minuten Ewigkeit

Ich bin Lehrer und habe ein langes Leben hinter mir. Ich schicke Ihnen meinen Brief und hoffe, daß Sie ihn veröffentlichen...

Ich besuchte das Leninmausoleum in der sowjetischen Hauptstadt und hielt mich 20 Minuten darin auf. Mir kam es vor, als hätte ich 20 Jahrhunderte im Land der Weisen verbracht und eine Reise durch die Zeit von den Denkern der Vergangenheit bis zu Marx und Lenin gemacht. Ich mußte daran denken, daß der große Lenin Apathie und Resignation niemals hätte durchgehen las-

sen. Er hat immer gekämpft. Wir gehen heute seinen Weg. Weder Egoismus noch kleinliches Almosenspenden waren seine Sache. Er hat sein ganzes Leben der Menschheit gewidmet. Wir beherzigen seine Lehre, wenn wir uns vornehmen: "Einer für alle!..." Lenin ergriff Partei für die Arbeiter und Bauern. Er nahm alle Unterdrückten in Schutz. Er ging mutig den von Marx vorausgesagten Weg. Wir auch.

Kieu HOA

Provinz Nge Tinh, Vietnam

MEINUNGEN

Sozial und moralisch

Die ernsthaften Veränderungen in Land und Partei sind etwas freudig Erwartetes. Ich sage sicherlich nichts Neues, wenn ich festhalte, daß die

Menschen die Ereignisse vom April 1986 nicht als rein ökonomische und wissenschaftlich-technische Beschleunigung empfinden, son-

dern als einen sozialen, moralischen Prozeß.

J. POLETSCHUK

Wladiwostok, RSFSR

STANDPUNKT DES WISSENSCHAFTLERS

Darüber schreibe ich in Indien

Als Wissenschaftler eines Entwicklungslandes verfolge ich die in letzter Zeit in der Sowjetunion vor sich gehenden Prozesse überwiegend unter dem Aspekt, wie sie sich auf die Beziehungen der UdSSR zu anderen Ländern der 3. Welt auswirken. Für Indien und viele andere junge Nationalstaaten ist die UdSSR der wichtigste Geschäftspartner. Die weitere Durchorganisation und Effektivierung der sowjetischen Volkswirtschaft, die der Verwirklichung der Beschlüsse des XXVII. Parteitags der KPdSU entsprechen, wirken sich bereits heute und in Zukunft positiv auf die kommerziellen und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Moskau und den Entwicklungsländern aus. Die erweiterte Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern und der UdSSR stärkt ihrerseits das Kräftepotential, das die internationale Stabilität zu bewahren imstande ist.

Herr Gorbatschow und andere führende Politiker decken kühn und kompromißlos alle Probleme und Einstellungen auf, die sich seit Anfang der 70er Jahre im ökonomischen und sozialen Leben der Sowjetunion angesammelt haben. Der sowjetische Parteichef beweist energische Entschlossenheit bei seiner auf Erneuerung zielenden Aufgabenstellung. So wurde das, was als Reform begann, heute zu einer echten Revolution.

Vor einiger Zeit war ich auf Einladung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in der Sowjetunion und konnte mich unmittelbar davon überzeugen, mit welchem Schwung die neue sowjetische Führung, vom ganzen Volk unterstützt, die angehäuften Probleme in Angriff nimmt. Sie ist offensichtlich bemüht, den Sozialismus von Fesseln zu befreien, die er sich selbst angelegt hat, und die Faktoren zu beseitigen, die einen vollen Sieg der

sozialistischen Moral in der Sowjetunion behindern. Obwohl ich mit der sowjetischen Ideologie und gesellschaftlichen Praxis nicht in allem übereinstimme, habe ich nach meiner Rückkehr in der indischen Presse eine Artikelfolge veröffentlicht, die meinen Landsleuten vor Augen führen sollte, welche schöpferische, innovative Atmosphäre der Demokratisierung aller Lebensbereiche heute in der UdSSR herrscht.

Wie den Reden Herrn Gorbatschows zu entnehmen, geht die Verwirklichung des Anspruchs auf Offenheit und einen konsequenten Umbau nicht ganz reibungslos vonstatten. Immerhin besteht darin das revolutionäre Element der von Ihrer Partei vorgesehenen Veränderungen.

Prof. Bhabani SEN GUPTA
Indisches Zentrum
für politische Studien
Delhi

...ell der Teilnehmer des Pariser
...m die Leute im Westen, die den
...ern Ernährungshilfe leisten. Das
...: Ehe einem Regime wie dem
...hen geholfen werde, müßten
...hltätigkeitsvereine verlangen,
...ig an Ort und Stelle helfen zu
...sonst würden sie die Hilfe
... Sie wollen sich im fremden
... bei sich zu Haus aufführen.
... ein souveräner Staat so etwas
...assen?

...i muß sich geärgert haben, daß
...bruar beim Pariser Treffen des
...beitglieds Toby Roth mit
...Teilnehmern des besagten
...ses" nicht dabei sein konnte.
...ttte er seinen Lesern feixend
... können, daß Roth nach
...nahme von den Resultaten des
...ses" zu einer Wirtschaftsblocka-
...n Äthiopien aufrief. Wissen Sie,
...die Resultate mitgeteilt hat?
...aalhuret, französischer Staatssek-
...Menschenrechte, der sich gar zu
...den Rechten fremder Völker
...glt, und Rony Brauman, Leiter
...e, die keine Grenzen anerken-
...wurde voriges Jahr wegen
...mörter Einmischung in die inne-
...ellegenheiten Äthiopiens ausge-
...mnd bleibt seitdem bei keiner
...feindlichen Aktion unbeteiligt.

... Ihnen nicht auch, daß
...che Kreise die Ernäh-
...wierigkeiten Äthiopiens aus-
...wollen, um zu erreichen, daß
...Außen- und Innenpolitik ändert?
...t es nicht, daß Äthiopien nach
...der Monarchie (1974) Kurs auf
...sozialistischen Grundsätzen
...Gesellschaft genommen hat;
...Außenpolitik unabhängig ist,
...t: der UdSSR, mit Kuba und den
...sozialistischen Ländern
...macht hält und mit ihnen zusam-
...teet.

...idien Artikel sind in derselben
...der Zeitung, sogar neben-
...erschienen. Daran erkennt
...im voraus geplante Aktion,
...propagandaschuß des "So-
... aus dem Hinterhalt.

...man mit Lügen und Verleum-
...ie ehrlichen Italiener beeinflus-
...das Unglück Äthiopiens be-
...ed ihm helfen wollen, so gut sie
...enn.

DISKUSSION
MIT DEM LESER

Es diskutiert
Juri BOTSCHKARIOV
Außenpolitischer Kommentator

Hinterhältigkeiten

Gern erfülle ich Ihre Bitte. Beginnen wir bei Sinatti. In Äthiopien war er zur Eröffnung der medizinischen Zentrale in Macalle, die für italienische Spenden gebaut wurde. Sagt er: Ich bin aber sicher, daß der lügenhafte Aufsatz über die Lage in Äthiopien und zugleich über dessen Beziehungen zur UdSSR sein Hauptanliegen war. Er mußte in Äthiopien gewesen sein, damit der Leser glaubt, er habe alles mit eigenen Augen gesehen.

So z. B. konnte er nicht gesehen haben, wie Bauern aus Dürregebieten in niederschlagsreichere Gegenden umgesiedelt werden, denn als er sich in Äthiopien aufhielt, war die Umsiedlung gerade unterbrochen worden. Trotzdem behauptet er, daß "ganze Völkerschaften mit barbarischen Methoden" umgesiedelt werden. Auch war er nicht dort, wo die Umsiedler jetzt leben, hat aber die Stirn, im Ton des Augenzeugen zu behaupten, daß die Umsiedlungsgebiete unvorbereitet gewesen seien. Ich muß sagen: Viele objektive westliche Beobachter erkennen die Zweckmäßigkeit der Umsiedlung und ihren Erfolg an. So der jahrelang in Äthiopien tätig gewesene Vizegeneralsekretär der UNO Michael

eine "militärisch-politische Kontrolle über die Bevölkerung".

Vielleicht wissen Sie, daß in den Provinzen Eritrea und Tigre Separatistenbanden ihr Unwesen treiben, die von Reaktionären aus dem Ausland unterstützt werden. Die betreffenden Gebiete sind sehr klein. Sinatti will aber festgestellt haben, daß "ganz Äthiopien vom Widerstand gegen das kommunistische Regime erfaßt ist". Ist er etwa in ganz Äthiopien herumgekommen? Ach wo, der Herr weiß alles unbesehen.

Auch hat er "alle wichtigen politischen Leitungsinstanzen" in Äthiopien abgeklappert und festgestellt, daß da "sowjetische Berater" sitzen. Zwar "unauffällig", seinem Scharfblick aber konnten sie nicht entgehen.

Seine Voreingenommenheit hat ihn für ein wichtiges Ereignis wie die Annahme der neuen Verfassung blind gemacht. Er will die Bemühungen um den Bau von Bewässerungsanlagen nicht bemerkt haben, ebenso wenig wie die Erschürfung großer Naturgasvorkommen mit Hilfe sowjetischer Fachkräfte, wodurch das Energiepotential des Landes bedeutend anwachsen wird. Auch die glänzenden

Erfolge bei der Alphabetisierung sind ihm entgangen.

Nicht besser ist der Aufsatz von Rampini über den Pariser "Kongreß" zum Thema, wie Äthiopien die westliche Hilfe "mißbraucht". Da hörte man wieder von den "gewaltsamen Umsiedlungen", von der gewaltsamen "Konzentration der Bauern in neuen Dörfern". Rampini kaut mit Genuß die Lügen dieses Gremiums wieder. Da heißt es, Äthiopien habe die

westliche Hilfe benutzt, um eine 300 000 Mann starke Armee aufzustellen, Addis Abeba verbrauche für diese 45 Prozent des Staatsetats usw. Rampini sagt nicht, woher die Summe gekommen sein soll. Wahrscheinlich hat er sie sich aus den Fingern gesogen.

Aber lassen wir die Zahlen. Das Schlimme sind die bössartigen Versuche, Äthiopien als militaristischen Staat hinzustellen. Wie jeder andere Staat, so sorgt auch dieser für seine Verteidigungsfähigkeit, und die UdSSR hilft ihm dabei. Äthiopien muß große Summen für die Streitkräfte bereitstellen, weil auf seinem Boden Separatistenbanden am Werk sind.

Aber kommen wir zu Rampinis Behauptung, daß in Äthiopien 8 Millionen Menschen hungern. Das ist eine faustdicke Lüge. Addis Abeba erklärt offiziell, daß es jetzt im Land 2,5 Millionen Opfer der Dürre gibt und daß es deshalb viel weniger Hilfe als in den vorangegangenen zwei Jahren braucht. Das kommt daher, daß die Produktion von Nahrungsmitteln, wenn auch nur langsam, zunimmt.

Ich muß Signor Rampini aber auch loben. Er bringt mit rührender Offenheit

den Appell der Teilnehmer des Pariser Treffens an die Leute im Westen, die den Dürreopfern Ernährungshilfe leisten. Das klingt so: Ehe einem Regime wie dem äthiopischen geholfen werde, müßten die Wohltätigkeitsvereine verlangen, selbständig an Ort und Stelle helfen zu können, sonst würden sie die Hilfe einstellen. Sie wollen sich im fremden Land wie bei sich zu Haus aufführen. Kann sich ein souveräner Staat so etwas gefallen lassen?

Rampini muß sich geärgert haben, daß er im Februar beim Pariser Treffen des US-Kongreßmitglieds Toby Roth mit einigen Teilnehmern des besagten "Kongresses" nicht dabei sein konnte. Sonst hätte er seinen Lesern feixend mitteilen können, daß Roth nach Kenntnisnahme von den Resultaten des "Kongresses" zu einer Wirtschaftsblockade gegen Äthiopien aufrief. Wissen Sie, wer ihm die Resultate mitgeteilt hat? Claude Malhuret, französischer Staatssekretär für Menschenrechte, der sich gar zu gern mit den Rechten fremder Völker beschäftigt, und Rony Brauman, Leiter der "Ärzte, die keine Grenzen anerkennen". Er wurde voriges Jahr wegen unverschämter Einmischung in die inneren Angelegenheiten Äthiopiens ausgewiesen und bleibt seitdem bei keiner äthiopienfeindlichen Aktion unbeteiligt.

Scheint Ihnen nicht auch, daß einflußreiche Kreise die Ernährungsschwierigkeiten Äthiopiens ausschalten wollen, um zu erreichen, daß es seine Außen- und Innenpolitik ändert? Denen paßt es nicht, daß Äthiopien nach dem Sturz der Monarchie (1974) Kurs auf eine auf sozialistischen Grundsätzen beruhende Gesellschaft genommen hat; daß seine Außenpolitik unabhängig ist, daß es mit der UdSSR, mit Kuba und den anderen sozialistischen Ländern Freundschaft hält und mit ihnen zusammenarbeitet.

Die beiden Artikel sind in derselben Ausgabe der Zeitung, sogar nebeneinander erschienen. Daran erkennt man eine im voraus geplante Aktion, einen Propagandaschuß des "Sole-24 cre" aus dem Hinterhalt.

So will man mit Lügen und Verleumdungen die ehrlichen Italiener beeinflussen, die das Unglück Äthiopiens bedauern und ihm helfen wollen, so gut sie nur können.

20 Minuten Ewigkeit

Ich bin Lehrer und habe ein langes Leben hinter mir. Ich schicke Ihnen meinen Brief und hoffe, daß Sie ihn veröffentlichen...

Ich besuchte das Leninmausoleum in der sowjetischen Hauptstadt und hielt mich 20 Minuten darin auf. Mir kam es vor, als hätte ich 20 Jahrhunderte im Land der Weisen verbracht und eine Reise durch die Zeit von den Denkern der Vergangenheit bis zu Marx und Lenin gemacht. Ich mußte daran denken, daß der große Lenin Apathie und Resignation niemals hätte durchgehen las-

sen. Er hat immer gekämpft. Wir gehen heute seinen Weg. Weder Egoismus noch kleinliches Almosenspenden waren seine Sache. Er hat sein ganzes Leben der Menschheit gewidmet. Wir beherzigen seine Lehre, wenn wir uns vornehmen: "Einer für alle..." Lenin ergriff Partei für die Arbeiter und Bauern. Er nahm alle Unterdrückten in Schutz. Er ging mutig den von Marx vorausgesagten Weg. Wir auch.

Kieu HOA
Provinz Nge Tinh, Vietnam

MEINUNGEN

Sozial und moralisch

Die ernsthaften Veränderungen in Land und Partei sind etwas freudig Erwartetes. Ich sage sicherlich nichts Neues, wenn ich festhalte, daß die

Menschen die Ereignisse vom April 1986 nicht als rein ökonomische und wissenschaftlich-technische Beschleunigung empfinden, son-

dern als einen sozialen, moralischen Prozeß.

J. POLETSCHUK
Wladiwostok, RSFSR

STANDPUNKT DES WISSENSCHAFTLERS

Darüber schreibe ich in Indien

Als Wissenschaftler eines Entwicklungslandes verfolge ich die in letzter Zeit in der Sowjetunion vor sich gehenden Prozesse überwiegend unter dem Aspekt, wie sie sich auf die Beziehungen der UdSSR zu anderen Ländern der 3. Welt auswirken. Für Indien und viele andere junge Nationalstaaten ist die UdSSR der wichtigste Geschäftspartner. Die weitere Durchorganisation und Effektivierung der sowjetischen Volkswirtschaft, die der Verwirklichung der Beschlüsse des XXVII. Parteitags der KPdSU entsprechen, wirken sich bereits heute und in Zukunft positiv auf die kommerziellen und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Moskau und den Entwicklungsländern aus. Die erweiterte Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern und der UdSSR stärkt ihrerseits das Kräftepotential, das die internationale Stabilität zu bewahren imstande ist.

Herr Gorbatschow und andere führende Politiker decken kühn und kompromißlos alle Probleme und Entstellungen auf, die sich seit Anfang der 70er Jahre im ökonomischen und sozialen Leben der Sowjetunion angesammelt haben. Der sowjetische Parteichef beweist energische Entschlossenheit bei seiner auf Erneuerung zielenden Aufgabenstellung. So wurde das, was als Reform begann, heute zu einer echten Revolution.

Vor einiger Zeit war ich auf Einladung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in der Sowjetunion und konnte mich unmittelbar davon überzeugen, mit welchem Schwung die neue sowjetische Führung, vom ganzen Volk unterstützt, die angehäuften Probleme in Angriff nimmt. Sie ist offensichtlich bemüht, den Sozialismus von Fesseln zu befreien, die er sich selbst angelegt hat, und die Faktoren zu beseitigen, die einen vollen Sieg der

sozialistischen Moral in der Sowjetunion behindern. Obwohl ich mit der sowjetischen Ideologie und gesellschaftlichen Praxis nicht in allem übereinstimme, habe ich nach meiner Rückkehr in der indischen Presse eine Artikelfolge veröffentlicht, die meinen Landsleuten vor Augen führen sollte, welche schöpferische, innovative Atmosphäre der Demokratisierung aller Lebensbereiche heute in der UdSSR herrscht.

Wie den Reden Herrn Gorbatschows zu entnehmen, geht die Verwirklichung des Anspruchs auf Offenheit und einen konsequenten Umbau nicht ganz reibungslos vonstatten. Immerhin besteht darin das revolutionäre Element der von Ihrer Partei vorgesehenen Veränderungen.

Prof. Bhabani SEN GUPTA
Indisches Zentrum
für politische Studien
Delhi

Aggressive Doktrinen am laufenden Band

Dr. sc. Leonid MEDWEDKO

Der Skandal im Weißen Haus wegen der geheimen Lieferung von US-Waffen an den Iran hat eine ganze Kettenreaktion von Enthüllungen ausgelöst. "Plötzlich ist alles zusammengebrochen!" sagte zusammenfassend der ehemalige amerikanische Diplomat Eagleburger, der sich lange mit nahöstlichen Angelegenheiten befaßte. War es wirklich plötzlich?

Ein Rückblick auf die Evolution der US-Skandaldiplomatie in Nahost seit dem UNO-Beschluß über die Aufteilung Palästinas von 1947 und seit dem damaligen arabisch-israelischen Konflikt ist heute besonders aufschlußreich. Während er noch schnell, werden dort die in Washington von Truman bis Reagan aufgestellten Expansionsdoktrinen parallel ausprobiert. Infolgedessen kommt diese Region seit 40 Jahren nicht aus den Krisen heraus.

Einem D-Zug entgegen

Vor drei Jahren, nachdem im Libanon über 200 amerikanische Marineinfanteristen gefallen waren, antwortete US-Außenminister George Shultz auf die Frage, ob er Licht am Ende des Tunnels sehe, sarkastisch, das Licht am Ende des Tunnels könne von einem entgegenkommenden Zug ausgehen.

Trotzdem verstrickt sich Washington, seitdem vor 40 Jahren die Truman-Doktrin und 10 Jahre danach die Eisenhower-Doktrin bekanntgegeben wurde, immer mehr in den Nahostkonflikt und ist im Grunde genommen schon lange einer seiner Teilnehmer. Anfangs bevorzugte man in Washington, Aggressions- und Kleinkriege fernzusteuern, und schickte, um solche anzuzetteln, Israel vor. Allmählich aber ging man, als Friedensstifter und Kämpfer gegen die Terroristen getarnt, immer öfter zu eigenen Kampfhandlungen gegen ara-

bische Länder über. Man denke z. B. an die vorjährigen Luftangriffe auf libysche Städte oder an den Beschuß der libanesischen Küste durch das Schlachtschiff "New Jersey". Jetzt zeigt sich das Weiße Haus abermals zu einem Abenteuer im östlichen Mittelmeer und in der Zone des Persischen Golfs bereit. Wer dächte da nicht auch an die ununterbrochenen Erpressungsversuche Syrien gegenüber und an den nichterklärten Krieg gegen das demokratische Afghanistan! In alledem äußert sich das imperialistische Wesen der US-Politik.

"Irangate" ist ebenfalls ein Kapitel — vielleicht sogar das dramatischste — der Geschichte vom skandalösen Scheitern der Nachkriegspolitik Washingtons im Nahen und Mittleren Osten. Der „Washington Post“ nach ist Reagan schon der siebente US-Präsident, der einer "durch eigene Hinterhältigkeit bei Beschlußfassungen verschuldeten Krise zum Opfer gefallen ist".

Man schießt sich ein

Im März 1947 begann sich Präsident Truman auf dem nahöstlichen "Testgelände" und im östlichen Mittelmeer einzuschließen. Damals verkündete er die Doktrin der "Bekämpfung des Kommunismus", will sagen, der nationalen Befreiungsbewegung in dieser Region. Seine Doktrin wurde einem Gesetz zugrunde gelegt, demzufolge US-Hilfe in Höhe von 400 Mio Dollar für zwei Mittelmeerstaaten, Griechenland und die Türkei, bereitgestellt wurden. Zugleich

machte er aus seinen langjährigen Sympathien für den Zionismus kein Hehl. Das Weiße Haus und die unter Trumans Präsidentschaft gegründete CIA taten alles, um den sogenannten ersten Palästina-Krieg (1948–1949) für Israel siegreich ausgehen zu lassen.

Wilbur Eveland, ein ehemaliger CIA-Mann, schreibt in seinen Erinnerungen, daß die CIA fast gleichzeitig mit dem Entstehen des Staates Israel eine rege Betriebsamkeit gegen die Moslemstaaten entwickelte. Das State Department wurde, zumindest in Nahostangelegenheiten, ein verlängerter Arm der CIA und des damals gebildeten Nationalen Sicherheitsrats.

"Monde diplomatique" (Frankreich) erwähnt in einem Anfang d. J. mit der Überschrift "Nahost: 40 Jahre Konflikte und Fiaskos als Folge ständiger westlicher Einmischung" erschienenen Artikel, daß gerade Washington all die Jahre Tel Aviv half, den "Ameisenhaufen des nahöstlichen Terrorismus" aufzustören, wobei man sich über das palästinensische Problem hinweggesetzt habe. Dabei haben die USA, die jetzt entscheiden gegen die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates Stellung nehmen, im November 1947 in der UNO-Vollversammlung für die Resolution über die Teilung Palästinas in zwei getrennte Staaten, einen jüdischen und einen arabischen, gestimmt und sich sogar an der 1949 gebildeten Aussöhnungskommission beteiligt, um zu erreichen, daß Israel die für den arabischen Palästinenserstaat bestimmten besetzten Gebiete räumt. Präsident Truman und seine Nachfolger vergaßen jedoch sehr bald ihre schönen Worte über das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes. Sie trugen alle Pläne für die Bildung des palästinensischen Staates zu Grabe und erhöhten damit die Gefahr einer Radikalisierung der Palästinenser.

Eisenhower, der erste Nachkriegspräsident von der Republikanischen Partei, versackte — so "Der Spiegel" — noch tiefer in internationalen Abenteuern und Krisen. Das begann mit dem im Januar 1953 von CIA-Agenten aufgezogenen Unternehmen "Ajax" zum Sturz der legitimen Regierung Mossadegh und zur Wiederherstellung des iranischen Schahregimes. Danach strengten sich Eisenhower, sein Außenminister John Foster Dulles und CIA-Direktor Allan Dulles gehörig an, aus der Suezkrise möglichst viel Nutzen für die USA zu ziehen, besonders nach der Aggression Israels,

"Ob wir wollen oder nicht, müssen wir zugeben, daß unser Sieg dem amerikanischen Volk die Verantwortung für die weitere Führung der Welt auferlegt hat." (Präsident Truman. 1945.)

Großbritanniens und Frankreichs von 1956 gegen Ägypten.

Eisenhower und die Dulles-Brüder gaben sich die größte Mühe, die arabischen Länder in Militärpakte und -bündnisse gegen die UdSSR hineinzulotsen. Als Ägypten unter Nasser den Beitritt zu einer antisowjetischen unheiligen Allianz verweigerte, führte die CIA neben der bewaffneten Aggression einen ununterbrochenen Geheimkrieg gegen Ägypten, vor allem, um Nassers Regime zu stürzen. Allan Dulles erklärte kurz nach der Aggression der drei Staaten von 1956 unverhohlen: "Wir werden Nasser mit dem Missionsstab schlagen, um auch anderen beginnenden Neutralisten eine Lektion zu erteilen." Mit diesem Stab meinte er wahrscheinlich die Agenten, die für ein Attentat auf Nasser in Ägypten eingeschleust wurden. Wie der damalige CIA-Chefagent in Kairo, Copeland, bezeugt, waren es mindestens drei Gruppen gedungene Mörder.



1983. Amerikaner in Beirut

„Machtvakuum“

Im Hinblick auf viele Länder des weiten Raums, in dem der Islam verbreitet ist, erhob Washington den Terrorismus etwa 10 Jahre nach Verkündung der Truman-Doktrin zur Staatspolitik. Der Chefideologe des kalten Krieges, John Foster Dulles, sah damals in diesem Raum, der kein Tummelplatz europäischer Kolonialherren mehr war, ein Machtvakuum, dem die Verbreitung des Kommunismus drohe. Kurz nach dem Abzug der britischen, französischen und israelischen Truppen aus Ägypten, am 9. März 1957, bestätigte der US-Kongreß ein Programm für wirtschaftliche und militärische Hilfe der USA an Nahostlän-

der. Das nannte man die Eisenhower-Doktrin. Sie gab die praktische Grundlage für die "Theorie der Ausfüllung des Machtvakuaums" ab.

Die geheimen und unverhohlenen Wühlakte der USA in Nahost erfolgten unter Eisenhower unter dem Vorwand, das Vakuum ausfüllen zu müssen. Unter Reagan wird das mit der Notwendigkeit gerechtfertigt, "den Brand zu löschen" oder "den Terrorismus zu bekämpfen". In Wirklichkeit werden der Staatsterrorismus und die Aggressionsakte der USA aufgeheizt.

Jetzt mimt Präsident Reagan, um von den unmittelbaren Schuldigen des "Iran-gate" abzurücken, den Nachfolger Eisenhowers in dessen "mit Macht durchgesetzter Friedensstiftung". Diese Kontinuität besteht jedoch nicht in Friedensstiftung, sondern eher in der Aggressivität und Abenteuerlichkeit der "Doktrinen", die im Zeichen des kalten Krieges in die Tat umgesetzt werden. Eisenhower erbte sie von Truman, und Reagan ließ den kalten Krieg wiederauferstehen, angeblich zwecks Bekämpfung des „Reichs des Bösen“ und des internationalen Terrorismus. Er hat auch den von seinem Vorgänger eingeschlagenen Kurs auf eine direkte Konfrontation außer mit der UdSSR auch mit den Befreiungsbewegungen in den angeblich für die USA lebenswichtigen Räumen, wo Washington früher das Machtvakuum erblickte, weitergesteuert.

Das Neokolonialistische der Vakuumtheorie lag in der Behauptung, die Völker des Nahen und Mittleren Ostens würden nach dem Abzug der Kolonialisten außerstande sein, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen. Diese "Theorie" eben, die in den Rang einer offiziellen Doktrin erhoben worden ist, sollte die US-Expansion in Nahost und Nordafrika tarnen. Sie war eigentlich die Keimform des jetzigen Reaganschen Neoglobalismus-Begriffs, denn sie verkündete "das Recht" der USA, im Rahmen ihrer globalen Strategie der massiven Vergeltung überall, wo die USA eine "kommunistische Gefahr" wittern eine bewaffnete Intervention zu starten. In dieser Politik paarte sich der herkömmliche Kolonialismus, dessen Schwerpunkt die Gewalt ist, mit Methoden neokolonialistischer Politik, bei der der Schwerpunkt darin besteht, die Reaktion des betreffenden Landes und die Mechanismen der verschiedenen Militärblöcke für eigene Zwecke zu gebrauchen.

Bemerkenswerterweise hatte die Verabschiedung der Eisenhower-Doktrin

sogleich den Beitritt der USA zum Bagdadpakt (formal zu seinem Militärkomitee) zur Folge, dem Washington vorher aus taktischen Gründen offiziell ferngeblieben war. Einen Monat später versuchten die USA, noch einen Block unter ihrer Ägide aus arabischen Monarchien (Saudi-Arabien, Jordanien, Irak) zusammenzuzimmern. Wie aussichtslos das war, sollte sich sehr bald zeigen. Die Folge war, daß die meisten islamischen Länder die Vakuumtheorie, die sie in ihrer Würde und Souveränität verletzte, ablehnten.

Wer will Terror?

Nach dem Scheitern der Dreimächteaggression gegen Ägypten suchten sich die USA zur Hauptzielscheibe ihrer politischen Intrigen Syrien aus. Damaskus lehnte die Eisenhower-Doktrin ostentativ ab. Deshalb wurde es von den USA stärker unter Druck gesetzt. Rings



1958. Amerikaner in Beirut

um Syrien wurde eine der heutigen Situation sehr ähnliche gespannte Atmosphäre geschaffen. Damals sah man die Gefahr einer "kommunistischen Infiltration" nur in Syrien und im Libanon. Heute, wo das schlimmste Schreckgespenst der internationale Terrorismus ist, zählt der Westen nicht- allein diese Länder, sondern auch den Iran und Libyen und manchmal Südjemen, Tunesien und Algerien zu seinen Quellen. Will man diese — sei es auch im Iran — aufspüren, so ist sein Vaterhaus in den USA, bei der CIA, zu suchen. In diesem Zusammenhang hebt "Monde diplomatique" hervor, daß es die CIA war, die im

"Das Schicksal hat unserem Land die Verantwortung für die Führung der freien Welt auferlegt." (Präsident Eisenhower. 1953.)

August 1953 den Schah wieder an die Macht brachte, wonach der Iran "in eine endlose Nacht des Terrors versank" und der Schatten des SAVAK (des Geheimdienstes des Schah), für den das FBI und die CIA Leute ausbildeten, über das Land fiel.

Vor Jahrzehnten funktionierte die Eisenhower-Doktrin fast genauso wie jetzt die Doktrin Reagans. Drohungen, Komplote, Terror- und Sabotageakte wurden aufgeboten. Internationale Konflikte wurden provoziert und Machtdemonstrationen aufgezogen. Hier ein paar Beispiele.

Im April 1957 kam es in Jordanien zu einem Staatsstreich. Die Regierung Suleiman Nabulsi wurde durch ein Komplott gestürzt, dessen Fäden beim US-Botschafter in Jordanien, Mallory, und beim US-Militärattache zusammenliefen. Im Sommer und Herbst

die US-Streitkräfte und die CIA besorgen. Ein wichtiger Vorbehalt lautete: Sie sollten nicht nur im Falle einer russischen Invasion, sondern auch beim Entstehen einer "kommunistischen Gefahr" für die Nahostländer eingreifen. Die CIA wurde beauftragt, den Machtantritt der Linken um jeden Preis zu vereiteln. Sollte die "kommunistische Gefahr" mit Geheimoperationen nicht gebannt werden können, so sollte die CIA Vorkehrungen für den Einsatz von US-Streitkräften treffen.

In Washington vertrat man die Ansicht, daß diese "Gefahr" nach dem Sturz der Monarchie im Irak (Juli 1958) fast im ganzen islamischen Orient den kritischen Grad erreicht habe. Die Variante von einer "Gefährdung" der arabischen Länder durch Präsident Nasser wurde in Umlauf gesetzt. Wie heute gegen Syrien und Libyen wurde damals gegen Ägypten gehetzt. Im Unterschied zur

Der Ausweg!

Die amerikanisch-britische Politik der "Vakuumauffüllung" löste eine umgekehrte Kettenreaktion aus: Bald zerfiel der Bagdadpakt und später auch sein Nachfolger, der CENTO-Block.

Bei der allgemeinen Kontinuität der Nahostpolitik der USA sind einige neue Elemente darin nicht zu übersehen. Die Wühlakte der CIA, das Anstiften interner Krisen und Gemetzel, die Unterstützung der Aggressionsakte Israels nicht nur gegen seine eigenen Nachbarn, sondern auch gegen andere Staaten der Region, das Anzetteln von Brudermorden in der Welt des Islams — das alles gehört auch jetzt zu den neokolonialistischen Methoden Washingtons. Die Doktrin Reagans unterscheidet sich von derjenigen Eisenhowers dadurch, daß die Strategie der "Direktbekämpfung" der UdSSR auf die Intensivierung der Konfrontation der USA mit den Befreiungsbewegungen in verschiedenen Regionen und mit vielen antiimperialistischen Entwicklungsländern reflektiert.

Früher, zumindest vor Israels Invasion von 1982 im Libanon, zogen die USA es vor, sich bei den arabisch-israelischen Kriegen hinter den Kulissen zu halten. Eisenhower und seine Nachfolger im Weißen Haus waren vernünftig genug, beim Balancieren am Rande des Krieges am gefährlichen Punkt rechtzeitig stehen-zubleiben und ihre Bündnispartner von allzu riskanten Abenteuern abzuhalten, die eine unkontrollierbare Fortentwicklung von Krisensituationen zur Folge haben konnten.

Die Regierung Reagan dagegen ergreift jetzt nicht allein selbst die Initiative zu derart gefährlichen Abenteuern, sondern verstrickt darin auch ihre NATO-Partner. Israel ist den NATO-Partnern neuerdings gleichgestellt worden.

Washington und Tel Aviv führen insgeheim und offen Kriege gegen islamische Staaten, und das unter fiktiven Vorwänden wie Gewährleistung der Sicherheit, wie Präventivmaßnahmen und Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Mit diesen Schlagworten wurde vor 20 Jahren — im Juni 1967 — die israelische Aggression angezettelt, deren Folgen noch jetzt nicht behoben sind. Mehr noch, die Aggression dauert an. Denken wir an die Überfälle auf Bagdad und Tunis, Tripolis und Bengasi, an die Intervention im Libanon.

Die Tatsache, daß die USA und Israel Kernwaffen besitzen, erhöht die Gefahr, daß Lokalkonflikte zu einer globalen Katastrophe ausarten können. Die Symptome sind besorgniserregend. Versuche, Probleme des Terrors von Einzeltägern mit Methoden des Staatsterrorismus zu lösen, verschlimmern die Sachlage nur und führen zu neuen Terrorakten. Wer garantiert z. B. dafür, daß eine neuerliche "Vergeltungsaktion" der USA und Israels gegen den Libanon

"Wir können uns unserer globalen Verantwortung nicht entziehen." (Präsident Reagan, 1983.)

1957 wurde eine solche Verschwörung gegen die Regierung von CIA-Agenten und Leuten von der US-Botschaft in Damaskus vorbereitet. Sie konnte rechtzeitig aufgedeckt werden. Dort, wo die Versuche scheiterten, US-Kreaturen durch interne Unruhen an die Macht zu bringen, wurden von außen Druckmittel angesetzt und Konflikte einschließlich militärischer zwischen islamischen Ländern angezettelt. In dieser Hinsicht setzten erst Kissinger und Brzezinski und in den 80er Jahren die jetzigen Irangate-Helden, McFarlane und Poindexter, die Pulverfaß-Friedensstiftung des John Foster Dulles und seiner Helfer aus den 50er Jahren fort.

Direktintervention

Der Nationale Sicherheitsrat, der seit Eisenhower eine viel größere Rolle spielt, bekam Weisung, in verschiedenen Gebieten des islamischen Orients großangelegte Interventionen zu planen. Die Dokumente, die der Sicherheitsrat abfaßte, weiteten gleichsam den Rahmen der Doktrin Eisenhowers aus und nahmen daran einige wesentliche Korrekturen vor. Beim "Ausfüllen des Vakuums" wurde der Nachdruck nicht auf das Zuckerbrot, sondern auf die Peitsche gelegt.

Eins der streng geheimen Dokumente unter Nr. 5401 wurde den CIA-Beamten Eweland und Copeland Anfang 1958 zur Einsicht vorgelegt. Die Überschrift lautete "Vernichtung der Ölquellen in Nahost". Es enthielt Pläne, denen zufolge die arabischen Ölfelder im Falle einer "Invasion der Russen" restlos vernichtet werden sollten. Das sollten

Dreieraggression von 1956 übernahmen die USA dieses Mal selbst die Führung der gemeinsamen Nahostintervention. Sie begann fast gleichzeitig mit den amerikanischen und britischen Truppenlandungen im Libanon und in Jordanien im Sommer 1958 unter den Codebezeichnungen "Golden Fish" und "Blue Bats". Diese Intervention wurde, ebenso wie die Invasionen der USA, Israels und der NATO von 1982 und 1983 im Libanon, als Vorspiel zu einer umfangreicheren Aggression geplant, mit der nicht allein die irakische Revolution abgewürgt, sondern auch ein revolutionärer Ausbruch in den Nachbarländern des Irak vereitelt werden sollte.

Washington und London benutzten die Anwesenheit ihrer Truppen im Libanon und in Jordanien zu einer skrupellosen Einmischung in deren innere Angelegenheiten. Arabische Patrioten wurden zu Hunderten in Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt. Im Libanon betrieben die Amerikaner, ebenso wie in den 80er Jahren, unter dem Deckmantel einer "Friedensstiftung" die Entfachung eines Bürgerkriegs. Indessen trug man sich schon damals mit Plänen, unter Beteiligung US-amerikanischer und britischer Truppen Streitkräfte aufzustellen, ein Muster der "multinationalen" NATO-Streitkräfte, die in den 80er Jahren im Libanon landeten. Damals mißlang der Versuch, der Intervention den Anstrich einer internationalen Sanktion zu geben. Die Machtdoktrin erwies sich als machtlos. Die USA mußten ihre Truppen aus dem Libanon abziehen (das geschah am 25. Oktober 1958). Eine Woche später, am 2. November, verließen die letzten britischen Einheiten Jordanien.

unter dem Vorwand, Geiseln befreien zu wollen, oder irgendeinem anderen, nicht eine neue Welle des Terrorismus auslösen wird, die sich über die Grenze Libanons ergießen könnte?

In Nahost sind Strategie und Diplomatie der imperialistischen Staaten in einen Teufelskreis geraten. Die verschiedenen amerikanischen "Friedensmodelle", die Washington in Fortsetzung des Camp-David-Prozesses vorschlug, haben sich in neuerlichen Gemetzeln, in einer abscheulichen Mischung aus "Pax americana" und israelischem Krieg materialisiert, die auf nahöstlichem Boden nicht gedeiht. Das Scheitern der amerikanischen "Friedensstiftung" in Nahost zeigt, daß die separate Lösung der dortigen Probleme unverkennbar festgefahren ist. Nicht von ungefähr nahm die UNO-Vollversammlung 1986 die Resolution Nr. 41/43 an, in der nicht einfach die Notwendigkeit der sofortigen Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz bekräftigt, sondern auch dem Vorschlag zugestimmt wird, dafür ein Vorbereitungskomitee aus Repräsentanten aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zu bilden. Damit wäre ein Weg zur gemeinsamen Bereinigung der Konfliktsituationen in Nahost gebahnt, wofür sich die UdSSR und die anderen friedliebenden Länder einsetzen. Der starke Rückhalt, den dieser sowjetische Vorschlag in der UNO ebenso wie auf der Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder in Harare gefunden hat, zeugt davon, daß der Kampf für eine gerechte und allumfassende Nahostregelung und für eine internationale Konferenz für Frieden in Nahost in eine neue Phase getreten ist.

Die UdSSR setzt sich tatkräftig für eine gerechte Beilegung sämtlicher regionaler Konflikte ein, ebenso für Aufhebung der Spannungen in verschiedenen Weltteilen durch Verhandlungen, bei denen die legitimen Interessen aller Partner berücksichtigt werden und jede fremde Einmischung ausgeschlossen ist. So wird die konsequente sowjetische Friedenspolitik der unhaltbaren Kontinuität aggressiver Auffassungen und Doktrinen Washingtons in jeder Hinsicht und allen Bereichen, auf der Erde wie im Weltraum entgegengesetzt.

Der Komplex der bekannten sowjetischen außenpolitischen Initiativen, die Deklaration von Delhi über die Prinzipien einer Welt ohne Kernwaffen und Gewalt enthaltenen Vorschläge, die auch eine Beilegung regionaler Konflikte betreffen. Sie könnten gute Bausteine für die zuverlässige Sicherheit sein. Dazu ist es notwendig, das alte Denken und alle auf Gewalt beruhenden Doktrinen sowie die Versuche aufzugeben, willkürlich über das Geschick von Völkern zu bestimmen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Eine gewaltlose Welt ist eine Welt, aus der jede Gewalt verbannt ist.

TSCHECHOSLOWAKEI

Guter Service in Prag

Prag, ja die ganze CSSR verlöre etwas von ihrem Reiz ohne den gewohnten, wohlgedachten und unaufdringlichen Service. Die Prager sind schon lange an ihr Dienstleistungswesen gewöhnt. Zwar macht die "kleine Industrie" den Stadtvätern manchmal auch Sorgen, aber eben selten, und schließlich hat jede Regel ihre Ausnahme.

Der Dienstleistungssektor

An welche Bestimmungen hält sich der Service in der CSSR? Eine kompetente Antwort erhält man beim Innenministerium der Tschechischen Sozialistischen Republik. Abteilungsleiter Ingenieur Jiri Zaruba (Örtliche Industrie und Dienstleistungen) koordiniert die weitverzweigte Dienstleistungsbranche dieser Republik. Die Slowakei hat eine ähnliche, jedoch mit einem eigenen organisatorischen System.

Der Service ist eine besondere Wirtschaftsbranche, aber verwaltungstechnisch ist er es nicht, und folglich gibt es keinen einschlägigen Minister, kein Ministerium und keinen schwerfälligen Verwaltungsapparat. Früher bestand so ein Ministerium mit langem Namen und viel Personal. Die Erfahrung lehrte aber, daß die Nationalkomitees der Gebiete, Städte und Stadtbezirke die Probleme dieser Branche am besten kennen und sich am meisten mit ihrer Lösung befassen. Die kleine Abteilung im Innenministerium der CSR faßt lediglich die einlaufenden Angaben zusammen und überwacht die Erfüllung der auf Staatsebene erlassenen Beschlüsse.

In dem von den Nationalkomitees geleiteten Service sind 160 000 Personen beschäftigt. Sie haben der Bevölkerung 1985 Dienste für 20 Md. Kronen geleistet! In der CSR mit ihren 9 Millionen Einwohnern kann sich das sehen lassen.

In jedem Stadtbezirk bestehen mindestens zwei Dienstleistungsorganisatio-

nen. Sie konkurrieren nicht miteinander, sondern ergänzen sich. Die eine ist auf kommunale Dienstleistungen wie Frisersalons, Fotoateliers, Reinigungen und Wäschereien, Wohnungsreparaturen, Taxigaragen und Bestattungen spezialisiert, die andere auf Schuh- und Kleidungsreparaturen, auf die Reparatur und Wartung elektrischer Haushaltsgeräte, Rundfunk- und Fernsehapparate, Kühlschränke und Waschmaschinen. Außerdem bringen einzelne Dienstleistungsbetriebe Waren auf den Markt, nach denen die Nachfrage von der Industrie nicht restlos gedeckt wird. Gewöhnlich sind das kleine Sortiments, vor allem modische Neuheiten.

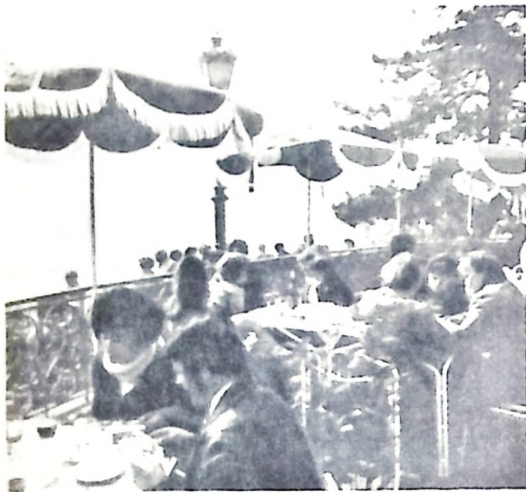
Seit 1983 funktioniert der Service nach einem Wirtschaftsprinzip, dem eine weitgehende Einsparung von Roh- und Werkstoffen zugrunde gelegt ist, ohne daß dadurch der Umfang der Dienstleistungen geschmälert wird. Was das bedeutet, haben mir Wirtschaftsexperten erläutert.

Früher war es den Werkstätten und Ateliers darum zu tun, möglichst viel Material zu verbrauchen, weil danach ihre Leistung bewertet wurde. Die Kosten der Roh- und Werkstoffe interessierten die Werkstätten nicht, weil sie ihnen auf Anforderung von übergeordneten Stellen geliefert wurden. Gab man z. B. ein Tonbandgerät in Reparatur, so konnte es auseinandergenommen und der Elektromotor (Kostenpunkt: 10–15 Kronen) repariert werden, oder man konnte sich die Arbeit sparen und einen neuen (für 970 Kronen) einbauen. Für die Werkstatt ist das einfacher, den Kunden aber kostet es mehr. So stiegen die Dienstleistungskosten, und nach dem Wert des Materialverbrauchs wurden sie beurteilt. Diese Vergeudung hat jetzt ein Ende. Die Leistung des Service wird nach dem Endresultat beurteilt, in das außer den Produktionskosten auch die Kosten der Werkstücke eingerechnet werden, die die Werkstatt jetzt selbst bezahlen muß und nicht von oben bekommt.

„Die Ausrede, daß keine Bedingungen für den Ausbau des Service bestehen, lassen wir nicht mehr gelten“,

sagte man mir im Ministerium. "Wo man die Probleme mit Initiative angeht, hören sie zu bestehen auf. Räumlichkeiten für Werkstätten und Annahmestellen finden sich schon, man braucht nur zu wollen. Dafür läßt sich das Parterre von Wohnhäusern und Hinterhäusern leicht herrichten."

Seit drei Jahren sind in der CSR 3400 Annahmestellen und Werkstätten in dafür tauglichen Räumlichkeiten eröffnet worden, und in den 1700 älteren hat man das Dienstleistungsangebot erweitert. Die Umstellung umfaßte auch die zeitlichen Bestimmungen. Viele Werkstätten sind bis spätabends und an den Sonntagen geöffnet. Deshalb



Hier kann man ausspannen.

werden Bestellungen auch bedeutend schneller ausgeführt. Zum Service werden weitgehend Hausfrauen und Rentner herangezogen.

Kovosluzba — Anruf genügt

Mein Fernsehgerät funktionierte nicht. Ich rief bei der größten Prager Dienstleistungsfirma, bei Kovosluzba, an, die technische Haushaltsgeräte repariert. Die Firma schickte einen Fachmann. Er zog, wie es in Prag üblich ist, Hausschuhe an und behob den Defekt ziemlich schnell. Dann erkundigte er sich, ob ich nicht noch ein technisches Haushaltsgerät zu reparieren hätte, wies mich darauf hin, daß ich für seine Arbeit in der Sparkasse zu zahlen hätte, und verabschiedete sich freundlich.

Kovosluzba hat Vorschriften für sein Personal, die, wie ich mich überzeugt habe, auch befolgt werden. Sie umfassen 270 Dienstleistungen (!) und etwa ein Dutzend Verhaltensmaßregeln. Die Sache beginnt mit der Entgegennahme der telefonischen Bestellung. Ein Tonbandgerät zeichnet das Gespräch auf, und wenn

es sich bei einer Nachprüfung herausstellt, daß ein Angestellter nicht sehr höflich war, dann wird er bestraft und kann sogar entlassen werden.

Außer Kovosluzba gibt es in der CSR für Millionen Kleingärtner die Spezialvereinigung Sempra, deren Verkaufsstellen alles aufweisen, was der Kleingärtner braucht: Sämereien, Setz- und Pflänzlinge, Gärtnereiergeräte usw. Dort kann man auch einen LKW Torf oder Erde bestellen, er fährt zur gewünschten Zeit vor, und der Kunde hat außer dem wirtschaftlichen Vorteil auch noch Zeit gespart.

Neben den 18 staatlichen bestehen in Prag über 20 von den örtlichen Nationalkomitees gebildete genossenschaftliche Servicebetriebe. Ihr Erlös muß dem Personal seine Löhne und Gehälter garantieren, denn aus dem Etat wird nichts zugesteuert.

Über die Entwicklung des Service sagt der stellvertretende Prager Bürgermeister Martin Polak, daß die Hauptlast die staatlichen Dienstleistungen mit ihren 42 000 Angestellten zu tragen haben. Vor ihm auf dem Schreibtisch liegt ein vom Prager Nationalkomitee herausgegebener Katalog der Dienstleistungen mit sämtlichen Informationen über die einschlägigen Betriebe wie Adresse, Rufnummer, Liefertermin. Er ist von einem Computer zusammengestellt, dessen Gedächtnis alles umfaßt, was Prag seinen Einwohnern zu bieten hat. Die Auflage — 50 000 Exemplare — war in wenigen Tagen vergriffen, ebenso die zweite von 20 000. Zur Zeit wird eine dritte von 50 000 Exemplaren vorbereitet.

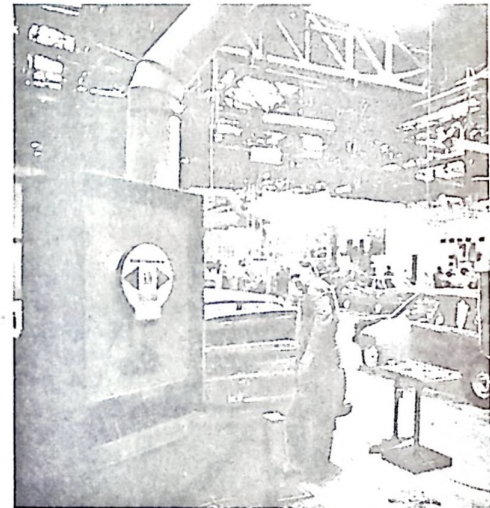
"Dieses Buch ist der beste Kontrolleur des Service", sagt man im Nationalkomitee. Der Kunde findet darin Charakteristiken sämtlicher Annahmestellen und Werkstätten, und wenn er darin etwas anderes als das entdeckt, was er dort erlebt hat, so kann er sich bei der Leitung des Service oder beim Nationalkomitee beschweren.

Jetzt geht es vor allem darum, die Liefertermine abzukürzen. Werden sie überzogen, so zählt der Kunde um 30 Prozent weniger. In den letzten Jahren kamen solche Fälle aber selten vor. Die Leistungsfähigkeit des Service ermöglicht die Einhaltung der Termine. Am deutlichsten erkennt man das bei den Reinigungen und Wäschereien, die übrigens von 6 Uhr früh bis 9 Uhr abends geöffnet sind. In Prag gibt es mehr Annahmestellen, als eine sparsame Wirtschaftsführung notwendig machen würde. Die Stadtbehörde meint aber, man dürfe nicht sparen, die Annahmestellen müßten möglichst nahe bei den Wohngebieten sein, damit die Kundschaft Zeit spart. Die fehlenden 22 Mio. Kronen hat die Stadt ausnahmsweise zugeschossen.

Im Prager Service sind auch 1200 Privatpersonen und 32 kleine Schneiderwerkstätten beschäftigt. Voriges Jahr

haben die Nationalkomitees über 1000 Lizenzen auf eine derartige Tätigkeit an Rentner, Hausfrauen und Angestellte, die sich in ihrer Freizeit etwas zu verdienen wollen, ausgestellt. Vor kurzem sind in Prag noch 70 Autoreparaturwerkstätten eröffnet worden. Ebenso gibt es im Service tätige Fachleute für die Reparatur von Sportgeräten und Schreibmaschinen, ferner Friseure, Kürschner und Juweliere. Ihre Preise entsprechen genau den staatlichen. Solche Werkstätten werden, wenn sie mehr als 6000 Kronen Einkommen haben, besteuert.

Ein Fünfjahrplan für den Ausbau des Service ist bereits aufgestellt. Er soll um



In der Tschechoslowakei wartet und repariert man beliebige Autos

etwa 15 Prozent und die Zahl der Beschäftigten soll um 0,5 Prozent steigen. Das will man vor allem durch eine bessere Qualität der Dienstleistungen erreichen.

Die Organisatoren des Service meinen mit Recht, daß die Planerfüllung der Branche die Kundschaft nichts anzugehen braucht, daß es für sie das Wichtigste ist, daß ihren Ansprüchen genügt wird.

Zu diesem Zweck werden die Befugnisse der Nationalkomitees zunehmen. Diese werden die konkreten Pläne für die soziale Entwicklung der betreffenden Region selbst aufstellen, während die zentralen Planungsstellen die Roh- und Werkstoffe sowie den Strom verteilen und sich mit der Entwicklungsstrategie des ganzen Systems befassen werden. Für den Anfang soll die Neuerung im Süden des tschechischen Landesteils ausprobiert und danach sollen die Gesamtergebnisse des Experiments im ganzen Land weitgehend ausgewertet werden.

W. RSHEWSKI

TASS-Korrespondent Exklusiv für NZ

Prag

Der Bumerang

Sanktionen

Das Außenhandelsministerium der USA hat beschlossen, den Export von Waren und Technologien in die UdSSR auch künftig zu drosseln. Vor dem Kongreß erläuterte Minister Malcolm Baldrige die Verlängerung der Sanktionen um ein weiteres Jahr wie folgt:

"Wir tun das auf Empfehlung des Außenministers, dem ich mich anschließe und nach dessen Meinung eine solche Exportkontrolle für die Gestaltung der US-Außenpolitik notwendig ist."

Sergej ABRAMOW

Der sowjetische Außenhandel mit den USA verläuft sprunghaft, je nachdem, was in der wirtschaftlichen Ost-West-Zusammenarbeit jeweils überwiegt: das Geschäftsmäßige, Positive oder das Politische, Negative. Wie wir sehen, zieht die Washingtoner Administration sowohl in der Außenpolitik als auch im Außenhandel Druckmittel und Diktat vor. Aber die USA sind nicht unser einziger oder gar wichtigster Handelspartner. Die UdSSR unterhält Wirtschaftsbeziehungen zu beinahe 150 Ländern, und diese Kontakte erweitern sich: Allein in den letzten 5-7 Jahren nahm unser Außenhandel um mehr als 50 Prozent zu. Schneller als der Warenverkehr wächst der Lizenzaustausch.

Auf dem Know-how-Markt

Am Lizenzhandel beteiligt sich unser Land erst seit den 60er Jahren. Von Anfang an versuchten die USA und einige ihrer Verbündeten, den Know-how-Austausch zwischen Ost und West zu beschränken: Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern sei eine "Einbahnstraße", das "Hineinpumpen" westlicher Technologien in die sozialistischen Länder gefährlich und nur für das "sowjetische Rüstungspotential" nützlich. In Wirklichkeit ging es um eine noch rigorosere Exportkontrolle. Die Gründe

dafür sind schon nicht mehr in der Wirtschaft, sondern in der Politik zu suchen.

In der UdSSR werden alljährlich Tausende neue Maschinen, Anlagen, Apparate, Geräte und Automationsmittel entwickelt, Dutzende Technologien entstehen und werden perfektioniert. Nicht von ungefähr steigt der Export sowjetischer Lizenzen um 30 Prozent jährlich und wenden etwa 50 Staaten sowjetische Anlagen und Technologien an. Seit mehr als 10 Jahren unterzeichnet die UdSSR jährlich über 100 Lizenzabkommen mit anderen Ländern. Selbst solche führenden Industriefirmen der kapitalistischen Welt wie Mannesmann (BRD), Kaiser Aluminium und ALCOA (USA), Mitsubishi (Japan) oder ASEA (Schweden) erwerben sowjetische Lizenzen, die sich praktisch auf alle Gebiete von Wissenschaft und Technik erstrecken: von medizinischen Geräten und Arzneimitteln, Nahrungsmitteltechnologien bis zu Prozessen in der Chemieindustrie, Metallurgie und Energetik.

So erwerben pharmazeutische Gesellschaften Großbritanniens, der USA und Japans sowjetische Arzneimittel in großem Umfang. Zu ihnen gehören die krebsbekämpfenden Präparate Phthorafurum und Carminomycinum sowie das zur Behandlung von Herz- und Gefäßkrankungen bestimmte Nonachlazinum. Die amerikanische Firma DuPont kaufte die Lizenz für den Vertrieb des sowjetischen Präparats Ethmosin in den USA. Alljährlich wird 5000 amerikanischen

Patienten das Sehvermögen zurückgegeben, und zwar mit der künstlichen Augenlinse, die Swjatoslaw Fjodorow, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR, entwickelt hat. Das Patent für die Linse wurde von den USA, der BRD, in Großbritannien und Italien erworben. Die sowjetische Augenlinse ist vielen ausländischen Mustern überlegen, weil sie bessere optische Eigenschaften hat, leichter zu implantieren ist und, was ebenfalls ins Gewicht fällt, weniger Komplikationen nach sich zieht.

Mehr als 50 Hochöfen in der BRD, in Italien, Großbritannien und Japan sind mit in der UdSSR entwickelten Verdampfungskühlungssystemen ausgerüstet. Mit Hilfe dieses Systems wurde es erstmalig möglich, nicht nur die vom Ofen ausgestrahlte Wärme wiederzuverwenden, sondern auch den allgemeinen Aufwand an Strom und Wasser beträchtlich zu senken. Die sowjetische Technologie für die Herstellung von Gußformen und Kernen mit flüssiger selbsterstarrender Mischungen hat nach Ansicht von Fachleuten im Gießereiwesen eine Umwälzung hervorgerufen und die manuelle Arbeit, den Lärm- und Staubpegel in den Betrieben auf ein Minimum reduziert. In Japan allein wenden 350 Firmen solche Mischungen an. John Kiser, ehemaliger wissenschaftlicher Berater des State Department, schreibt: "Die Stahlindustrie Japans vervollkommen sich, indem sie sowjetische Erkenntnisse anwendet." Das Strangußverfahren, die Verdampfungskühlung, Kokstrockenlöschen, das Elektroschlackeschmelzverfahren — das sind bei weitem noch nicht alle Verfahren, die die japanischen Firmen Nippon Steel, Kobe Steel und Ulvac in der UdSSR erworben haben. US-Experten schätzen eine nach einer sowjetischen Lizenz gebaute Anlage für Untertage-Flözvergasung hoch ein. Wie ein Vertreter der Texas Utilities Services konstatierte, "zeigte die Anlage, die unter komplizierten ingenieurtechnischen und geologischen Bedingungen getestet wurde, daß die sowjetischen Entwicklungen auf diesem Gebiet aussichtsreich und von hohem Niveau sind".

In 70 Ländern wurden insgesamt über 25 000 Patente für sowjetische Erfindungen angekauft, 5600 davon entfallen auf die USA. Aber die Möglichkeiten der Zusammenarbeit sind weitaus größer (so stehen in den USA nur 0,5 Prozent aller sowjetischen Erfindungen unter Patentschutz).

Selbstverständlich kaufen auch wir Lizenzen. Bei uns sind 1660 US-Patente registriert. Das ist natürlich. Kein einziges Land ist imstande, auf allen Gebieten der Wissenschaft, Technik oder Produktion führend zu sein. Deshalb hat die UdSSR zwar eigene Errungenschaften, stützt sich jedoch zugleich auf die Erkenntnisse der internationalen Wissenschaft und Technik, auf die Produktionserfahrungen anderer Länder.

Der Preis der Embargopolitik

Mit ihrem jetzt verlängerten Gesetz über die Exportkontrolle verfolgt die US-Regierung u. a. das Ziel, "die Übergabe von High-Technology-Ausrüstungen an kommunistische Länder zu verhüten". Der Vorwand ist durchsichtig: die Übergabe von Technik und Technologie könnten "die Russen zu militärischen Zwecken ausnutzen". Washington verbietet den Verkauf praktisch aller Muster von Technik und Ausrüstungen der Zivilindustrie, verstärkt die Kontrolle über den Export neuester Technologien und ergänzt diese Kontrolle noch durch bilaterale Abkommen mit neutralen Ländern über strikte Einhaltung von Beschränkungen und Verboten.

Es wurde sogar eine Kontrollstelle eingerichtet, damit neue Technologien nicht in sozialistische und andere Washington zu unsichere Länder eingeführt werden. In der NATO ist sogar die Konzeption eines "dosierten" bzw. "kontrollierten" Zurückbleibens aufkommen: Wenn man den RGW-Ländern Schlüsseltechnologien nicht (bzw. frühestens vier Jahre nach ihrer Meisterung) vermittelt, würden diese Länder chronisch zurückbleiben.

Nun, das wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Potential der UdSSR ermöglicht es ihr, Industrieerzeugnisse manchmal sogar von besserer Qualität als im Westen zu produzieren. Davon ist übrigens auch in einem Bericht des Kongreß-Büros für technologische Einschätzungen die Rede: "Man kann schwer westliche technische Erzeugnisse nennen, die die UdSSR nicht ihrerseits entwickeln könnte." Das bezieht sich u. a. auf die Technologie zur Herstellung synthetischer Diamanten, auf Vakuumöfen und Gaspumpstationen, die die UdSSR seinerzeit im Westen kaufen wollte, dort aber auf Ablehnung stieß. Zwischen 1981 und 1985 kauften Westeuropa und Japan in der Sowjetunion um 150 Prozent Lizenzen und Patente für moderne Technologien mehr, als sie solche Patente an die UdSSR verkauften.

Auf die westeuropäischen Länder entfallen ja 80 Prozent des gesamten Handelsumfanges der Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Osteuropa, darunter mit der Sowjetunion, auf die USA dagegen nur 3 Prozent. Der nach den USA größte Absatzmarkt von Industrieanlagen sind für die EG-Länder die Sowjetunion und die anderen RGW-Staaten, für Frankreich und die BRD war der Markt der RGW-Länder in einigen Jahren sogar größer als der amerikanische. Die "Business Week" hatte also Recht, als sie schrieb: "Die Kontrolle über den Export in die UdSSR kann wohl kaum politische Vorteile bringen. Letztendlich werden sich das Volk der USA und ihre Geschäftskreise übervorteilt sehen."

So geschah es auch. Brasilien, Argentinien, Kanada und andere Länder be-

nutzten das US-Embargo für Futtergetreide dazu, ihre eigenen Lieferungen zu vergrößern. Das 16monatige "Getreideembargo" kostete die USA 22 Md. Dollar. Japanische Rohrlegemaschinen der Firma Komatsu ersetzten auf der transkontinentalen Gas-Pipeline amerikanische Caterpillar-Anlagen. Die Verluste dieser Firma und anderer US-Gesellschaften, die ursprünglich am Röhren-Gas-Projekt beteiligt waren, bezifferten sich auf 1,2 Md. Dollar. Ein Musterbeispiel dafür, wie die USA sich selbst schädigen, sei, meinte Senator Bentsen, die Exportkontrolle für Ausrüstungen der Erdöl- und Erdgasindustrie. Vor dem Embargo machten die Lieferungen der US-Firmen etwa 35 Prozent des entsprechenden sowjetischen Imports aus. Später schrumpfte dieser Anteil auf 0,4 Prozent. Wäre der Anteil der USA 1973-1983 erhalten geblieben, so hätten die Erdöl- und Gasgesellschaften dieses Landes in der UdSSR Aufträge nicht für 118 Mio, sondern für 1,8 Md. Dollar untergebracht.

Letzten Endes sah man das auch in Washington ein. Am 21. Januar hob Handelsminister Baldrige die Restriktionen für den Export von Ausrüstungen für die Erdöl- und Erdgasindustrie in die UdSSR auf, "weil sie", so der Minister, "den vom Kongreß festgelegten Kriterien nicht entsprechen und wichtige Wirtschaftsinteressen der USA geschädigt haben".

Ein weiteres Opfer der Boykott- und Embargopolitik ist der Ruf der USA als Geschäftspartner und folglich auch ihre Konkurrenzfähigkeit. Auf dem sowjetischen Markt jedenfalls ist dieser Ruf stark lädiert. Schließlich werden die gleichen Ausrüstungen in 38 anderen Ländern erzeugt, darunter in NATO-Staaten und Japan, wo es keine Exportrestriktionen dafür gibt. Deshalb habe die UdSSR, betonte Senator Bentsen, die Möglichkeit, alle Ausrüstungen zu kaufen, während das Embargo nur die ausländischen Konkurrenten der US-Firmen begünstige. Der Senator wußte, was er sagte. Zu den führenden Lieferanten von Ausrüstungen für die sowjetische Erdöl- und Erdgasindustrie wurden die BRD, Italien, Frankreich und Japan.

Zu allseitigem Nutzen

Die Verbotspolitik wurde auch auf die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ausgedehnt. Indessen gelangte eine im Auftrag der National Academy of Sciences eingesetzte Gruppe amerikanischer Experten zu dem Schluß, daß Kontakte mit sowjetischen Wissenschaftlern den USA großen Nutzen brachten und daß die Einengung dieser Kontakte den Amerikanern nur schaden könnte. Einen ähnlichen Schluß zogen auch andere Wissenschaftler. Von der Bedeutung des wissenschaftlichen Austausches zeugt etwa folgende Tatsache. Die Zusammenarbeit bei der Entwicklung der MHD-Technologie (für Triebwerke, worin die Direktumwandlung von

Gasplasma im Magnetfeld in elektrische Energie erfolgt) half den USA über 100 Mio Dollar einsparen.

Trotzdem führte die US-Regierung vor fünf Jahren das Verbot für den wissenschaftlichen Austausch mit der UdSSR ein. Selbst amerikanische Zeitungen nannten das Argument des Weißen Hauses, daß "der Austausch wissenschaftlicher Ideen mit den Russen dem Export verbotener Waren gleichkommt", wenig überzeugend. Wissenschaftlern und Fachleuten aus den sozialistischen Ländern, die in den modernen Zweigen von Wissenschaft und Technik arbeiten und von Forschungsstätten, wissenschaftlichen Organisationen oder Industriefirmen der USA eingeladen werden, wird die Einreise bei weitem nicht immer gewährt.

Auch in diesem Fall sind westliche Wissenschaftler die Verlierer, denn man bringt sie um die Möglichkeit, die Forschungsergebnisse ihrer sowjetischen Kollegen anzuwenden und an den sowjetischen (häufig einzigartigen) Apparaturen zu experimentieren. Andererseits stimulierten die Restriktionen für den wissenschaftlichen Austausch mit dem Westen die entsprechenden Forschungen in der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten auf der Basis ihres eigenen Forschungs- und Produktionspotentials.

Es sei daran erinnert, daß die UdSSR im Bereich der Grundlagenforschung, die allein imstande ist, Technik und Technologie wirklich zu revolutionieren, den USA und den EG-Ländern weit voraus ist. Die UdSSR besitzt die weltgrößte "Ideenbank". Jede fünfte Erfindung, die alljährlich in der Welt registriert wird, ist sowjetischer Herkunft. Eine beredte Tatsache: Aus ihren Sanktionen klagte die US-Administration gewisse Bereiche der Zusammenarbeit aus: die thermonukleare Synthese, die Elektrometallurgie, die Kardiologie, die Onkologie und die Weltraummedizin. Wie Frank Press, ehemaliger Wissenschaftsberater des US-Präsidenten, vor kurzem zugab, "brachte die Zusammenarbeit mit der UdSSR auf diesen Gebieten den USA großen Nutzen".

Kann man auf ein Tauwetter in der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik hoffen? Im April 1986 unterzeichneten die AdW der UdSSR und die Nationale AdW der USA Kooperationsverträge. Somit wurden einige amerikanischerseits außer Kraft gesetzte Bestimmungen früherer Abkommen wiederhergestellt. Neue Programme für den Austausch sind vorgesehen.

Sowjetische und amerikanische Wissenschaftler könnten ihre Anstrengungen vereinen, um die Fusionsreaktion zu meistern und den Weltraum zu erforschen. Andere Probleme, mit denen die Welt konfrontiert ist und die gemeinsame Bemühungen erfordern, sind Übervölkerung, Hunger und soziale Fragen. Das Betätigungsfeld ist also weit. Allerdings müssen zuerst die Hindernisse für die Zusammenarbeit aus dem Wege geräumt werden.

Aufbruch zu neuen Ufern



Oleg ZWETAJEW

Wenn ich an Ghana, an die in diesem Land verbrachten Jahre zurückdenke, sehe ich den Platz im Zentrum Accras und die drei Steinsäulen vor mir, den Säulenbogen mit der Aufschrift „Freiheit und Gerechtigkeit. 1957“. Mit diesem Jahr begann ein neuer Zeitabschnitt in der ehemaligen britischen Kolonie Goldküste, die als erstes koloniales Land Schwarzafrikas die Unabhängigkeit erlangte.

Der Kampf des ghanaischen Volkes für nationale Befreiung ist untrennbar mit dem Namen seines ersten Präsidenten Kwame Nkrumah verbunden. In seiner kurzen Amtszeit schaffte er viel. Er setzte die kostenlose Bildung und medizinische Betreuung durch, ließ die Universität in Kumasi eröffnen und die Autobahn Accra-Tema bauen. Am Volta-Stausee entstand ein Wasserkraftwerk, dessen Strom in viele Landesteile geht, ja sogar in Nachbarländer exportiert wird.

Der Militärputsch von 1966 beendete Nkrumahs Wirken. Die einander ablösenden Militärregimes brachten ebenso wie die Zivilregierung Limann dem Volk nichts Gutes. Diese Regimes waren korrupt bis ins Mark, und die ghanaische Wirtschaft war praktisch ruiniert.

Am 31. Dezember 1981 stürzten patriotisch gesinnte Militärs unter dem Hauptmann der Luftstreitkräfte Jerry Rawlings die Regierung Limann und übernahmen die Macht. Höchstes Machtorgan wurde der Provisorische Nationale Verteidigungsrat (PNDC). Jerry Rawlings verkündete einen Kurs auf die umfassende Einbeziehung der Arbeiter, Angestellten und Bauern in die Leitung des Staates, den Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft. Überall entstanden Komitees zur Verteidigung der Revolution. Während meines Aufenthalts als APN-Korrespondent in Ghana lernte ich

die Tätigkeit eines solchen Komitees kennen.

... Der Wagen rollt über eine Serpentine. Man sieht Hügel, bedeckt mit üppiger tropischer Vegetation: die breiten und langen Blätter der Bananenbäume, die üppigen Kronen der Affenbrotbäume, die bunten Akazien und die Palmen mit ihren spitzen Blättern. Bald tauchen Kakaoplantagen auf - an kleinen Bäumen hängen große längliche Früchte, die berühmten ghanaischen Kakaobohnen, die Hauptdevisenquelle. Einst nahm Ghana weltweit den ersten Platz in der Produktion von Kakaobohnen ein. Heute haben Brasilien und Cote d'Ivoire Ghana überholt, doch die Geschmacksqualitäten des ghanaischen Kakaos sind nach wie vor unübertroffen.

Die Kakaobäume werden von Ölpalmen mit Trauben roter Früchte abgelöst, aus denen Palmenöl hergestellt wird - ein Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung. Oberdies sind sie wertvoller Rohstoff für die Kosmetikindustrie.

Das ganz im Grünen eingebettete Koforidua ist das Zentrum des Ostgebiets. Im Sekretariat des Gebietskomitees zur Verteidigung der Revolution werden wir von dessen Koordinator, Kwame Affu, begrüßt. Der magere, kleine Mann ist voller Energie und Begeisterung. Seinerzeit absolvierte er die mathematische Fakultät der staatlichen Universität in Legon, und er hätte die wissenschaftliche Laufbahn einschlagen können. Doch Affu hat sich, wie er sagt, „ganz der Sache der Revolution verschrieben“.

„Unser Sekretariat“, berichtet Kwame Affu, „koordiniert die Tätigkeit aller Komitees zur Verteidigung der Revolution im Gebiet. Heute gibt es solche Komitees in jeder Kleinstadt, in jedem

In Ghanas Hauptstadt Accra

Dorf, in Betrieben und Verwaltungen. Insgesamt haben wir allein in unserem Gebiet über 6000 solcher Komitees.“

„Wer gehört diesen Organisationen an, und womit befassen sie sich?“

„Da wir eine Agrarregion sind“, sagt Kwame Affu, „dominieren die Bauern in den Komitees. Es gibt auch Arbeiter, Lehrer und Angestellte. Das Wichtigste für sie ist das Schöpferium: Auf ihren Aufruf hin nehmen die Menschen unbezahlt am Bau von Schulen, Krankenhäusern und Brücken teil, reparieren Straßen, sorgen für Sauberkeit und Ordnung. Eine wichtige Aufgabe der Komitees ist der Kampf gegen Korruption und Spekulation.“

Die Komitees zur Verteidigung der Revolution sind wahre Volksorgane, die eine wichtige Rolle im politischen Leben spielen.

Besonders aktiv ist die Jugend. Tausende von Jungen und Mädchen, vor

Accra. In einem Geschäft, in dem sowjetische Bücher verkauft werden

Fotos: TASS



allen Studenten, helfen den Bauern bei der Ernte. Sie bauen Krankenhäuser, Schulen und Getreidesilos, reparieren Brücken und Straßen, helfen bei der Schädlingsbekämpfung.

Die Revolutionsregierung hat ein schweres Erbe angetreten. In vielen Jahren hatten sich Wirtschaftsprobleme aufgehäuft, die sich besonders unter der Regierung Limann (1979–1981) mit ihrer Politik der „Liberalisierung des Handels“ und anderen Maßnahmen verschärften, die zur Bereicherung einer kleinen Clique von Händlern und Industriellen beitrugen. So war es kein Zufall, daß die Inflation 1981 fast 100 Prozent betrug und viele Betriebe nur zu 15 bis 20 Prozent ausgelastet waren.

Der PNDC arbeitete sogleich ein Vierjahres-Programm für den Wiederaufbau der Wirtschaft aus. Die ersten Ergebnisse: 1986 betrug der Zuwachs des Bruttosozialprodukts 5 Prozent, und die Inflation fiel auf 20 Prozent. Um mehr als ein Viertel nahm der Kakaoexport zu. Es gibt Anzeichen für einen Produktionsaufschwung im Bergbau, in der Holzverarbeitenden und der Textilindustrie und einigen anderen Bereichen.

Die Dürren sind eine wahre Geißel für die ghanaische Landwirtschaft. Nicht selten sahen wir ausgedörrte Anbauflächen von Mais, Kassaven und Yams, den wichtigsten Nahrungsmittelkulturen. In solchen Zeiten sieht man auf den Feldern viele ausgemergelte Bauern, die Regen erlitten, und in den Städten eine Unmenge von Halbhungrigen. Doch selbst in so schweren Jahren ist das ghanaische Volk nicht unfähig: Die Menschen graben Bewässerungskanäle und Wasserbecken, bilden Genossenschaften. Jetzt – das sei als Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen der Werktätigen konstatiert – konnte die Gefahr einer Hungersnot abgewendet werden. Überdies brachten die Bauern in den letzten Jahren Rekordernten ein. Ghana begann sogar Mais, Süßkartoffeln, Ingwer und Pfeffer zu exportieren.

Der Wiederaufbau der Wirtschaft fordert einen hohen Preis. Selbst ohne ausreichende eigene Mittel, bat Ghana den Internationalen Währungsfonds (IWF), der Kredite zu harten Bedingungen gewährt, um Hilfe. Infolgedessen erreichten die Schulden des Landes 1,6 Md. Dollar. Schätzungen zufolge dienten 1986 zwei Drittel der Exporterlöse der Deckung kurzfristiger Anleihen. Unter dem Druck des IWF wurden in Ghana die Regierungssubventionen der Preise für einige Bedarfsartikel rückgängig gemacht, wurde die Währung des Landes, der Cedi, abgewertet. Das führte zu einem rapiden Preisanstieg. Und obwohl die Mindestlöhne und -gehälter der Arbeiter und Angestellten 1986 fast versechsfacht wurden, macht die galoppierende Inflation das faktisch wieder zunichte. Das Lebensniveau der Bevölkerung ist immer noch niedrig.

... Die Zeiten des Kolonialismus, erst recht des Sklavenhandels gehören für immer der Vergangenheit an. An jene Zeiten erinnern nur die finsternen Kasematten längs der Atlantikküste in Elmina, Cape Coast, Apam und anderen Städten. Hier trieben die Sklavenhändler einst Tausende von Afrikanern vor der Verschiffung nach Amerika zusammen.

Heute haben höfliche Gentlemen, die in den Filialen ausländischer Banken und den Büros diverser Firmen sitzen, die Kolonialherren mit Tropenhelm und Peitsche abgelöst. In Tema begegnete ich einem solchen Gentleman, dem Manager des amerikanischen Konzerns Volta Aluminium Company (VALCO), John Smith. Er suchte mir weiszumachen, seine Firma tue alles für Ghanas Prosperität, und führte sogar entsprechende Zahlen an. In der ghanaischen Presse aber fand ich ganz andere Informationen über die Tätigkeit dieses Konzerns: In den letzten Jahren hat er 100 Mio Dollar Reingewinn gemacht. Das ist weitgehend eine verhängnisvolle Folge der erniedrigenden Bedingungen des Abkommens, das Ghana noch unter den alten Regimes aufgezwungen wurde. Der Konzern braucht keine Gewinnsteuern zu zahlen: Für die Nutzung ghanaischen Stroms entrichtet er fast den niedrigsten Preis der Welt.

Einige positive Veränderungen im Wirtschaftsleben Ghanas der letzten Jahre sind unbestreitbar. Sie wurden, wie gesagt, vor allem durch die Anstrengungen der Werktätigen erreicht. Doch die Erfolge des Volkes könnten größer sein, wenn sich die imperialistischen Kräfte nicht in die inneren Angelegenheiten Ghanas einmischen würden. Die aber mischen sich nicht nur ein, sondern wühlen gegen das Land, wobei sie reaktionäre Elemente in Ghana selbst sowie in den Westen geflüchtete Konterrevolutionäre einsetzen.

US-Geheimdienste begannen gleich nach dem Machtantritt der Revolutionsregierung mit Subversionsakten gegen das jetzige Regime. Hier nur zwei Fakten aus letzter Zeit.

Erstens: Im März 1986 wurde in Brasilien die „Nobistor“ festgehalten, auf der sich neun Söldner befanden, die von den USA für den Sturz der ghanaischen Regierung angeheuert worden waren.

Und zweitens wurden Ende 1985 vier US-Diplomaten, Agenten der CIA, aus Ghana ausgewiesen. Man hatte sie der Wühlätigkeit überführt. CIA-Agenten unter der ghanaischen Bevölkerung wurden entlarvt und verhaftet. Aus Rache stellte Washington 1986 die Wirtschaftshilfe für Ghana ein.

Die USA wenden schmutzige Tricks an, um das ghanaische Volk zu zwingen, den Kampf für eine bessere Zukunft aufzugeben.

Burma gehört nicht zu den von der Presse verwöhnten Ländern. Eigentlich ist es von der Außenwelt noch nicht einmal entdeckt. Wenn das benachbarte Thailand alljährlich von über 2 Millionen Auslandstouristen aufgesucht wird, so Burma höchstens von 30 000, obwohl es auch hier nicht an Sehenswürdigkeiten mangelt. Schon allein die buddhistischen Pagoden sind wunderbar.

Ihren größten Reichtum – den Reis – bringen die Burmesen aber jahraus, jahrein in schwerer, emsiger Arbeit auf den unter Wasser gesetzten Feldern hervor. Er ist nicht allein das wichtigste Nahrungsmittel der 38 Millionen Landesbewohner, sondern auch der hauptsächlich Exportartikel.

Seit einigen Jahren sind die Ernten recht gut. Voriges Jahr wurden über 14 Mio t Reis eingebracht, und dieses Jahr wird ebensoviel erwartet. Dank neuen Sorten und staatlichen Krediten für die Bauern hat die Erzeugung dieser wichtigsten Nutzpflanze seit 10 Jahren um 60 Prozent zugenommen.

Auf dem flachen Lande herrschen die Privatanwesen vor. Vorläufig bestehen nur etwa 100 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften. Sie erbringen etwas über 5 Prozent der Erträge. Seit unlängst entstehen auch staatliche Betriebe für Vieh-, Geflügel- sowie Fisch- und Garnelenzucht. Außerdem pflanzen diese Betriebe Obst und Gemüse und betreiben Imkerei. Erste Resultate machen sich bereits bemerkbar: In Rangun sind Geschäfte eröffnet worden, in denen diese Erzeugnisse billiger als auf dem Markt zu haben sind. In Taketa, einem Vorort der Hauptstadt, gibt es sogar eine Krokodilfarm mit einigen tausend Tieren. Die Häute werden in Burma noch nicht bearbeitet, und deshalb wird die lebende Ware in Behältern exportiert.

Wandlungen

In Burma gehört der Grund und Boden dem Staat. Genutzt wird er größtenteils von denen, die ihn bestellen. So war es aber nicht immer. Vor Anbruch der 60er Jahre gehörte er im Ausland lebenden Gutsbesitzern sowie Wucherern, von denen die landlosen Bauern skrupellos ausgebeutet wurden. Damals schaltete und waltete im Land auch Auslandskapital. In den von nationalen Minderheiten bevölkerten Randgebieten, in denen der Feudaladel am Ruder war, nahmen separatistische Tendenzen überhand und brachten die Union von Burma an den Rand des Zerfalls. Unter diesen Umständen traten fortschrittlich gesinnte Offiziere unter General Ne Win nach einem unblutigen Umsturz die Macht an. Das geschah vor 25 Jahren, am 2. März 1962. Ein Revolutionsrat wurde gebildet.

Die Ausrichtung auf fortschrittliche Wandlungen wurde in der Politischen

Tradition und Wandeln

Nikolai LISTOPADOW

Erklärung des Revolutionsrates "Der burmesische Weg zum Sozialismus" verbrieft.

Was hat sich in den 40 Jahren seither in Burma verändert? Das gesamte Auslandskapital ist nationalisiert worden. Faktisch ist das Land für die transnationalen Konzerne, die viele Entwicklungsländer ausbeuten, gesperrt. Letztlich werden allerdings mehr Auslandskredite zur Förderung einiger Produktionsbranchen aufgenommen. Auch das einheimische große und mittlere Kapital ist bereits nationalisiert. Anfangs ging man darin etwas zu weit, d. h. man vergesellschaftete auch Kleinhandel und Gewerbe, aber später wurde das rückgängig gemacht. Auf dem Lande gibt es keinen Grundbesitz von Feudalherren und Wucherern mehr. Der Grund und Boden ist unter die ländlichen Werktätigen verteilt.

Die grundsätzlichen Veränderungen sind in der im Januar 1974 angenommenen Verfassung der Sozialistischen Republik der Union von Burma erhärtet. Der Revolutionsrat hat seine Befugnisse niedergelegt, die Führung des Landes ist an einmal in vier Jahren gewählte Machtoorgane übergegangen. Die jüngsten Wahlen zu den Volksräten aller Ebenen, angefangen von der Volksversammlung (Parlament) bis zu den Räten in den Dörfern und Stadtvierteln, fanden im Herbst 1985 statt.

Damals war ich in einem der Wahllokale, die in Grünanlagen, auf Plätzen oder einfach am Straßenrand aufgemacht werden. Das ist leicht zu bewerkstelligen, denn sie bestehen einfach aus Bambusdächern.

Das Wahllokal, das ich aufsuchte, stand neben der weltbekannten Shwe-Dagon-Pagode, deren 110 m hoher goldener Stupa das Sinnbild der Hauptstadt ist. Ich trat an einen Tisch mit einem Täfelchen, auf dem "Kommissionsvorsitzender" stand, und fragte, ob ich erfahren dürfte, wie die Wahlen organisiert sind. Mit freundlichem Lächeln gab der Vorsitzende seine Einwilligung. Gelächelt hätte er allerdings auch bei einer Absage, das Lächeln im persönlichen Verkehr scheint mir ein nationaler Wesenszug zu sein. Unter dem Schutzdach standen vier Wahlkabinen

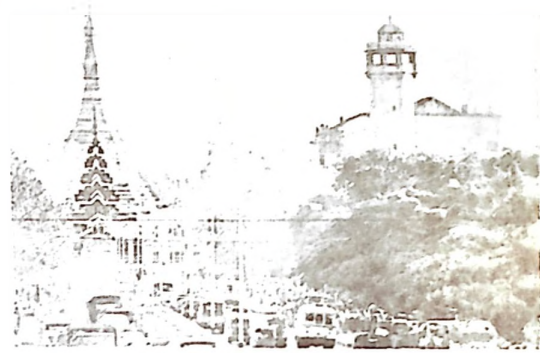
mit undurchsichtigen Vorhängen. Die Wähler betreten nacheinander alle vier, denn in einer wird für oder gegen den Kandidaten zur Volksversammlung und in den anderen zum Gebiets-, zum Bezirks- bzw. zur Stadtviertelversammlung gestimmt. In den Kabinen werden die Wahlzettel auch eingeworfen. Da stehen je zwei, eine rote und eine schwarze Wahlurne. Ein nettes Mädchen (die Kommissionssekretärin) sagte mir mit einem reizenden Lächeln auf meine Frage, daß manchmal, wenn auch selten, ein Kandidat keine Stimmenmehrheit bekommt.

Laut Verfassung ist die Partei des Burmesischen Sozialistischen Programms (BSPP), die einzige staatstragende Partei. Sie wurde 1962 gegründet. Aus einer Kaderorganisation, die sie anfangs war, hat sie sich zu einer Massenorganisation mit rund 2,5 Millionen Mitgliedern und Kandidaten entwickelt. Unter ihrer Führung betätigen sich die Klassen- und Massenorganisationen: die der Bauern (ca. 8 Mio Mitglieder), die der Arbeiter (rund 2 Mio) und die der Jugend (2 Mio). Die Arbeiter- und die Bauernorganisationen haben Funktionen wie etwa Gewerkschaften. Als Avantgarde der BSPP, als Garant der sozialistischen Wandlungen gelten die Streitkräfte. Die meisten Militärs sind Parteimitglieder.

Der jüngste BSPP-Parteitag im August 1985 bestätigte, daß Burma bei seiner sozialistischen Orientierung bleibt. Der jetzt 75 Jahre alte Ne Win wurde zum Parteivorsitzenden wiedergewählt. Bis 1981 war er zugleich Präsident der Republik, dankte als solcher aber ab. Präsident ist jetzt San Yu. Er ist zugleich Vizevorsitzender der BSPP.

Keime des Neuen

Heute bestreitet der staatliche Wirtschaftssektor fast 40 Prozent des Brutto sozialprodukts, der genossenschaftliche etwa 6 Prozent. Deshalb wird jetzt besonderer Nachdruck auf die Gründung und Stärkung der verschiedenen Genossenschaften, auch der Kon-



Im Zentrum von Rangun

sum- und Handelsgenossenschaften, gelegt. Seit Anfang dieses Jahres dürfen z. B. nur Genossenschaften Reis verkaufen. Das ist als Maßnahme gegen Schwarzhändler gedacht. In Burma bestehen sogar Genossenschaften für den Fang wilder Elefanten. Sie werden abgerichtet und in Holzschlägen eingesetzt (Burma ist reich an Edelhölzern, besonders an Tiekholz, das exportiert wird). Keine noch so moderne Maschine kann die Arbeitselefanten im Tropenwald ersetzen.

Mit allgemein sehr guten Resultaten schloß 1986 die Erfüllung des 4. vierjährigen Entwicklungsplans ab. Der wirtschaftliche Zuwachs belief sich im Jahresdurchschnitt auf 5,5 Prozent. Die Gewinnung von Naturgas, Zinn, Kupfer, Zink und Blei hat wesentlich zugenommen. Ebenso die Erzeugung von Kunstdünger, Textilien und Zucker.

Die britischen Kolonialisten hatten Burma zu einem Land mit typischer Monokultur (Reisanbau) gemacht. Noch jetzt zählt Burma laut UNO-Statistik zu den zehn industriell schwächstentwickelten Ländern. Die jahrhundertealte Zurückgebliebenheit kann auf einen Schlag nicht behoben werden, aber die ersten Schritte sind schon getan.

In Burma werden Kraftfahrzeuge und Traktoren aus importierten Bauteilen zusammengebaut, und das in zunehmendem Umfang. An Transportmitteln herrscht unverkennbar noch Mangel. Deshalb sieht man in den belebten Straßen Ranguns mit seinen 2,5 Millionen Einwohnern öfter museumsreife Autos aus den 30er Jahren, die von findigen Autoschlossern immer noch flott gehalten werden. In Mandalay, der früheren Königsresidenz und zweitgrößten Stadt Burmas (500 000 Einwohner), zieht man allen anderen Verkehrsmitteln das Fahrrad vor.

Keime des Neuen, besonders im sozialen und moralischen Bereich, fallen aber schon ins Auge. Im Frühjahr, während der Ferien, helfen Studentengruppen den Bauern unentgeltlich bei Wasserbauten und beim Straßenbau.

Junge Männer und Mädchen halten in den Dörfern Vorträge und veranstalten allerlei Vorführungen. Am Jahresende treffen sich in Rangun die Bestarbeiter, Sieger im Arbeitswettbewerb, denen der Titel "Mustergültiger Arbeiter" verliehen worden ist. Ihr Treffen dauert gewöhnlich mehrere Tage, in denen sie die Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt besichtigen. Danach suchen sie Ferienheime an der Küste auf.

Doch wird in Parteidokumenten und in Reden der BSPP-Politiker recht selbstkritisch auf Unzulänglichkeiten in der Parteiarbeit hingewiesen. Sie hängen in erster Linie damit zusammen, daß die breiten werktätigen Massen noch zu wenig in die progressiven Wandlungen einbezogen werden, daß die organisatorische Arbeit Mängel aufweist und daß auch Fälle von Bürokratie und Korruption vorkommen.

Alphabetisierung

Kaum in einem anderen Land halten die Einwohner so wie in Burma an der Nationaltracht fest. Man sieht kaum europäische Kleidung, höchstens manchmal in der Menge ein paar der allgegenwärtigen Jeans. Männer und Frauen tragen Longis, um die Hüften gewickelte Stoffbahnen. Bei den Männern sind sie kariert und vorn zusammengeknüpft, während die der Frauen buntere Muster aufweisen und den Verschuß an der linken Hüfte haben.

Das Volk Burmas ist stolz auf seine nationale Kultur und Kunst. Im Ranguner Freilufttheater habe ich zwei sehenswerte Vorstellungen, eine Art Opern, genossen. Mit den prächtigen Kostümen und Dekorationen kann es diese Bühne mit dem Moskauer Bolschoi aufnehmen. Die Themen sind klassisch. Da gibt es edle Prinzen und Prinzessinnen, und am Ende siegt das Gute über das Böse, die Liebe über den Haß.

In Burma wird das Analphabetentum mit Erfolg bekämpft. Das nennt sich die Kampagne der drei A — mit A beginnen die burmesischen Wörter Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Schüler fangen aber nicht damit an. Wieso? Weil das A im burmesischen Alphabet nicht der erste, sondern der letzte Buchstabe ist. Es beginnt mit "ka". Am aktivsten beteiligen sich die Studenten und Oberklassenschüler an der Kampagne. Schon sind 81 Prozent der Landesbevölkerung des Lesens und Schreibens kundig. Für die erfolgreiche Alphabetisierung erhielt Burma 1971 einen Preis der UNESCO.

Voriges Jahr wurde in Mawlamyaing, der Hauptstadt des südlichen Monstaates, die dritte Universität (nach denen in Rangun und Mandalay) eröffnet. Leider finden nicht alle Hochschulabsolventen Arbeit in ihrem Fach. Ich bin diplomierten Fachkräften als Taxifahrern und Kleinhandlern begegnet, von denen es viele gibt.



Neuer Reisertrag

Fotos: "National Geographics" (USA)

Die Arbeitslosigkeit ist, besonders in der Hauptstadt, noch immer ein ernstes Problem. Trotzdem sieht man auf den Straßen der Städte Burmas fast keine Bettler.

Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in Burma seit 25 Jahren von 45 auf 61 gestiegen, was für ein Entwicklungsland beachtlich ist. An vier medizinischen Hochschulen werden Ärzte ausgebildet. Die Zahl der Krankenhäuser und Polikliniken steigt allmählich. Neben der modernen europäischen Medizin steht die herkömmliche orientalische in Ansehen.

Am Schnittpunkt

Das „Goldene Dreieck“ auf der Halbinsel Indochina reicht auch nach Burma hinüber. Von diesem, einem der größten Rauschgiftgebiete aus wird Heroin über die ganze Welt verbreitet. Die Behörden Burmas kämpfen schon lange energisch dagegen an. Angebauter Schlafmohn wird mit Methode vernichtet, an seiner Stelle werden Nutzpflanzen eingebürgert. Immer wieder werden Schmuggler und Dealer gefaßt. Eine umfangreiche Aufklärungsarbeit, besonders unter der Jugend, ist im Gange. Man hat besondere Heilstätten für Süchtige ins Leben gerufen, wo sie auch ans Arbeiten gewöhnt werden. Bis zur völligen Ausmerzung dieses Übels ist es aber noch weit, um so mehr als manche Gebiete, in denen besonders viel Opium und Heroin erzeugt werden, von der staatlichen Kontrolle nicht erfaßt sind, weil dort nationalistiche Aufrührer das Heft in der Hand haben.

Überhaupt wird die Wirtschaft der Republik Burma durch Ausschreitungen verschiedener Aufrührer schwer geschädigt und ihre territoriale Einheit bedroht. Aus der Presse Burmas erfährt man, daß das Land in weiße, braune und schwarze Zonen eingeteilt ist. Die weißen nehmen den größten Teil der Republik ein. Dort treiben keine Aufrührer ihr Unwesen. In die braunen dringen sie manchmal ein, während sie die schwarzen, in schwer zugänglichen bergigen Gebieten am Ost- und Nordostrand des Landes gelegenen Zonen völlig in der Hand haben. Diese an Naturschätzen, auch Edelsteinen und -hölzern reichen Gebiete sind von der Wirtschaft des Staates so gut wie abgeschnitten. Zu manchen Rebellen Gruppen führen Fäden aus dem Ausland.

Burma liegt an der Nahtstelle Süd- und Südostasiens. Die Republik hat niemals militärisch-politischen Staatengruppierungen angehört. Sie ist auch nie in bewaffnete Konflikte, wie sie in diesen beiden Regionen vorkommen, einbezogen worden. Burma betreibt eine unabhängige, friedliche Politik, es ist für "wahre Nichtpaktgebundenheit", obwohl es 1979 aus der Bewegung der Nichtpaktgebundenen austrat. Rangun beteiligt sich auch nicht an den regionalen Wirtschaftsorganisationen: der ASEAN (Vereinigung Südostasiatischer Staaten) und der SAARC (Vereinigung Südasiatischer Staaten für regionale Zusammenarbeit).

Die sowjetisch-burmesischen Beziehungen, die im Februar 1948, gleich nachdem Burma die Unabhängigkeit erlangt hatte, aufgenommen wurden, sind freundschaftlich.

Rangun—Moskau

Die Warnung

"Unser Theater hat ein so modernes Stück noch nie gezeigt", sagte die Spielleiterin Jude Kelly, die die Uraufführung von Wladimir Gubarew's Drama "Der Sarkophag" im Royal Shakespeare Theatre, London, vorbereitet.

Jude Kelly ist als Leiterin eines britischen Teams in die Sowjetunion gekommen, um Wladimir Gubarew kennenzulernen. Sein Stück "Der Sarkophag" hatte sie so sehr bewegt, daß sie wenigstens eine Aufführung davon in der UdSSR sehen wollte. Sie ist mit Recht der Meinung, daß man eine Inszenierung in der Heimat des Dramatikers gesehen haben muß.

"Wir haben uns nicht geirrt", sagt Jude nach der Rückkehr aus Tambow, wo im Lunatscharski-Theater die Uraufführung stattfand.

Noch ganz unter dem Eindruck des Gesehenen kam sie in Begleitung von Arthur Bird, Elizabeth King und des Übersetzers Michael Glenny in der WAAP (Allunions-Urheberrechtsagentur, mit sowjetischen Journalisten zusammen).

"Der Besuch bei unseren Tambower Kollegen war von großem Nutzen für uns", meint Jude. "Wir wollten einfach wissen, ob der Eindruck, den das Drama als Lesestoff bei uns hinterlassen hatte, auch auf der Bühne zum Tragen kommt. Es ging mir darum, zu erfahren, wie russisch dieses Stück ist, obwohl ich mir, offen gesagt, nicht ganz klar darüber bin, was das eigentlich heißt. Mag sein, daß es einen spezifischen Stil, ein russisches Kolorit gibt. Die Aufführung, die wir gesehen haben, hatte jedenfalls nichts davon, weil die kleine Welt des Stückes ein Abbild der großen Welt ist. So kamen wir zu dem Schluß: Das Stück kann ohne weiteres auch in London gezeigt werden."

Wir wollen daran erinnern, daß das Royal Shakespeare Theatre zwei Häuser hat. Das eine in Stratford-on-Avon. Dort, in Shakespeares Heimat, entstand 1879 das berühmte Theater zu Ehren des großen Dichters. Hier wird ausschließlich Shakespeare gespielt. Das andere Haus befindet sich in London und zeigt neben den Aufführungen von

Stratford Werke von Autoren verschiedener Zeiten und Völker: Brecht, Strindberg, Anouilh usw. Ein großer Erfolg waren Maxim Gorkis Dramen und Michail Bulgakows "Die Tage der Turbins". Jude selbst inszenierte auf der berühmten Bühne den "Sommer-nachtstraum" und "Romeo und Julia"; sie arbeitete ferner an Dramen Thomas Heywoods, eines Zeitgenossen von Shakespeare.

"Die Arbeit an 'Der Sarkophag' ist ein großes Ereignis für unser Theater", fährt Jude Kelly fort. "Die Inszenierung von Tambow weist mir einen Weg: Jetzt werde ich nicht mehr an die nationale Zugehörigkeit des Stücks denken. Darin werden Probleme angesprochen, die auch für das britische Publikum relevant sind."

In der Tat trifft der Autor mit diesem unmittelbar nach Tschernobyl geschriebenen Drama ins Schwarze. Er behandelt Probleme, die heute alle Menschen bewegen. Engagiert und leidenschaftlich spricht Gubarew von jener überaus hohen moralischen Verantwortung, die im Nuklearzeitalter auf jedem Menschen liegt.

"Der Sarkophag", der in Heft 9/86 der Moskauer Monatsschrift "Snamja" erschien, wurde sofort zu einem Bestseller, wenn man dieses Wort auf das Drama als solches und auf dieses Thema anwenden kann. Vom Stück erfuhr man auch in England, und zwar über die Moskauer Korrespondenten der "Times" und des "Guardian". Das Royal Shakespeare Theatre wandte sich an die WAAP, um die Aufführungsrechte zu erwerben. Später kamen ebensolche Gesuche aus Schweden, Japan, den Niederlanden, der BRD, auch aus sozialistischen Ländern.

Wie entstand das Drama? Das fragten die Gäste aus Großbritannien und die versammelten Journalisten den Verfasser auf dem Treffen in

der WAAP. Er sagte:

"Ich war unter den ersten Journalisten, die Tschernobyl nach der Havarie besuchten, und kehrte mehrmals dorthin zurück. Ich schrieb viel darüber für meine Zeitung. Trotzdem wurde ich das Gefühl nicht los, daß zwischen mir und meinen Lesern eine Glaswand bleibt, daß sie zwar Fakten und Details in sich aufnehmen und doch nicht in ihrem tiefsten Innern begreifen, was ich sagen will. Zudem sind analytische Erwägungen in einer Zeitungsreportage nicht immer angebracht. Sie sind eher Sache der Literatur, ganz besonders des Theaters, weil das Theater den

Hauptideen: Wenn der Mensch seinen Prinzipien untreu wird, nicht kompetent ist und sein Berufsethos verrät, hört er auf, eine Persönlichkeit zu sein, und sieht sich isoliert, in einem 'Sarkophag'. Wenn die Menschheit aus Ereignissen wie Tschernobyl keine Lehren zieht, wenn sie einen Nuklearkrieg nicht abwendet, wird sie sich zugrunde richten, sich ihr eigenes Grab schaufeln. Deshalb würde ich nicht sagen, daß mein Stück eine Illustration zu Tschernobyl ist. Das wäre zu einfach. Tschernobyl ist nur der Ausgangspunkt. Anhand dieses 'Stoffs' wollte ich eine Warnung aussprechen."



Jude Kelly und Arthur Bird in der Pause der "Sarkophag"-Aufführung des Lunatscharski-Schauspielhauses von Tambow.

Foto: TASS

Menschen unmittelbar anspricht.

Seit fast 30 Jahren schreibe ich über Atomenergie. Ich habe viele Atomanlagen und sogar Nuklearexplosionen gesehen. Am Tag der Havarie in Tschernobyl schrieb ich am Drehbuch für den Spielfilm "Brand im KKW", ich hatte meinen Termin am 15. Mai. Die Tragödie von Tschernobyl erschütterte mich. Später, als ich die Folgen sah, begriff ich, daß die menschliche Phantasie nicht zu fassen vermag, was im realen Leben passieren kann. Diese innere Unruhe wollte ich in meinem Stück zum Ausdruck bringen. Ich habe da zwei

Die britischen Schauspieler nahmen sich die Geschehnisse von Tschernobyl ebenfalls sehr zu Herzen. Um ihr Mitgefühl mit den Betroffenen zum Ausdruck zu bringen, überwiesen sie einen Solidaritätsbeitrag an den Hilfsfonds Tschernobyl.

Jude Kelly sagt zum Abschluß: "Wir sind sicher, die Arbeit am Stück eines sowjetischen Dramatikers wird zu mehr gegenseitiger Verständigung nicht nur zwischen den Theaterleuten, sondern auch zwischen den Völkern unserer beiden Länder beitragen."

L. BERNASKONI
S. WOSIANOW

Hongkong heute

Viktor BARYSCHNIKOW

Reiseführer von Shengzhen, einer wirtschaftlichen Sonderzone im Süden der chinesischen Provinz Guangdong, machen den Fremden vor allem auf die riesige Bogenbrücke aufmerksam, die das Land mit Hongkong (eigentlich Xianggang, der "Dulthafen") verbindet. Hier herrscht reges Leben: Trailer, Reisebusse, Limousinen der Geschäftsleute schaffen ein ewiges Hin und Her. Auf einem Hügel jenseits der Brücke weht die Nationalflagge Großbritanniens — ein Symbol der britischen Herrschaft über eins der letzten Kolonialgebiete.

1997 wird der Union Jack niedergeholt und die Fünf-Sterne-Flagge der Volksrepublik China gehißt. Großbritannien soll Hongkong räumen.

Bekanntlich wurde dieses Territorium des feudalen China Mitte des 19. Jh. nach den Opiumkriegen von Großbritannien annektiert. Nach dem Vertrag von Nanking (1842) wurden die Inseln Xianggang und Liangtang britisch. Der Peking-Vertrag von 1860 gab der britischen Herrschaft über Jiulong (Halbinsel Kowloon) Gesetzeskraft, und 1898 wurden die Neuen Territorien — das Areal um Kowloon und über 200 Kleininseln — entsprechend der Peking-Convention auf 99 Jahre ans Empire verpachtet. Auf nur 1061 Quadratkilometern Fläche leben über fünfzehn Millionen Menschen,

überwiegend Chinesen (98 Prozent). In Victoria, dem Verwaltungszentrum, haben ca. 33 Prozent der Insulaner ihren Wohnsitz.

Unter der fast 150jährigen britischen Verwaltung hat sich Hongkong zum größten Markt des Fernen Ostens und nach New York und London zum drittgrößten Finanzzentrum der Welt entwickelt. Ein solches Gewicht gewann Hongkong dank seiner außerordentlich günstigen geographischen Lage — am Schnittpunkt der Handelsstraßen aus Ost und West und in der Nähe von Rohstoffquellen und Absatzgebieten. Die jährliche Umschlagleistung des hiesigen Hafens liegt bei über 20 Mio t.

Großbritannien hat in Hongkong eine typische Kolonialregierung errichtet. Die Macht ist beim Gouverneur konzentriert, der von der Staatskrone ernannt wird. (Übrigens kam Königin Elisabeth II. im Oktober v. J. nach China — der erste China-Besuch eines englischen Monarchen.) Der Legislativ- und der Exekutivrat sind nur beratende Organe. Der Gouverneur entscheidet eigenmächtig Fragen der Landesverteidigung, der Finanz-, Außen- und Territorialpolitik. Für kommunale Probleme ist der Stadtrat zuständig, an dessen Wahl wegen diverser Beschränkungen jedoch nur wenige Einwohner teilnehmen können.



Im Geschäftsviertel

Die Vorteile des Freihafens von Hongkong genoß anfangs fast ausschließlich die englische Bourgeoisie, die von hier aus regen Handel mit China trieb, um es allmählich ganz unter seine Macht zu bringen. Nach dem zweiten Weltkrieg aber mußte sie zurückweichen: Firmen aus den USA, Japan, der BRD und anderen kapitalistischen Staaten strömten nach Hongkong. Zur Zeit sind auf der Insel rd. 20 Banken und 600 Firmen der USA, 800 japanische Gesellschaften, einige Effekten- und Warenbörsen präsent. Die direkten ausländischen Investitionen belaufen sich auf fast 1 Md. Dollar. Hauptinvestoren sind die USA (46,2 Prozent), Japan (29,5 Prozent) und Großbritannien (5,8 Prozent). Der harte Konkurrenzkampf hat die einheimische Bourgeoisie geformt. Sie betätigt sich in vielen Teilen der Welt, vor allem in Ost- und Südostasien.

Das Rückgrat der Hongkonger Wirtschaft ist die verarbeitende Industrie. 50 Prozent ihrer Erzeugnisse machen Textilien und Konfektion aus. Protektionismus und harte ausländische Konkurrenz (in erster Linie durch Südkorea und Taiwan) förderten eine Umorientierung der Hongkonger Unternehmen auf die modernsten Industriezweige: elektronische und elektrotechnische Industrie, Plastikwaren, vorwiegend Spielsachen und Kunstblumen. Der Fremdenverkehr wird groß geschrieben: Die Stadt zieht jährlich rund 2 Millionen Touristen an.

Hongkong ist auf Importe, unter anderem von Trinkwasser und Nahrungsmitteln, angewiesen und gegen Konjunkturschwankungen sehr empfindlich. Die Rezession in der kapitalistischen Weltwirtschaft Anfang der 80er Jahre hat auch Hongkong betroffen. Die Arbeitslosen- und Inflationsrate schnellte empor.

Wie gestalten sich die Kontakte zwischen der Kronkolonie und der VR China heute? Der Handel mit Hongkong bringt der Volksrepublik jährlich 6–8 Md. US-Dollar, die ihr Defizit im Außenhandel mit den kapitalistischen

Hongkong, vom Meer gesehen.





Straßenbild

Fotos aus: "Der Spiegel" (BRD), "National Geographic" (USA)

Ländern zum großen Teil decken. Dabei fließen dem chinesischen Fiskus bis zu 40 Prozent frei konvertierbarer Währung zu. Auf der Insel haben sich mit dem Wohlwollen der britischen Behörden viele chinesische Einrichtungen mit der Bank of China an der Spitze niedergelassen. Außerdem verfügt China in der Kolonie über bedeutende Immobilien — Industriebetriebe, Hotels, Reedereien, Supermärkte und Kinos. Chinas Investitionen in ihre Wirtschaft schätzt man auf 2 Md. Dollar und mehr. In den letzten Jahren ist Hongkong nach Japan zum zweitgrößten Außenhandelspartner Chinas geworden und hat die USA etwas zurückgedrängt. Heute kommt ihm in Chinas wirtschaftlichem Modernisierungsprogramm erstrangige Bedeutung zu.

Was den künftigen Status von Hongkong angeht, so will die VR China in dieser Frage einige politische Grundsätze befolgen, die im Laufe von 50 Jahren nach Großbritanniens Abzug unverändert bleiben. Insbesondere sind vorgesehen: Gründung einer Sonderverwaltungszone "Xianggang — VR China" mit einem "hohen Grad an Autonomie"; Aufrechterhaltung der dort bestehenden wirtschaftlichen und Sozialordnung und der heute geltenden Gesetze sowie des Status von Hongkong als Freihafen und internationalem Währungs-, Finanz- und Handelszentrum; Beachtung der Wirtschaftsinteressen Großbritanniens und anderer Länder.

Somit geht China an die Dekolonisierung von Hongkong mit der Formel "Ein Land — zwei Systeme" heran, die auch für die Wiedervereinigung von Taiwan mit China vorgeschlagen wird.

... Das Wappenbild von Hongkong stellt zwei einander zugewendete Löwen und einen Drachen (China) dar. Der kleine Löwe (Kronkolonie) reicht dem großen (England) eine Perle, den Rücken dabei dem Drachen zukehrend. In lediglich 11 Jahren, im Juli 1997 wird das Löwenjunge sich umdrehen müssen.

Michel Legrand: Herztöne

Zuletzt ertönten die Klänge eines Kosakenliedes auf der Bühne des Zentralen staatlichen Konzertsals "Rossija". Das war ein Präsent des französischen Komponisten Michel Legrand, seiner Schwester, der Sängerin Christiane Legrand und des Pianisten Erik Berchot für das sowjetische Publikum. Die dreiwöchige Tournee durch die UdSSR ging zu Ende. Jeder Auftritt wurde von begeistertem Applaus und Blumen begleitet.

Mehrmals besuchte Michel Legrand, Schöpfer hervorragender Musik, virtuoser Pianist, Dirigent und Sänger, die Sowjetunion.

"Ich liebe Ihr Volk und Ihr Land, mit dem mich ein tiefes Gefühl verbindet", erzählt er. "Diese Reise war aufregend. Zum ersten Mal war ich in Armenien — im Land meiner Vorfahren: Mein Großvater mütterlicherseits war Armenier."

Welche Stationen hatte das musikalische Schicksal eines der populärsten Komponisten der Gegenwart, aus dessen Feder die Melodie des berühmten Films "Les parapluies de Cherbourg" stammt?

Seit seinem fünften Lebensjahr erteilte ihm sein Vater, ein bekannter Dirigent, Musikunterricht. Der Junge, so stellte der Vater fest, hatte das absolute musikalische Gehör. Mit 10 Jahren begann der Unterricht am Konservatorium. Danach erteilte Michel selbst Musikunterricht, arbeitete in einem Orchester und begleitete die Auftritte anderer am Klavier. 1955 erschien die erste Platte des damals 23jährigen. 1959 wurde er als Komponist bekannt, der populäre Filmmusiken schrieb.

Diese kurze Aufzählung vermittelt bei weitem nicht alles über Michel Legrand. Er schreibt Bühnenmusik und komponiert Symphonien. Sein Klavierkonzert und Konzert für zwei Klaviere und Orchester wurden in der Sowjetunion gespielt. Er ist ein moderner Komponist, dem "nichts Musikalisches fremd ist". Durch sein brillantes berufliches Können wird Unterhaltungsmusik auf das Niveau ernster Musik gebracht. Gleichzeitig macht er große symphonische Werke zugänglich, verständlicher und weniger elitär.

"Sie arbeiten Jazzfragmente in symphonische Kompositionen ein. Das macht man nicht häufig..."

"Das ist mein Grundprinzip. Ich würde mich langweilen, wenn ein Konzert ausschließlich Jazz oder symphonische Klänge enthalten würde. Da ich als Komponist die Sowjetunion bereiste, wollte ich Einblick in alles vermitteln, was ich mache. Schöne Musik kann es in jedem Genre geben. Ich würfle alles gern ein wenig durcheinander."

"Welches Auditorium haben Sie vor Augen, wenn Sie komponieren?"

"Ich denke an gar kein Auditorium. Man muß zwischen der Musik der Vernunft und der des Herzens unterscheiden. Ich schreibe die Musik des Herzens. Ich schaffe sie für die Stille, und der Saal kann dieser Stille mehr Tiefe verleihen."

"Lieben Sie Volksmusik?"

"Es bleibt nicht bei der Liebe, ich nutze sie in meiner Arbeit. Sie ist Bestandteil jeder Musik, ihre tieferliegende Schicht, ihr erquickender Quell."

Der Gast war begeistert, als im Haus der Komponisten der UdSSR das Folkloreensemble Dmitri Pokrowski auftrat. Vielstimmige Chöre, feurige Tänze... Michel Legrand versprach, speziell für dieses Ensemble ein Lied im Geist des russischen Chorgesangs zu schaffen. Eine ganz neue Ebene der Volkskultur erschloß sich der Komponist bei seiner Armenienreise. Möglicherweise werden wir in einem zukünftigen Werk des Komponisten die Klänge der Duduka hören, einer Flöte, die man ihm in Jerewan geschenkt hat.

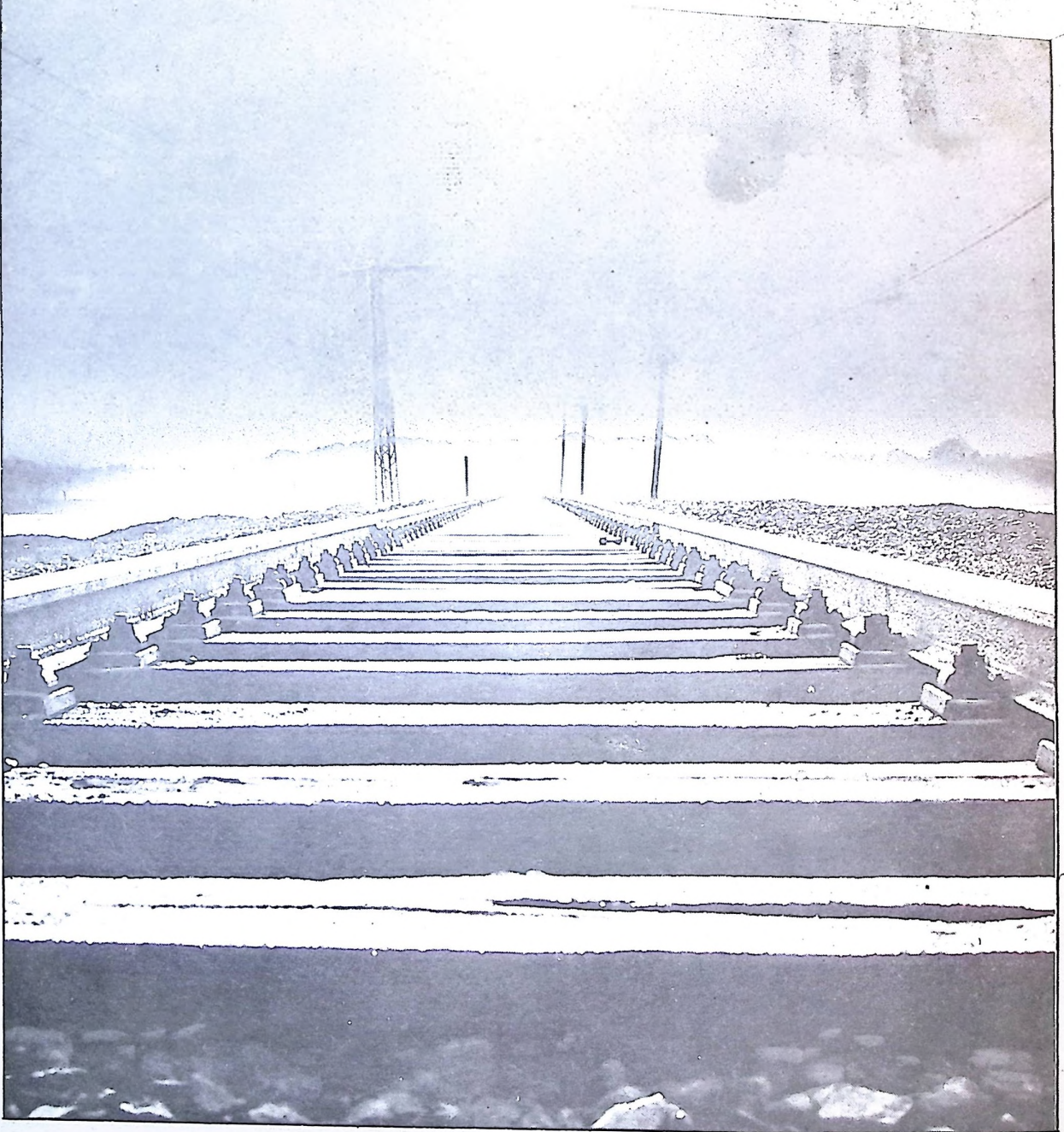
"Ihre Einstellung zur modernen Musik — mögen Sie Blues?"

"Es kommt darauf an, was für Blues das ist. Den wahren, von den Afroamerikanern geschaffenen Blues liebe ich sehr. Er liegt diesen Menschen im Blut. Surrogate dagegen kann ich nicht ausstehen."

"Womit ist zu erklären, daß sich die Jugend für Rock begeistert? Daß die Musik viel gegenständlicher geworden ist, daß sie 'physisch' wirkt? Daß ihr oft jegliche Lyrik fehlt?"

"Ich glaube, das ist in erster Linie auf schlechte musikalische Erziehung zurückzuführen. Ich meine nicht die UdSSR, ich meine die westliche Welt. Andererseits aber sind wir selber daran schuld. Die Jugend hat kein Herz. Die neue Generation verliert nach und nach Glauben und Hoffnung. Sie mißtraut ihren Eltern. Wir haben zwei Weltkriege

14159 11 136 304 550
NVA 32667 VM
2110 9005 0144 PF



Dort, wo sie zusammentreffen...



INTERNATIONALER WETTBEWERB

„MENSCH, MENSCHLICHKEIT, MENSCHHEIT“

Drahoslav Ramik (ČSSR)

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ



Christiane und Michel Legrand singen „Les parapluies de Cherbourg“...

Foto: A. Ratnikow

zugelassen, wir haben die Atombombe entwickelt, eine Waffe, die alle Menschen vernichten kann. Nun wissen unsere Kinder nicht mehr, was sie noch von uns zu erwarten haben. Hoffnung aber ist Freude und Eingebung. Sie läßt Musik und bildende Kunst, Liebe, Reiselust, berufliche Kreativität, Gedanken, philosophisches Suchen und überhaupt alles entstehen, wozu die menschliche Vernunft fähig ist. Sie ist Leben."

"Sind Sie Optimist?"

"Aber gewiß, weil ich an den Menschen glaube und weiß, daß der Mensch grundsätzlich herzensgut und edel ist. Ich glaube an seine bessere Zukunft."

"Was haben Sie in letzter Zeit komponiert?"

"Das letzte Mal war ich während der 12. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau. Seitdem habe ich Filmmusiken für drei amerikanische und zwei französische Streifen geschrieben, zwei Drehbücher zu Papier gebracht und ausgedehnte Tourneen durch die USA und durch Europa absolviert. Vieles ist geplant. Aber bevor ich mit neuer Arbeit beginne, möchte ich etwas ausspannen. Mich interessiert das gemeinsame französisch-sowjetische Musical "Der Graf von Monte Christo". Die Musik dazu habe ich vor 5 Jahren in Frankreich komponiert. Nun wurde mit Goskonzert verein-

bart, daß im Dezember 1987 in Leningrad, im 'Oktjabrski'-Konzertsaal das Stück über die Bühne gehen soll. Gegenwärtig wird über einen sowjetisch-französischen Film nach Lew Tolstois 'Anna Karenina' verhandelt. Ich würde mich gern an diesem Vorhaben beteiligen."

"Sie spielten bei Ihrer UdSSR-Gastreise mit dem Leningrader Konzertorchester. Es soll auch beim 'Grafen von Monte Christo' spielen."

"Das sind vorzügliche Musiker. Sie spielen wunderbar und sind mit dem Herzen bei der Sache. Ich spürte keine Sprachbarrieren. Bei einem solchen Klangkörper braucht man nicht viel Worte. Wir spielen die gleiche Musik und haben die gleichen Vorlieben."

Die gemeinsame Arbeit hat beiden Seiten Spaß gemacht. Das Leningrader Konzertorchester unter Anatoli Badchen ist ein junges Kollektiv. Es besteht seit 18 Jahren, hat aber bereits 300 Konzertprogramme vorzuweisen. Nicht von ungefähr wurde dieses Orchester für die Legrand-Tournee gewählt. Bereits 1973/74 wirkten die Musiker beim beliebten Programm "Melodien der Freunde" mit. Sie begleiteten auch Einzelinterpreten aus dem Ausland. Das Leningrader Konzertorchester veranstaltete auch viele Konzerte zum VII. Komponistenkongreß der UdSSR.

"War die Musikdramaturgie Michel Legrands etwas Neues für Ihr Orchester?" frage ich den Dirigenten Anatoli Badchen.

"Es war kein Zuckerlecken, weil diesmal äußerste Mobilität, hohe schöpferische Disziplin und Hingabe verlangt wurden. Vieles war neu für uns: der Charakter der Musik, die Art, in der Michel Legrand seine Kunst darbietet, seine Bewegungen auf der Bühne, kombiniertes Klavierspiel, Gesang und Dirigieren. An so etwas ist unser Orchester nicht gewöhnt. Ich hatte den Eindruck, daß Legrand trotzdem sichtlich Vergnügen an der Arbeit hatte."

Die Tournee bot nicht nur die Gelegenheit, Michel Legrand und seine Schwester Christiane, eine Jazzsängerin mit voluminöser Stimme und reicher Gesangsskala zu erleben. Die sowjetischen Musikfreunde wurden mit einem neuen Namen bekannt — Erik Berchot. Der talentierte Pianist absolvierte das Pariser Konservatorium und beteiligte sich an vielen internationalen Wettbewerben. 1980 wurde er beim Internationalen Chopin-Wettbewerb in Warschau ausgezeichnet.

"Wie gefällt Ihnen die Zusammenarbeit mit Michel Legrand?"

"Schon vor dieser Reise kamen wir oft zusammen. Ich spielte seine klassischen Stücke. Von Zeit zu Zeit machten wir gemeinsame Konzerte. Er ist unwahrscheinlich leidenschaftlich. Jede Note bedeutet für ihn ein Wort. Ich spiele vorwiegend klassische Musik, er Jazz oder Unterhaltungsmusik. Die Musik kennt aber keine engen Genrengrenzen."

Das Gastspiel ist abgeschlossen. Gut bekannte Melodien, Ohrwürmer aus "Les parapluies de Cherbourg", "Les Demoiselles de Rochefort", "Sommer 42", "Abschied und Wiederkehr", erhielten in symphonischen Neuinterpretationen ein zweites Leben.

"Herr Legrand, viele Menschen sehen in Ihrem Schaffen die Verkörperung humanistischer Ideen..."

"Das will ich hoffen... Ich bin schließlich Humanist."

...

Wir trafen erneut mit Michel Legrand während des internationalen Forums "Für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit" zusammen, dessen Teilnehmer er war.

"Herr Legrand, wie stellen Sie sich die Rolle eines Teilnehmers des Moskauer Forums vor?"

"Wir sind alle nur zu einem Zweck hergekommen: Wir wollen der ganzen Welt sagen, daß wir gegen einen Atomkrieg, gegen Kernwaffen sind..."

I. LAGUNINA

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



„Geklecksel“
„Kunst!“

Auf der 17. Ausstellung junger Moskauer Künstler wurde gestritten. Sowohl über einzelne Bilder als auch über die Ausstellung insgesamt. 250 nach Stil und Machart verschiedene Bilder, vom Salonschinken bis zur naiv-urfülllich eingefärbten Leinwand der „Jungen Wilden“ waren vertreten. Lohnt es, das alles unter einem Dach zu zeigen? Lohnt es, alle zur Ausstellung zuzulassen? Es lohnt. Die Aussteller meinen, es gehe nicht an, sich aus der Verantwortung zu stellen, wenn uns etwas unverständlich, aus unerfindlichen Gründen unakzeptabel, strittig oder widersprüchlich scheint...

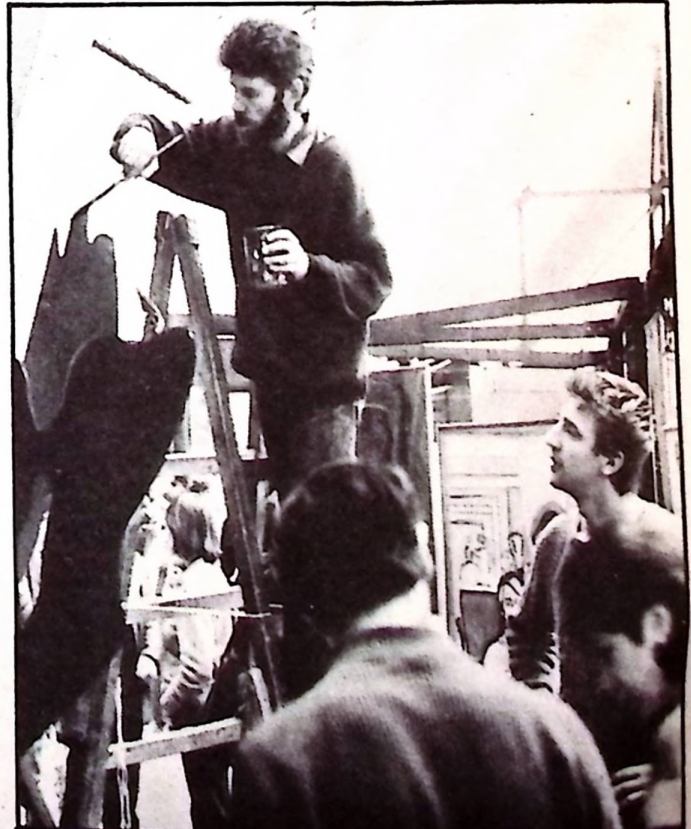
Eine solche Ausstellung sehen wir zum ersten Mal. Sie ist Ausdruck der Demokratisierung unseres heutigen Lebens. Nur die freie, offene Diskussion von Kunstwerken hilft, echte Talente aufzuspüren und die Spreu vom Weizen zu trennen.



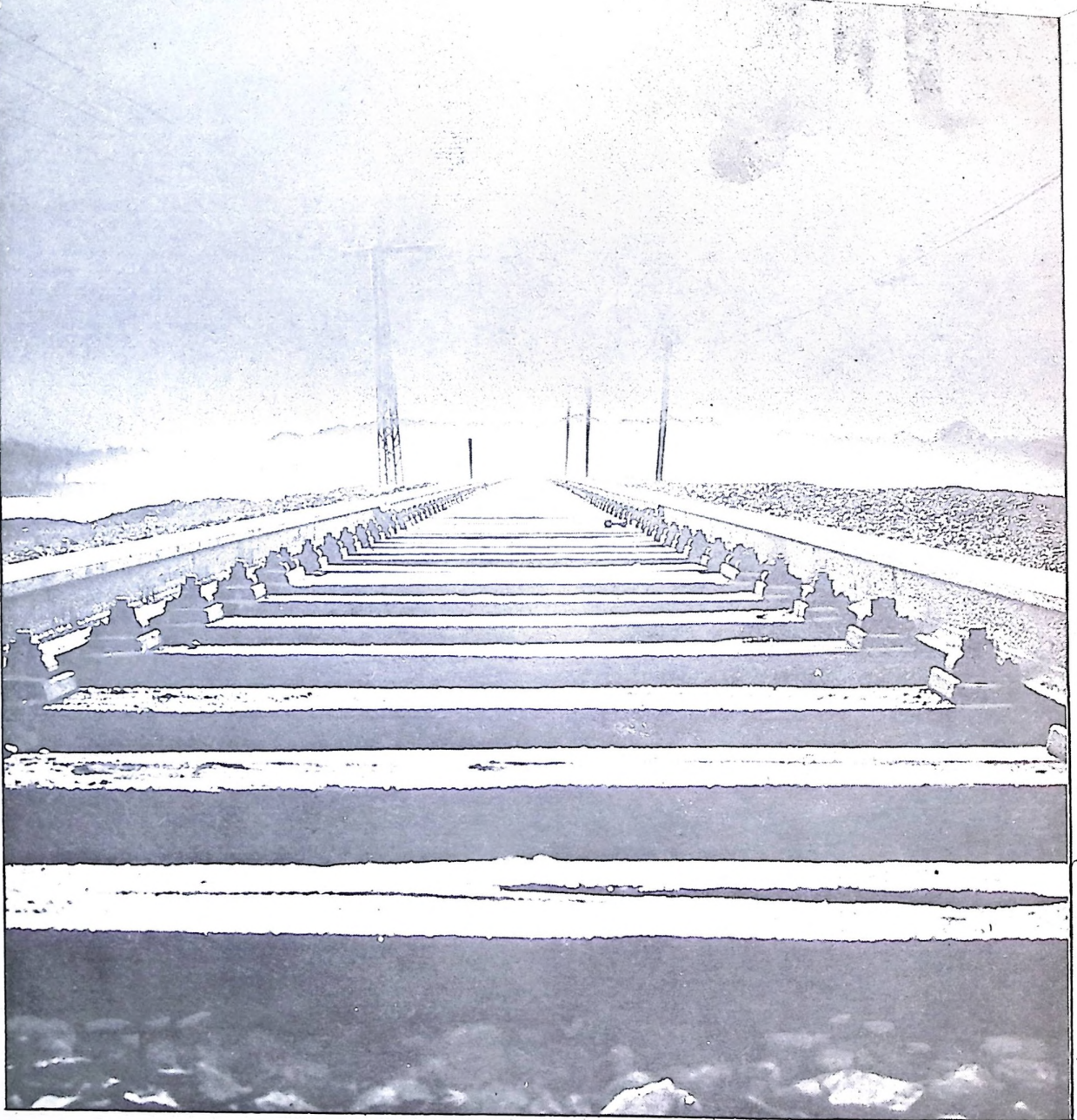
J. Ustinowa: „Feierabend“

In den Ausstellungsräumen

Ausstellung junger Künstler



14159 11 136 304 550
NVA 32667 VM
2110 9005 0144 PF



Dort, wo sie zusammentreffen...



INTERNATIONALER WETTBEWERB

„MENSCH, MENSCHLICHKEIT, MENSCHHEIT“

Drahoslav Ramik (ČSSR)

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ